Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

22.01.1969 - 21. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

21. Sitzung

am Mittwoch, dem 22. Januar 1969

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Boljahn, Hellwig, Friedrich Meier, Ostendorff, Dr. Schäfer, Anna Zießler.

INHALT

Eingänge 1315

Wahl von 6 Mitgliedern der Bundesversammlung 1315

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 24. September 1968:
Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz)
(Drucksachenabteilung I Nr. 34)
1. Lesung . . . . . ausgesetzt 1316

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 26. November 1968:
Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Abgabe verschreibungspflichtiger Arzneien
(Drucksachenabteilung I Nr. 41)
1. Lesung . . . . . ausgesetzt 1316

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. Dezember 1968:
Haushaltsrechnungen der Freien Hansestadt Bremen 1967
(Drucksachenabteilung I Nr. 42) . . ausgesetzt 1316

Bericht des Präsidenten der Bürgerschaft vom 2. Januar 1969:
Rechnungen des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1967
(Drucksachenabteilung III Nr. 4) 1316

Antrag: Ingenieurhochschulgesetz
(Drucksachenabteilung II Nr. 91)
1. Lesung . . . . . ausgesetzt 1316

Antrag: Gesetz über die Organisation des Hochschulwesens
(Drucksachenabteilung II Nr. 142)
1. Lesung . . . . . ausgesetzt 1316

Antrag: Gesetz über die Grunderwerbsteuerbefreiungen bei Änderung der Unternehmensform
(Drucksachenabteilung II Nr. 151)
1. Lesung

Abg. Klein (CDU) 1317
Senator für die Finanzen Speckmann . . . 1318

Anfrage: Entwicklung des bremischen Schulwesens
(Drucksachenabteilung II Nr. 113)
— Mündliche Beantwortung —

Senator für das Bildungswesen Thape . . . 1319
Abg. Franke (SPD) 1328
Abg. Meurer (CDU) 1332
Abg. Eva Schütte (FDP) 1337
Abg. Vorsatz (NPD) 1340
Abg. Ströh (SPD) 1345
Abg. Erbel (CDU) 1349
Abg. Stäcker (SPD) zur Geschäftsordnung . 1352
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 1352
Abg. Wilma Landwehr (SPD) 1354
Abg. Hannelore Spies (CDU) 1356
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 1358
Abg. John (FDP) 1361
Abg. Ursula Kaltenstein (SPD) 1363
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1364
Abg. Oltmanns (FDP) 1367
Abg. Franke (SPD) 1369
Abg. Kuhnert (FDP) 1371
Abg. Ernst (FDP) 1371
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 1372

Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsindent **Dr. Klink**

Schriftführer **Wenke**

Am Senatstisch

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Jantzen** (SPD)

Präsident des Rechnungshofs **Hartmann**

Landesschulrat **Warninghoff** (Senator für das Bildungswesen)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Präsident Engel eröffnet die Sitzung um 10.17 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Folgende Eingänge liegen vor:

Die CDU-Fraktion teilt mit Schreiben vom 17. Dezember 1968 mit, daß sie den Abgeordneten Wilhelm Filzen zum 2. stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt hat.

Der Präsident des Rechnungshofs übermittelt gemäß § 13 des Gesetzes über die Rechnungsprüfung in der Freien Hansestadt Bremen die Geschäftsordnung des Rechnungshofs vom 3. Dezember 1968.

Die Gruppe der zu Studienräten beförderten Gewerbeoberlehrer des Landes Bremen übersendet ein Telegramm, das sich mit der Ablehnung des zugesagten Fortfalls der 26. und 25. wöchentlichen Unterrichtsstunde beschäftigt.

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates überreicht Empfehlungen zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten.

Das Griechische Antidiktatorische Komitee Bremen und Umgebung überreicht ein Schreiben mit einer Stellungnahme gegen das bestehende Militärregime in Griechenland.

Der Bund Deutscher Architekten überreicht einen Sonderdruck mit dem Titel „Warum Planungswettbewerbe?"

Die Humanistische Union — Ortsverband Bremen — fordert in einem Schreiben ein gesetzliches Verbot bestimmter Verfassungsschutzmaßnahmen.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz überreicht eine Broschüre mit Dokumenten zur Hochschulreform.

Die Gemeinschaft Bremischer Lehrerverbände übersendet ein Telegramm mit der Forderung zur Beteiligung der Lehrer an der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung.

Alle Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Der Abgeordnete Dr. Sieling und die CDU-Fraktion haben einen Antrag eingereicht, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Schulwesen der Freien Hansestadt Bremen

Artikel I

Das Gesetz über das Schulwesen der Freien Hansestadt Bremen vom 4. April 1949 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1967 (BremGBl. S. 65) wird wie folgt geändert:

1. § 14 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
„(1) Die Grundschule ist der gemeinsame Unterbau für alle weiterführenden Bildungseinrichtungen. Sie umfaßt die ersten vier Schuljahre."
2. § 14 Absatz 3 erhält folgende Fassung:
„(3) Erziehung und Unterricht sind in der Grundschule so zu gestalten, daß die Kinder willig und fähig gemacht werden, sich in die Klassengemeinschaft einzuordnen, in ihr tätig zu sein und ihr und der Schulgemeinschaft zu dienen. Allen Begabungen sind ausreichende Möglichkeiten zu ihrer Entfaltung zu geben. Der Unterricht ist vom dritten Schuljahr ab zu differenzieren."
3. § 15 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
„(1) An die Grundschule schließen an
a) die Hauptschule mit fünf Jahren allgemeinbildendem Vollunterricht und darauffolgendem Berufsschulunterricht;
b) die Realschule mit sechs Jahren allgemeinbildendem Vollunterricht und darauf folgendem Berufsschulunterricht;
c) das Gymnasium mit neun Jahren allgemeinwissenschaftlichem Vollunterricht und eventuell darauf folgendem Berufsschulunterricht."
4. § 19 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Dem sechsjährigen Vollunterricht in der Realschule schließt sich die Berufsschule an."

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft."

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

An unserer heutigen Vormittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer zwei Lehrgänge der Landespolizeischule teil.

Ich begrüße alle Zuhörer recht herzlich!

(Beifall)

Vom Senat begrüße ich Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Speckmann und Herrn Senator Jantzen.

Außerdem sind anwesend der Präsident des Rechnungshofs, Herr Hartmann, Herr Landesschulrat Warninghoff und Herr Senatsdirektor Kreuser.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Wahl von 6 Mitgliedern der Bundesversammlung

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat nach der Bekanntmachung über die Zahl der von den Landtagen zu wählenden Mitgliedern der Bundesversammlung sechs Vertreter zu wählen. Das Wahlverfahren richtet sich nach dem Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959.

Über die sechs zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung hinaus werden drei weitere Abgeordnete gewählt, um sicherzustellen, daß bei Verhinderung eines gewählten Mitglieds ein Vertreter der gleichen Fraktion nachrücken kann.

Nach dem Höchstzahlverfahren von d'Hondt steht das Vorschlagsrecht für vier der sechs Mitglieder der SPD-Fraktion und für zwei Vertreter der CDU-Fraktion zu. Von der SPD- und CDU-Fraktion wurden folgende Vorschläge eingereicht:

Von der SPD: Gisela Müller-Wolff, Gustav Böhrnsen, Werner Kiene, Hermann Engel, und als Vertreter Dr. Dieter Klink, Käthe Hoffrage, von der CDU: Reinhard Hardegen,

Gottfried Pönitz, und als Vertreter Dr. Hans-Hermann Sieling.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß § 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung per Akklamation vornehmen. — Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bügerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wer die von mir soeben namentlich genannten Abgeordneten wählen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bügerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 24. September 1968:
Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz) (Drucksachengesetz I Nr. 34)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat die 1. Lesung über diesen Gesetzentwurf in der Sitzung am 16. Oktober 1968 unterbrochen mit der Maßgabe, den Gesetzentwurf zu überprüfen.

Mit Schreiben vom 21. Januar 1969 bittet der Senat darum, diesen Punkt heute auszusetzen, da die Beratungen über den Gesetzentwurf noch nicht abgeschlossen sind.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landatg) ist mit der Aussetzung einverstanden.

Der Gegenstand kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 26. November 1968:
Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Abgabe verschreibungspflichtiger Arzneien (Drucksachenabteilung I Nr. 41)
1. Lesung

Interfraktionell ist vereinbart worden, diesen Tagesordnungspunkt heute auszusetzen. — Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Der Gegenstand kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 17. Dezember 1968:
Haushaltsrechnungen der Freien Hansestadt Bremen 1967 (Drucksachenabteilung I Nr. 42)

Interfraktionell ist vereinbart worden, diesen Tagesordnungspunkt solange auszusetzen, bis der Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1967 vorliegt. — Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Bericht des Präsidenten der Bürgerschaft vom 2. Januar 1969:
Rechnungen des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1967 (Drucksachenabteilung III Nr. 4)

Der Präsident des Rechnungshofs überreicht gemäß § 108 Absatz 3 der Reichshaushaltsordnung die von ihm geprüften Rechnungen über den Haushalt des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Rechnungsjahr 1967 und bittet um Entlastung durch die Bürgerschaft (Landtag).

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Präsidenten des Rechnungshofs für die Rechnungen über den Haushalt des Rechnungshofs für das Rechnungsjahr 1967 Entlastung erteilen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Präsidenten des Rechnungshofs Entlastung.

(Einstimmig)

Antrag: Ingenieurhochschulgesetz (Drucksachenabteilung II Nr. 91)
1. Lesung
und
Antrag: Gesetz über die Organisation des Hochschulwesens (Drucksachenabteilung II Nr. 142)
1. Lesung

Interfraktionell ist vereinbart worden, diese beiden Tagesordnungspunkte heute auszusetzen. — Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Die Anträge kommen auf die Tagesordung der nächsten Sitzung.

Antrag: Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiungen bei Änderung der Unternehmensform (Drucksachenabteilung II Nr. 151)
1. Lesung

Dazu Herr Senator Speckmann.

Der Antrag, der von dem Abgeordneten Dr. Sieling und der CDU-Fraktion unterschrieben ist, liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Ich nehme an, die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden, daß ich wegen des erheblichen Umfangs

der Vorlage auf eine Verlesung verzichte. — Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wir kommen zur 1. Lesung.

Interfraktionell ist vereinbart worden, daß nach der Begründung durch den Antragsteller die erste Lesung über diesen Gesetzentwurf unterbrochen wird und der Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Finanzdeputation und die Deputation für Wirtschaft überwiesen wird.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese von meiner Fraktion eingebrachte Gesetzesvorlage ist eine notwendige Ergänzung eines Gesetzentwurfs, der zur Zeit im Bundestag beraten wird. Es handelt sich dabei um die Bundestagsdrucksache V 3186. In dieser Drucksache wird die Steuerbegünstigung von Verschmelzungen und Umwandlungen von Kapitalgesellschaften sowie das Einbringen von Betrieben oder Teilbetrieben in Kapitalgesellschaften gegen Gewährung von Gesellschaftsanteilen behandelt. Auf diesen Entwurf hat die deutsche Wirtschaft seit langem gewartet, denn, wenn er verabschiedet wird und Gesetzeskraft erlangt, wird er eine rechtzeitige Anpassung der Organisation und der Strukturen der Unternehmungen an die Bedingungen der Zeit fördern. Es kommt dabei vor allem auf eine rechtzeitige Anpassung an. Davon wird im wesentlichen Stand und Bedeutung der deutschen Wirtschaft in der Zukunft abhängen.

Der Gesetzentwurf, der zur Zeit dem Bundestag vorliegt, muß sich notwendigerweise auf die Gesetzgebungskompetenz des Bundes beschränken. Deswegen hat er lediglich einkommen-, körperschaft-, gesellschaft- und umsatzsteuerrechtliche Vorschriften zum Gegenstand. Bei der Umwandlung und Verschmelzung von Unternehmensformen spielt aber, wie Sie wissen, meine Damen und Herren, die Grunderwerbsteuer eine außerordentlich wichtige Rolle. Die Regelung der Grunderwerbsteuer ist jedoch in die Zuständigkeit der Länder gelegt. Deshalb muß parallel zu dem Entwurf des Bundestags eine entsprechende Länderinitiative ergriffen werden und, damit die Wirkung dieses Bundestagsentwurfs nicht geschmälert wird, gleichzeitig in den Ländern eine Steuererleichterung bei Umwandlung von Unternehmensformen hinsichtlich der Grunderwerbsteuer geschaffen werden.

Der Bundesrat hat bereits im ersten Durchgang zu erkennen gegeben, daß er bezüglich der Grunderwerbsteuer die entsprechenden Konsequenzen ziehen wolle. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion billigt voll und ganz die Absichten des Entwurfs des Bundesgesetzes und ist auch der Auffassung, daß eine analoge Regelung der Grunderwerbsteuer richtig und vernünftig ist, und daß das auch parallel und möglichst rasch hier in der Bürgerschaft verabschiedet werden muß. Deswegen haben wir diesen Entwurf vorgelegt.

Dieser Entwurf befaßt sich in § 1 mit den Erwerbsvorgängen bei den von dem geplanten Bundesgesetz begünstigten Umwandlungen und Verschmelzungen und stellt diese Vorgänge von der Grunderwerbsteuer frei.

Nach § 2 wird ebenfalls die Grunderwerbsteuer für den Fall der Einbringung von Betrieben oder Teilbetrieben in eine andere Gesellschaft entfallen. In Abweichung von dem Bundesentwurf, und zwar von den § 15 ff. des Entwurfs des Bundesgesetzes, sieht unser Entwurf auch vor, daß eine Grunderwerbsteuerbefreiung eintritt, wenn Teile von Betrieben oder Betriebe in Personengesellschaften eingebracht werden. Unser Entwurf befaßt sich also nicht ausschließlich mit Kapitalgesellschaften. Wir waren der Auffassung, daß die ertragsteuerlichen Gründe, die die Verfasser des Bundesgesetzentwurfs dazu bewogen haben, ausschließlich die Kapitalgesellschaften zu begünstigen, bei der Frage der Grunderwerbsteuerbefreiung nicht zum Tragen kommen sollen.

Im § 3 des Gesetzes wird dann die Zusammenfassung unwirtschaftlicher Betriebe oder Teilbetriebe oder auch das Stillegen von unwirtschaftlichen Betrieben erleichtert. Dabei hat man zum Beispiel an die Fälle gedacht, in denen ein Unternehmer einen von seinem Hauptbetrieb getrennten und vielleicht nicht mehr rentablen Teilbetrieb an ein benachbartes Unternehmen veräußern und den Veräußerungserlös für Rationalisierungsinvestitionen in seinem eigenen Hauptbetrieb verwenden will. Ich möchte darauf hinweisen, denn es wird hier deutlich, daß unser Entwurf auch und gerade der Verbesserung der Unternehmensstruktur dient.

Die Verabschiedung des Entwurfs des Bundesgesetzes ist dringlich. Die beiden maßgebenden Fraktionen im Bundestag, die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion, wollen den Entwurf bis Ostern 1969 verabschieden und in Kraft treten lassen. Die erste Lesung hat bereits stattgefunden. Morgen wird eine wichtige Beratung im Finanzausschuß erfolgen. Es kann allerdings sein, daß noch eine gewisse Verzögerung eintritt, wenn die SPD-Fraktion ein Junktim mit dem Gesetz über die Erweiterung der Publizitätspflicht fordert, das ja auch noch in dieser Legislaturperiode im Bund in Kraft treten soll. Aber das wäre keine beachtliche Verzögerung.

Wir sind der Auffassung, daß wir uns dieser Zeitfolge bezüglich des Inkrafttretens unseres hier von uns eingebrachten Entwurfs anschließen müssen. Wir halten es aus den betriebswirtschaftlich notwendigen und volkswirtschaftlich gebotenen Gründen für angebracht, diese Parallelmaßnahme in Kraft treten zu lassen, damit die Umwandlungsbeschlüsse der Gesellschaften, die bereits erfolgt sind, auch hinreichend effektuiert werden können. Natürlich muß unsere Vorlage, die nicht einfach, sondern kompliziert ist, von Ihnen geprüft werden.

Wir empfehlen sie aber Ihrer wohlwollenden und auch raschen Prüfung und beantragen deshalb — ich habe mich gefreut, daß der Herr Präsident einen entsprechenden interfraktionellen Beschluß bereits ver-

kündet hat —, diese unsere Vorlage der Finanzdeputation und der Deputation für Wirtschaft zur Beratung und Berichterstattung zu überweisen, wobei die Finanzdeputation die Federführung haben soll.

Wir sind jedoch der Auffassung, daß wegen der Eilbedürftigkeit der Sache und wegen der Parallelität zur Bundestagsinitiative die Berichterstattung bis spätestens zur Bürgerschaftssitzung am 26. März 1969 erfolgen soll. Nach der Geschäftsordnung haben wir, meine Damen und Herren, die Möglichkeit einer solchen Fristsetzung. Dann könnte unsere Vorlage in zweiter Lesung spätestens in der Bürgerschaftssitzung am 23. April 1969 verabschiedet werden, so daß sie ungefähr zum gleichen Zeitpunkt in Kraft treten könnte wie der Entwurf des entsprechenden Bundesgesetzes. — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Speckmann.

Senator für die Finanzen Speckmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser von der CDU eingebrachte Antrag für ein Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiung bei Änderung der Unternehmensform rennt offene Türen ein und ist längst, wie Herr Abgeordneter Klein selbst dargestellt hat, Beratungsgegenstand des bereits angelaufenen Gesetzgebungsverfahrens im Zusammenhang mit dem sogenannten Umwandlungssteuergesetz. Die Bundesregierung hat darauf hingewiesen, daß die Bedingungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs in der Zeit des technischen Fortschritts, der zunehmenden europäischen Integration und der weltwirtschaftlichen Verflechtung bewegliche und anpassungsfähige Formen der Unternehmenskonzentration erfordern.

Das wird ausdrücklich vom Senat der Freien Hansestadt Bremen anerkannt. Wir haben daraus die erforderlichen Konsequenzen gezogen. Der Bundesrat hat zu diesem Entwurf im ersten Durchgang am 14. Juni 1968 mit der Stimme Bremens positiv Stellung genommen. Der Entwurf wird in den Ausschüssen des Bundestags zur Zeit beraten und steht zur weiteren Beratung in den Ausschüssen des Deutschen Bundesrats an. Ich schließe mich der Erwartung des Abgeordneten Klein an, daß dieser Gesetzgebungsvorgang baldmöglichst abgeschlossen sein wird.

Nur, der hier zu behandelnde und heute zu unterbrechende Antrag strebt die Grunderwerbsteuerbefreiung von Vorgängen an, meine Damen und Herren, die nun einmal in Verbindung — und das ist richtig gesehen — mit den ertragsteuerlich begünstigten Änderungen der Unternehmensform auftreten können. Die Bundesregierung hat bereits in der Begründung zu ihrem Gesetzentwurf ausdrücklich festgestellt, daß die Grunderwerbsteuer unbestritten eine der wesentlichen Hindernisse für die Änderung der Unternehmensform bildet und daß keine Erleichterungen aufgenommen werden konnten, weil diese in die gesetzliche Zuständigkeit der Länder fallen.

Die Bundesregierung hat daher diesen Entwurf in der Erwartung vorgelegt, daß die Länder die entsprechenden erforderlichen Maßnahmen beschließen werden. In dieser Erwartung sieht sie sich, so heißt es in der Begründung der Bundesregierung, auch darin bestärkt, weil die Finanzminister und Finanzsenatoren der Länder sich bereits, und zwar Mitte des letzten Jahres, für einen zeitweiligen völligen Verzicht auf die Grunderwerbsteuer ausgesprochen haben. Diese Feststellung der Bundesregierung beruht auf dem Ergebnis der Finanzministerkonferenz am 7. Dezember 1967. — Solange laufen die Beratungen bereits.

Der Senator für die Finanzen hat sich in dieser Konferenz für eine völlige Grunderwerbsteuerbefreiung in den Fällen ausgesprochen, bei denen es sich um Umwandlungstatbestände im Sinne des ertragsteuerlichen Bundesgesetzes handelt. Die Arbeiten an dem Entwurf dieses grunderwerbsteuerlichen Gesetzes über die Steuerbefreiung bei Änderung der Unternehmensform sind von den Ländern rechtzeitig in Angriff genommen worden. Die Verkehrssteuerreferenten der obersten Finanzbehörden der Länder haben inzwischen einen übereinstimmenden Entwurf ausgearbeitet, der abschließend in diesem Monat beraten werden soll. Er deckt sich zum Teil mit dem hier vorgelegten Antrag und geht zum Teil auch noch darüber hinaus.

Die Beratungen und Erörterungen, meine Damen und Herren, über das grunderwerbsteuerliche Gesetz durch die Länder werden von dem Gedanken getragen, ein einheitliches — und darauf möchte ich in diesem Zusammenhang besonders hinweisen — Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiungen bei der Änderung der Unternehmensform zu schaffen, denn es würde ohne Zweifel dem Ziel des Gesetzes, den wirtschaftlichen Wettbewerb zu fördern, nicht entsprechen, wenn in den einzelnen Bundesländern verschiedene Befreiungstatbestände gelten würden. Das wäre eine ganz schlechte Regelung. Das würde noch jenen Zug der Zeit fördern, sich gegenseitig zu überbieten im Hinblick auf die Ansiedlung von Industrieprojekten. Insofern können wir nur daran interessiert sein, eine bundeseinheitliche Regelung anzustreben. Insofern sollten wir uns dem Vorgehen der übrigen Bundesländer anschließen.

Ich halte es in Übereinstimmung mit den obersten Finanzbehörden der anderen Länder für angebracht, zunächst die Verabschiedung des Bundesgesetzes über Steuererleichterungen bei Änderung der Unternehmensform abzuwarten, und erst dann den für die Grunderwerbsteuer erforderlichen Gesetzentwurf in die Länderparlamente und damit in die Bürgerschaft einzubringen, um ihn dann abschließend zu beraten.

Die einheitliche Fassung der Ländergesetze, meine Damen und Herren, und die angestrebte zeitliche Reihenfolge von Bundesgesetz und Ländergesetzen sind auch schon bei den Umwandlungssteuergesetzen des Jahres 1957 verwirklicht worden. Das Bundesgesetz datiert vom 11. Oktober 1957, und das bremische Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiung bei der Umwandlung von Kapitalgesellschaften vom 21. Dezember 1957. Sie sehen, daß wir in verhältnismäßig schneller Zeitfolge ein solches Gesetz verabschieden können. Ich bin mit Ihnen einer Meinung,

wir sollten die Beratungen und die Vorarbeiten so anlaufen lassen, daß wir in zeitlicher Reihenfolge möglichst schnell nach der Verabschiedung des Bundesgesetzes dann auch die landesrechtliche Regelung für die Grunderwerbsteuerbefreiung dem Parlament zur abschließenden zweiten Lesung vorlegen können. Es sollte möglich sein, bei der geplanten umfassenden steuerlichen Begünstigung bei der Änderung der Unternehmensform entsprechend zu verfahren.

Ich bin sehr damit einverstanden, daß die zuständigen Deputationen rechtzeitig in die Beratung dieses Gesetzentwurfs eintreten und der vorliegende Antrag als Arbeitsmaterial den Deputationen überwiesen wird. — Ich danke schön!

(Beifall)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

(Abg. Klein [CDU]: Herr Präsident, aufgrund der letzten Ausführungen des Herrn Finanzsenators verzichte ich!)

Danke!

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Wer der Unterbrechung der ersten Lesung und der Überweisung des Antrags zur Beratung und Berichterstattung bis zum 26. März 1969 an die Finanzdeputation und die Deputation für Wirtschaft zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Anfrage: Entwicklung des bremischen Schulwesens (Drucksachenabteilung II Nr. 113)

Dazu Herr Senator Thape, ihm beigeordnet Herr Landesschulrat Warninghoff und Herr Senatsdirektor Kreuser.

Die Anfrage, die von dem Abgeordneten Böhrnsen und SPD-Fraktion unterschrieben ist, hat folgenden Wortlaut:

Der Senat wird um Auskunft ersucht:

1. Welche Maßnahmen sind seit 1948 zur quantitativen und qualitativen Verbesserung unseres allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulwesens getroffen worden?
2. Wie beurteilt der Senat die Lage des bremischen Schulwesens im Hinblick auf die steigenden Schülerzahlen?
3. Welche Maßnahmen beabsichtigt der Senat zur Fortentwicklung des bremischen Schulwesens einzuleiten, und welche Aufwendungen werden hierfür erforderlich sein?"

Die mündliche Beantwortung dieser Anfrage hat die Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung am 6. November 1968 beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich habe die große Freude, unter unseren Zuhörern heute auch unseren Bürgermeister a. D. Herrn Wilhelm Dehnkamp zu begrüßen.

(Starker Beifall)

Dieses ganze Gebiet ist Herrn Bürgermeister Dehnkamp ja keine fremde Angelegenheit. Er hat ja, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, seit 1951 in diesem Ressort gearbeitet und die Angelegenheiten des Ressorts nach meiner Auffassung doch maßgeblich beeinflußt.

Also nochmals herzlichen Gruß in unseren Reihen!

Herr Senator Thape, sind Sie bereit, die Anfrage zu beantworten?

Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Auf die Anfrage der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion über die Entwicklung des bremischen Schulwesens antwortet der Senat wie folgt:

Die erste Frage lautet:

„Welche Maßnahmen sind seit 1948 zur quantitativen und qualitativen Verbesserung unseres allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulwesens getroffen worden?"

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Auskunft:

Bremen hat in den beiden letzten Jahrzehnten erhebliche Haushaltsmittel für die Entwicklung seines Schulwesens festgelegt. Der Senat hat sich dabei — in Übereinstimmung mit der Bürgerschaft — davon leiten lassen, daß alle anderen Investitionen und alle Anstrengungen für die Zukunft solange erfolglos, ja sinnlos bleiben, wie die kommende Generation nicht durch eine erstklassige Ausbildung instand gesetzt wird, die gebotenen Chancen zu nutzen, um sich im scharfen Wettbewerb zu behaupten.

Die Aufwendungen Bremens für die allgemeinbildenden Schulen haben sich im Laufe der letzten 20 Jahre verachtfacht. Sie betrugen im Jahre 1949 18,1 Millionen DM, 1959 63,7 Millionen DM, während im Jahre 1969 145,6 Millionen DM bereitgestellt worden sind.

Für die berufsbildenden Schulen sind im Jahre 1949 4,4 Millionen DM, im Jahre 1959 15,8 Millionen DM ausgegeben worden. 1969 stehen 38 Millionen DM zur Verfügung. Die Ausgaben für diesen Schulbereich haben sich demnach in den vergangenen zwei Jahrzehnten nahezu verneunfacht.

Die höchsten Aufwendungen im Bereich des Schulwesens entfallen auf den Schulbau. Hier sind von 1948 bis 1955 rund 61,3 Millionen DM und von 1956 bis 1963 rund 123,4 Millionen DM ausgegeben worden. Von 1964 bis zum Ende dieser Legislaturperiode 1971 werden rund 233,4 Millionen DM investiert worden sein. Die Leistungen Bremens auf diesem Gebiet haben sich damit seit 1948 etwa alle acht Jahre verdoppelt.

Qualitativ ist das bremische Schulwesen in allen seinen Bereichen in den beiden letzten Jahrzehnten zielstrebig ausgebaut worden. In der schulpolitischen Entwicklung steht Bremen daher mit an vorderster Stelle in der Bundesrepublik. Allgemein weist der Senat zunächst auf folgendes hin:

In Bremen hat sich das Prinzip der Koedukation bewährt und fast ausnahmslos durchgesetzt.

In allen Schulzweigen ist es gelungen, die durchschnittlichen Klassenfrequenzen systematisch zu senken und einem pädagogisch vertretbaren Stand anzunähern. So konnten zum Beispiel in der Stadtgemeinde Bremen die durchschnittlichen Schülerzahlen je Klasse von 1949 bis heute in der Grundschule von 43,4 auf 31,7 Schüler, in der Hauptschule von 39,2 auf 27,7 Schüler, in der Realschule von 38 auf 31,3 Schüler und im Gymnasium von 30,4 auf 28 Schüler gesenkt werden.

Im Hinblick auf die Erfahrungen aus der jüngeren deutschen Geschichte war die politische Bildung in den Schulen einer der Schwerpunkte in der Entwicklung der letzten 20 Jahre. Politische Bildung ist in den Schulen mehr und mehr zum Unterrichtsprinzip geworden. Dabei wird nicht nur auf die Vermittlung von Kenntnissen über Grundlagen und Einrichtungen unseres demokratischen Staatswesens sowie über Rechte und Pflichten der Bürger im demokratischen Staate abgestellt, auch die Erziehung zur selbständigen Auseinandersetzung mit politischen Tatsachen und Entwicklungen steht im Vordergrund der politischen Bildung in den Schulen. Zwar waren bestimmte Schwierigkeiten zu überwinden, um die erforderlichen Voraussetzungen für die Vermittlung politischer Bildung zu schaffen. Dafür bietet Bremen durch seine Überschaubarkeit und durch die Möglichkeit der unmittelbaren Kontakte mit Politikern und politischen Institutionen besonders günstige Bedingungen für die politische Bildung.

In den Gymnasien hat die politische Bildung durch die Einführung des Gemeinschaftskundeunterrichts eine wesentliche Förderung erfahren. Auch ist die Unterstützung der politischen Bildung durch Filme, Dia-Serien und Tonbänder von seiten der Bildstellen des Landes und der Gemeinden wesentlich erweitert worden.

Neben den politischen Studienfahrten für Lehrer und Schüler leisten die staatsbürgerliche Bildung bei der Bürgerschaft und die Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung wertvolle Hilfe. Hinzuweisen ist schließlich auf den in Zusammenarbeit mit dem Senator für Justiz an den weiterführenden Schulen erteilten Rechtskundeunterricht, bei dem in moderner Form Richter, Verteidiger und Staatsanwälte gemeinsam unterrichten.

Die intensive Arbeit auf dem Gebiet der politischen Bildung hat bessere Erfolge gebracht, als allgemein angenommen wird. So ergibt sich aus den Ergebnissen einer durch die Arbeiterkammer Bremen veranstalteten Befragung von Jugendlichen, daß mindestens zwei Drittel der Jugendlichen politisch interessiert und bereit sind, sich am politischen Geschehen zu beteiligen. 87 vom Hundert der Jugendlichen halten die Beschäftigung mit politischen Themen für notwendig. Für extreme politische Richtungen bestehen unter der Jugend nur sehr geringe Sympathien. Interessant ist, daß 82 vom Hundert der befragten Jugendlichen auch dann gegenüber Lehrern oder Vorgesetzten offen ihre Meinung vertreten, wenn keine Übereinstimmung besteht.

(Abg. John [FDP]: Sehr gut!

Um in unserer Wettbewerbsgesellschaft bestehen zu können, ist nicht nur ein hohes Maß an Wissen und Können, sondern auch an körperlicher Tüchtigkeit erforderlich. Aus diesem Grunde ist die Zahl der Wochenstunden für Leibesübungen in den Lehrplänen der Jahre 1959 bis 1961 auf drei Wochenstunden erhöht worden. Da in den vergangenen Jahren auch die Zahl der Übungsstätten wesentlich vermehrt wurde, kann diese Lehrplanforderung heute schon zu mehr als 50 vom Hundert erfüllt werden. Im Rahmen des wahlfreien Unterrichts sind außerdem in fast allen Schulen Sportarbeitsgemeinschaften eingerichtet worden. Alle Schüler erhalten ab Klasse 5 Schwimmunterricht; 90 vom Hundert der Schulabgänger haben mindestens das Freischwimmer-Zeugnis erworben.

Bremen hat eine der fortschrittlichsten Schulverfassungen in der Bundesrepublik. Im Rahmen der für die Schule geltenden Rechtsvorschriften trifft die wesentlichen Entscheidungen in der Schule die aus allen Lehrern bestehende Gesamtkonferenz. Damit ist das Prinzip der kollegialen Schulleitung gewährleistet.

Die Mitwirkung der Eltern und der Schüler an den Maßnahmen und Entscheidungen der Schule ist durch besondere Bestimmungen geregelt. 1968 hat der Senator für das Bildungswesen in Zusammenarbeit mit den Schulen und der Schülervertretung neue Richtlinien für Schüler- und Schulzeitungen erlassen, die der Eigenverantwortung der Schüler mehr Raum geben. Neue Richtlinien über die Mitverantwortung der Schüler und die Vertretung der Schülerinteressen werden augenblicklich durch den Senator für das Bildungswesen in Zusammenarbeit mit den Schulen und der Schülervertretung vorbereitet.

Aus der Fülle der in den letzten 20 Jahren in den einzelnen Schulzweigen getroffenen Maßnahmen können hier natürlich nur die wichtigsten genannt werden. Insbesondere weist der Senat auf folgendes hin:

Alle bremischen Kinder werden vor ihrer Einschulung einer Schulreifeuntersuchung unterzogen.

Schulpflichtige Kinder, die noch nicht schulreif sind, können einen Schulkindergarten besuchen. Bis jetzt sind 58 Schulkindergärten eingerichtet worden, die zur Zeit von mehr als 1200 Kindern besucht werden.

An einigen Schulen werden die Kinder darüber hinaus im Jahr vor der Einschulung bereits versuchs-

weise in dafür eingerichteten Stunden auf den Schulanfang vorbereitet und frühzeitig gefördert. Wenn auch für die Frage der vorschulischen Erziehung noch grundsätzliche Überlegungen und Entscheidungen zusammen mit dem Senator für Wohlfahrt und Jugend notwendig sein werden, so können die bisherigen Versuche doch erste Erfahrungen bringen.

Der Ausbau der Grundschule verfolgte vor allem das Ziel, die Möglichkeiten der individuellen schulischen Entwicklung der Kinder zu verbessern. So besteht seit Jahren durch Gewährung zusätzlicher Lehrerstunden die Möglichkeit, den Erstklässlern in kleineren Gruppen über gewisse Anfangsschwierigkeiten hinwegzuhelfen. Dem Ausgleich individueller Schwächen dienen Sondermaßnahmen wie orthopädisches Turnen bei Haltungsschäden, Sprachheilunterricht bei leichten Sprachschäden, Lese- und Rechtschreibkurse für Kinder mit leichter Lese- und Rechtschreibschwäche.

Seit 1956 können die Eltern ihr Kind eine Klasse freiwillig wiederholen lassen, wenn seine Entwicklung mit den schulischen Anforderungen nicht mehr Schritt hält. Schulreifeuntersuchung und die verschiedenen Förderungsmaßnahmen haben dazu beigetragen, daß die Quote der Sitzenbleiber zurückgegangen ist und erheblich unter der in der Bundesrepublik üblichen Quote liegt.

Während an Bremerhavener Grundschulen Englisch schon seit 1948 obligatorisch, an stadtbremischen Grundschulen jedoch wahlfrei war, nehmen nunmehr seit zwei Jahren alle Schüler der 5. und 6. Grundschulklassen im Lande am Pflichtunterricht in Englisch teil.

1965 wurde im Interesse einer besseren Förderung aller Schüler in den 5. und 6. Klassen differenzierter Unterricht für die Fächer Deutsch, Englisch und Rechnen eingeführt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß hier gute Möglichkeiten der Leistungssteigerung liegen.

Im Jahre 1959 gingen rund 11 vom Hundert, im Jahre 1968 dagegen rund 20 vom Hundert der Schüler der 4. Grundschulklassen auf das Gymnasium über. Die Zahl der Übergänger nach der 6. Klasse stieg von 5,8 auf 6,6 vom Hundert.

Auf die Realschule gingen im Jahre 1959 etwa ein Viertel und 1968 fast 30 vom Hundert der Schüler der 6. Grundschulklassen über. Die Übergangsverfahren sind auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen so verbessert worden, daß mehr als 80 vom Hundert der auf Gymnasien oder Realschulen übergehenden Schüler ohne besonderen Prüfungsunterricht zugelassen werden können.

Einen der Schwerpunkte im Ausbau des bremischen Schulwesens bildete die Entwicklung einer zeitgemäßen Hauptschule. Im Jahre 1950 wurden die ersten Klassen eines freiwilligen 9. Hauptschuljahres eingerichtet. Seit 1959 ist das 9. Schuljahr für alle Hauptschüler verbindlich. Bremen gehörte damit zu den ersten Ländern in der Bundesrepublik, die diesen schulpolitisch bedeutsamen Schritt taten, der übrigens auch heute noch nicht in allen Bundesländern verwirklicht worden ist.

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört!)

Diese Entwicklung machte neue Lehrpläne erforderlich. Die stärkere Berücksichtigung des Werkens und der Hauswirtschaft in Verbindung mit dem Ausbau von Werkstätten und anderen Arbeitsräumen führte zu größerer Ausgeglichenheit von Theorie und Praxis. Hinzu treten Betriebserkundungen und Betriebspraktika, die den Hauptschüler mit seiner künftigen Position in der Wirtschafts- und Arbeitswelt vertraut machen.

Mit Beginn des laufenden Schuljahres ist Englisch auch für die Schüler der bremischen Hauptschulen, wie seit langem schon in Bremerhaven, Pflichtfach geworden. Möglichkeiten des differenzierten Unterrichts werden in diesem Fach und in anderen Fächern versuchsweise erprobt.

Die Zahl der Schüler an den bremischen Realschulen ist von 2780 im Jahre 1949 auf 8465 im Jahre 1968 gestiegen. Der 1961 neu aufgestellte Lehrplan ist in den kulturkundlichen Bereich, den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich und den musischen Bereich gegliedert, die Themen sind fächerübergreifend gestaltet. Seit 1949 haben die Realschüler Gelegenheit, als zweite Fremdsprache Französisch oder Spanisch zu erlernen. Seit 1966 wird an vier bremischen Realschulen in den Klassen 9 und 10 ein Versuch mit dem Kern-Kurs-System durchgeführt. Dadurch kommt die Schule den begabungsbedingten Neigungen des einzelnen Schülers entgegen.

Der Ausbau der bremischen Gymnasien ist vor allem durch die Einführung neuer Schulzweige und durch Schulversuche gekennzeichnet. 1950 wurde die Wirtschaftsoberschule — später Wirtschaftsgymnasium — gegründet. Die Schule schließt an die Realschule an und führt zur fachgebundenen Hochschulreife, seit 1968 durch eine Ergänzungsprüfung auch zur allgemeinen Hochschulreife. Am Gymnasium an der Kleinen Helle ist 1965 ein an die Realschule anschließender Aufbauzug eingerichtet worden, dessen Absolventen in drei beziehungsweise vier Jahren zur allgemeinen Hochschulreife gelangen können.

Mit dem Ziele der Auflockerung der Oberstufe laufen gegenwärtig Versuche in den Gymnasien Huckelriede und Lesum sowie im Gerhard-Rohlfs-Gymnasium. Ein besonderer Differenzierungsversuch für die Mittelstufe findet im Gymnasium an der Kurt-Schumacher-Allee statt.

Aufgrund von Beschlüssen der Kultusministerkonferenz wurde 1961 eine neue Reifeprüfungsordnung erlassen, durch die die schriftliche Prüfung neu geordnet und die Fächer der mündlichen Prüfung eingeschränkt wurden. Seit 1968 besteht für Gymnasiasten der Klassen 7 bis 10 die Möglichkeit, eine Prüfung zum Zwecke der Nachversetzung abzulegen. Die Zahl der Sitzenbleiber konnte so schon 1968 um 15 vom Hundert gesenkt werden. An den

meisten Gymnasien findet seit 1966 für die Klassen 7 und 8 nachmittags Förderunterricht statt.

Die Zahl der Schüler an den bremischen Gymnasien betrug 1949 etwa 9770, bis 1959 stieg diese Zahl auf 11 146 Schüler und bis 1968 auf 16 211 Schüler. Etwa jeder 13. Gymnasiast kommt aus dem niedersächsischen Umland.

Eine besondere Stellung im Schulwesen unseres Landes nehmen die Schulkombinate in Bremerhaven ein. Die Kombination von Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter einem Dach und unter einer Leitung hat sich seit 1950 bewährt und als entwicklungsfähig erwiesen. Sie findet in der Diskussion um neue Organisationsformen der Schule viel Beachtung.

Die Bemühungen um eine bessere Schule schlossen selbstverständlich die Sorge um eine gerechte Förderung der behinderten Kinder ein. So hat sich die Zahl der Sonderschulen für Lernbehinderte von neun auf 16 erhöht. Damit rechtzeitig eine angemessene Förderung möglich ist, stellen neue Richtlinien die Früherfassung aller eindeutig sonderschulbedürftigen Kinder sicher. Betriebspraktika, Förderunterricht und jetzt auch der Versuch eines Berufsgrundschuljahres dienen der Erleichterung des Übergangs der Sonderschüler in die Berufswelt.

An neuen Sonderschuleinrichtungen sind besonders hervorzuheben Sonderschulen und Sonderklassen für geistig behinderte Kinder, für körperbehinderte Kinder — mit besonderen Möglichkeiten der Krankengymnastik und der Beschäftigungstherapie —, für taubstumme sowie gehör- und sprachgeschädigte Kinder, für sehbehinderte sowie für entwicklungs- und verhaltensgestörte Kinder.

In diesem Zusammenhang ist auf den schulpsychologischen Dienst hinzuweisen. Die Beratungstätigkeit der Schulpsychologen erstreckt sich zwar auf alle Schularten, wird jedoch besonders für Schüler mit Leistungsausfällen und Verhaltensschwierigkeiten in Anspruch genommen.

Die Situation im Bereich der berufsbildenden Schulen war in den letzten beiden Jahrzehnten wesentlich durch Raum- und Lehrermangel bestimmt. Die Zahl der Schüler in diesem Bereich stieg von 22 062 im Jahre 1949 auf 29 061 im Jahre 1968. Durch intensive Anstrengungen zur Gewinnung von Lehrkräften gelang es, die durchschnittlichen Wochenunterrichtsstunden für die gewerblichen Klassen auf 7,4 im Jahre 1968 zu steigern. Für die kaufmännischen Klassen konnte diese Zahl im Jahre 1968 auf 10,4 in Bremen und auf 8,1 in Bremerhaven erhöht werden. Der Rückstand bei den gewerblichen Schulen wird zur Zeit stark aufgeholt.

Im Zuge des weiteren Ausbaus sind die Berufsschulen immer stärker fachlich gegliedert worden. In den Jahren 1960 bis 1963 wurden 132 Lehrpläne überarbeitet oder neu eingeführt. An neuen Zweigen wurden die zweijährige Höhere Handelsschule und die Berufsschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Bremen eingerichtet. In Bremerhaven bestehen außerdem eine Berufsfachschule für Elektrotechnik, eine Technikerschule in Abendform und eine Fremdsprachenschule.

Die bremischen Höheren Fachschulen sind in den vergangenen Jahren systematisch so ausgebaut worden, daß der Senat sich 1968 entschloß, ihnen in Anerkennung ihres Leistungsstandes die Bezeichnung Akademie zu verleihen. Zur Neuregelung der inneren Struktur der Akademien, der Eingangsvoraussetzungen und des besseren Übergangs zu wissenschaftlichen Hochschulen bereitet der Senator für das Bildungswesen auf der Grundlage eines Abkommens der Ministerpräsidenten der Bundesländer vom 30. Oktober 1968 und in Zusammenarbeit mit den Akademien sowie sonstigen beteiligten oder interessierten Stellen den Entwurf eines bremischen Fachhochschulgesetzes vor.

Die Zahl der Studierenden an den bremischen Akademien und Fachschulen hat sich von 1521 im Jahre 1949 auf 1990 im Jahre 1959 und auf 2627 im Jahre 1968 erhöht.

Eine Lücke im berufsbildenden Schulwesen wurde 1963 geschlossen, als die heutige Wirtschaftsakademie eingerichtet wurde. Sie bildet Führungskräfte für die kaufmännischen Abteilungen der Betriebe aus.

Als Schuleinrichtung besonderer Art hat Bremen das Abendgymnasium, die Abendrealschule und die Abendhauptschulen geschaffen. Sie bieten jüngeren Menschen, die eine ihrer Begabung angemessene Schulausbildung nicht erhalten oder abschließen konnten, die Möglichkeit, das betreffende Abschlußzeugnis nachträglich zu erlangen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf das Hansa-Kolleg hinzuweisen, das junge Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung in einer dreijährigen Internatsausbildung zur vollen Hochschulreife führt.

Ingenieurakademie, Sozialakademie und Wirtschaftsakademie vermitteln zur Zeit bei guten Leistungen die fachgebundene Hochschulreife. An der Ingenieurakademie kann mit einer Zusatzprüfung die allgemeine Hochschulreife erworben werden.

1958 wurde in Bremen die erste Berufsaufbauschule eingerichtet. Sie vermittelt, aufbauend auf die berufliche Praxis, die Fachschulreife und damit den Zugang zu weiterführenden Bildungsanstalten.

Alle Leistungen auf dem Gebiete des Schulwesens sind nicht denkbar ohne eine Lehrerschaft, die bereit ist, sich mit Können und Verantwortungsfreude für die Bewältigung der gestellten Aufgaben einzusetzen. Der Senat hat sich im Rahmen seiner Möglichkeiten stets dafür eingesetzt, daß der fachlichen Ausbildung der bremischen Lehrer die erforderliche Qualität gesichert wird, und daß die beruflichen Bedingungen der verantwortungsvollen Tätigkeit der Lehrer gerecht werden.

Bremen hat 1950 als eines der ersten Länder der Bundesrepublik an der Pädagogischen Hochschule das sechssemestrige Studium für Leh-

rer an Grund-, Haupt- und Realschulen eingeführt. Die Qualität der Ausbildung und die erheblichen Verbesserungen der Lehrerbesoldung haben dazu geführt, daß die Zahl der Studenten an der Pädagogischen Hochschule von 353 im Jahre 1959 auf 929 im Wintersemester 1968/69 angestiegen ist und daß der Lehrermangel in diesem Bereich als behoben gelten kann. Ein bedeutsamer Fortschritt ist die Einführung des Studiums in zwei Wahlfächern, das aufgrund entsprechender besoldungsgesetzlicher Maßnahmen vom Wintersemester 1968/69 an ermöglicht wird.

Ein wesentlicher neuer Abschnitt in der Lehrerbildung ist durch die 1965 eingeführte schulpraktische Ausbildung der Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen erreicht worden. Die Ausbildung dient der Ergänzung des erziehungswissenschaftlichen Studiums und der Vorbereitung auf die zweite Lehrerprüfung.

Für Lehrer an Sonderschulen ist eine zusätzliche Ausbildung vorgesehen, die zumeist an der Universität Hamburg absolviert wird. Obwohl Bremen während der Ausbildung mindestens die vollen Dienstbezüge weiterzahlt, ist der Bedarf an vollausgebildeten Sonderschullehrern noch sehr groß.

Für die Ausbildung der Gymnasiallehrer und seit 1962 auch der Lehrer an den berufsbildenden Schulen unterhält Bremen ein gemeinsames Studienseminar. Es betreut die an den wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildeten Lehramtskandidaten während ihres zur Zeit 18 Monate dauernden Vorbereitungsdienstes und führt sie zur pädagogischen Prüfung.

Der Beruf des Lehrers erfordert in besonderem Maße eine ständige fachliche und praktisch-pädagogische Weiterbildung. Deshalb halten insbesondere das Schulpraktische Institut in Bremen und die Pädagogische Arbeitsstelle in Bremerhaven für Lehrer aller Schulzweige ein breitgefächertes Angebot an Fortbildungsveranstaltungen und Beratungsstellen für die einzelnen Unterrichtsfächer bereit, das auch besonderen schulpolitischen Erfordernissen jeweils Rechnung trägt.

Obwohl die Raumkapazität des bremischen Schulwesens infolge der Kriegseinwirkungen erheblich gemindert worden war und die finanziellen Möglichkeiten einen raschen Wiederaufbau nicht ohne weiteres zuließen, hat Bremen darauf verzichtet, das Schulraumproblem durch sogenannte Primitivbauweise zu lösen. Fehlinvestitionen sind daher nicht zu verzeichnen.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut!)

Der pädagogischen Entwicklung folgend, wurde die frühere Konzeption des Universalklassenraumes durch stärkere Berücksichtigung von Fach- und Spezialräumen ergänzt.

Bemerkenswerte Rationalisierungsvorteile sind durch die Wiederholung bestimmter Schultypen erzielt worden. Auch hat sich die Vorfinanzierung vollständiger Schulkomplexe schulorganisatorisch und pädagogisch positiv ausgewirkt. Besonders deutlich wird dies im Vergleich zu Schulen erkennbar, die aus finanziellen Gründen nur abschnittsweise errichtet werden konnten.

Obwohl die Aufstellung verbindlicher Kostenvergleiche in der Bundesrepublik noch nicht möglich ist, haben von Zeit zu Zeit durchgeführte Untersuchungen im Verhältnis zu anderen Großstädten stets ein günstiges Ergebnis erbracht. Der Schulbau in Bremen ist pädagogisch zweckmäßig und leistungsfähig sowie in wirtschaftlich vernünftigen Grenzen ausgeführt worden.

Die überdurchschnittliche Leistung Bremens im Wohnungsbau hat dazu geführt, daß in bestimmten Stadtteilen eine besonders starke Zunahme von Schulkindern zu verzeichnen war. Um den dadurch aufgetretenen voraussichtlich vorübergehenden Engpässen entgegenzutreten, sind in Bremen bisher über 100 Mobilklassen aufgestellt worden.

Um allen Bürgern dieses Landes den für ihre Kinder gemäßen Weg durch die Schule zu ermöglichen, stellt Artikel 31 der Landesverfassung für die soziale Ausgestaltung des Bildungswesens Forderungen auf, denen sich Senat und Bürgerschaft stets verpflichtet gezeigt haben. Mit der Einführung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, die schon 1901 der damalige SPD-Abgeordnete Friedrich Ebert in der Bürgerschaft gefordert hat, und der Lehr- und Lernmittelfreiheit setzte sich Bremen 1947 hinsichtlich der sozialen Ausgestaltung des Bildungswesens an die erste Stelle unter den deutschen Ländern.

Was für die Bürger dieses Landes seit mehr als 20 Jahren selbstverständlich ist, nämlich daß ihnen durch den Schulbesuch ihrer Kinder keine direkten Kosten entstehen, trifft auch heute noch keineswegs für alle Bundesländer zu.

(Beifall bei SPD und FDP — Vizepräsident Dr. Klink übernimmt den Vorsitz.)

Für die Beschaffung der erforderlichen Lehr- und Lernmittel werden zur Zeit jährlich mehr als 6 Millionen DM aufgebracht, eine Summe, wie sie etwa der Neubau einer vollständigen 24-klassigen Haupt- oder Realschule erfordern würde.

Mit Nachdruck hat sich der Senat auch der Ausbildungsförderung angenommen. In den letzten Jahren verging keine Haushaltsberatung in der Bürgerschaft, in der nicht erhebliche Mehrbeträge für Erziehungsbeihilfen und Stipendien beschlossen wurden. Im Jahre 1969 stellt Bremen allein 4,65 Millionen DM für diesen Zweck zur Verfügung, eine Summe, die fast die Kosten für den Neubau einer vollständigen 24-klassigen Grundschule deckt.

Unabhängig von den Zuschüssen an die Bremer Straßenbahn für die Einräumung besonderer Schülertarife sind 1969 rund 600 00 DM für die Beförderung von Schülern zwischen Wohnung und Schule bereitgestellt worden. Besonders hohe Kosten entstehen für die Beförderung geistig oder körperlich behinderter Kinder.

Schließlich wendet Bremen für Schülerwanderungen und Studienfahrten sowie für

den internationalen Schüleraustausch jedes Jahr mehr als 1,3 Millionen DM auf. Dazu treten weitere rund 200 000 DM jährlich, die aufgrund eines Beschlusses der Deputation für Kunst und Wissenschaft aus Lottomitteln den Schullandheimvereinen zufließen.

Die 2. Frage lautet:

„Wie beurteilt der Senat die Lage des bremischen Schulwesens im Hinblick auf die steigenden Schülerzahlen?"

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Auskunft:

Der Senat rechnet damit, daß die Zahl der Schüler in Bremen in den kommenden Jahren erheblich anwachsen wird. So umfaßt zum Beispiel der stadtbremische Geburtsjahrgang 1953, der inzwischen die Grund- und die Hauptschule durchlaufen hat und sich zur Zeit etwa in der Realschule, im Gymnasium oder in der Berufsschule befindet, rund 5 500 Kinder. Der stadtbremische Geburtsjahrgang 1966, der im wesentlichen 1972 eingeschult wird, umfaßt dagegen rund 10 400 Kinder.

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört!)

Im einzelnen ist zu erwarten, daß sich die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in den kommenden Jahren wie folgt entwickeln wird:

An den Grundschulen von heute 50 730 Schülern auf etwa 63 500 Schüler im Jahre 1974,

an den Hauptschulen von heute 11 623 Schülern auf etwa 15 700 Schüler im Jahre 1978,

an den Realschulen von heute 8465 Schülern auf etwa 9800 Schüler im Jahre 1977,

an den Gymnasien von heute 16 211 Schülern auf etwa 24 600 Schüler im Jahre 1980,

an den Sonderschulen von heute 3793 Schülern auf etwa 5100 Schüler im Jahre 1975.

Insgesamt ergibt sich damit eine Steigerung der Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen von 90 822 im Schuljahr 1968/69 auf etwa 114 300 im Jahre 1978.

Im Bereich der berufsbildenden Schulen läßt sich das Ansteigen der Schülerzahl nicht mit dieser Genauigkeit voraussehen. Die höheren Schülerjahrgänge erreichen die berufsbildenden Schulen später als die allgemeinbildenden Schulen. Außerdem werden die Aufgaben des berufsbildenden Schulwesens von der Entwicklung der Wirtschaft und der Arbeitswelt beeinflußt. Nach vorsichtigen allgemeinen Schätzungen ist jedoch damit zu rechnen, daß die Zahl der Schüler an den berufsbildenden Schulen von 31 688 im Schuljahr 1968/69 auf etwa 52 000 im Jahre 1980 steigen wird.

Die steigenden Schülerzahlen lassen, ausgehend von den heutigen Klassenfrequenzen hinsichtlich der Schulräume bis 1980 folgende Fehlbestände entstehen:

In der Grundschule 528 Schulräume, in der Haupt- und Realschule 178 Schulräume, im Gymnasium 768 Schulräume, in der Sonderschule 168 Schulräume, im Bereich der berufsbildenden Schulen 438 Schulräume.

Außerdem entsteht Raumbedarf in den Akademien.

Auch hinsichtlich der Zahl der Lehrerstellen ergeben sich durch das Anwachsen der Schülerzahl Fehlbestände, und zwar bis 1980

an der Grund-, Haupt- und Realschule 596 Lehrerstellen,

am Gymnasium 506 Lehrerstellen,

an den Sonderschulen 84 Lehrerstellen,

an den berufsbildenden Schulen 549 Lehrerstellen.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß die steigende Schülerzahl einen entsprechenden Fehlbestand in der Ausstattung der Schulen insbesondere mit Lehr- und Lernmitteln entstehen läßt, der jedoch in seinen Einzelheiten im Rahmen dieses Berichts nicht darstellungsfähig ist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ehe ich die dritte Frage namens des Senats beantworte, erlauben Sie mir im Einvernehmen mit dem Senat und mit Genehmigung des Herrn Präsidenten eine Vorbemerkung als Senator für das Bildungswesen:

Für den Senat ist die Schulpolitik ein Teil der bremischen Bildungspolitik, und diese wiederum ein Teil seiner Gesamtpolitik. Bei der Beurteilung der künftigen Entwicklung ist der Senat daher gehalten, die Schulpolitik in seine Gesamtpolitik einzuordnen und mit den Erfordernissen auf anderen Gebieten abzustimmen.

Die Ansätze der schulpolitischen Konzeption des Senators für das Bildungswesen werden in der Antwort des Senats auf die Frage 3 sichtbar gemacht. Aus der Antwort des Senats darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß beim Senator für das Bildungswesen weiterreichende schulpolitische Vorstellungen nicht bestehen.

Ich darf die dritte Frage beantworten, die lautet:

„Welche Maßnahmen beabsichtigt der Senat zur Fortentwicklung des bremischen Schulwesens einzuleiten, und welche Aufwendungen werden hierfür erforderlich sein?

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Auskunft:

In der Antwort auf die zweite Frage ist die wahrscheinliche Entwicklung der Schülerzahlen und der sich daraus ergebende Fehlbestand an Schulräumen, Lehrerstellen und Schulausstattung dargestellt worden. Aufgrund dieser Entwicklung sind zunächst Maßnahmen zur quantitativen Anpassung des bremischen Schulwesens an die erhöhten Schülerzahlen notwendig. Allein die hierfür erforderlichen Investitionsmaßnahmen werden in den kommenden Jahren rund 508 Millionen DM erfordern.

Trotz des zu erwartenden erheblichen Fehlbedarfs an Schulräumen muß dem Gedanken mit Nachdruck entgegengetreten werden, den unmit-

telbaren Druck zunächst mit Provisorien zu beseitigen. Bremen hat in der Nachkriegszeit beim Wiederaufbau des bremischen Schulwesens seine Chance genutzt, die Entwicklung weit in die Zukunft zu beeinflussen. Es gilt auch jetzt, wenn es sein muß, unter Verzicht auf den Beifall des Augenblicks, Schulen zu bauen, die nicht nur heute, sondern auch morgen bestehen.

(Beifall bei SPD und FDP)

In den Jahren 1967 bis 1971 dienen Haushaltsmittel in Höhe von 131,9 Millionen DM der Schaffung zusätzlicher Schulräume. In diesem Betrag sind die Mittel des Sonderprogramms in Höhe von 37,9 Millionen DM enthalten, das im Vorjahr beschlossen worden ist und dessen erste Schulprojekte bereits im August dieses Jahres das Schulsystem entlasten sollen.

In Weiterentwicklung der Finanzplanung bereitet der Senat zur Zeit eine nach Dringlichkeitsstufen gegliederte Objektplanung vor. Hierbei wird der künftig notwendige Schulbau in dem jeweils erforderlichen Umfang und im Rahmen der Deckungsmöglichkeiten vordringlich berücksichtigt werden. Ein Absinken des jetzigen hohen Leistungsniveaus im bremischen Schulwesen soll auf jeden Fall vermieden werden. Über die Verwirklichung dieser Planungen wird die Bremische Bürgerschaft durch die ab 1972 zu beschließenden Haushaltspläne entscheiden.

Der Senat hat den Magistrat der Stadt Bremerhaven gebeten, ebenfalls eine entsprechende Objektplanung aufzustellen. Hierbei wird der Magistrat sicherlich dem notwendigen kommunalen Schulbau im Rahmen der in Bremerhaven gegebenen Deckungsmöglichkeiten Priorität einräumen. Über die Verwirklichung dieser Planungen wird die Stadtverordnetenversammlung durch die ab 1972 zu beschließenden Haushaltspläne entscheiden.

Die steigenden Schülerzahlen und der künftige Schulbau werden auch erhebliche Folgekosten — insbesondere Personalausgaben und Schuldendienst — auslösen, die ebenfalls in den künftigen Finanz- und Haushaltsplänen berücksichtigt werden müssen.

Eine fortschrittliche Bildungspolitik kann sich aber nicht nur auf eine quantitative Anpassung an sich erhöhende Schülerzahlen beschränken, sondern muß auch eine qualitative Verbesserung des Schulwesens umfassen.

Bei der nachfolgenden Darstellung der wichtigsten Maßnahmen, die der Senat in dieser Hinsicht für möglich erachtet, können eindeutige Kostenangaben noch nicht gemacht werden. Einerseits liegt in mancher Hinsicht noch keine ausreichende Berechnungsgrundlage vor, andererseits fehlt es zum Teil an vergleichbaren Erfahrungswerten, um eine exakte Kostenvorhersage treffen zu können. Die aufgeführten Maßnahmen geben Inhalt und Ziel künftiger bildungspolitischer Entscheidungen an. Angesichts der außerordentlichen finanziellen Belastung ist ein Zeitplan nicht darzustellen. Vielmehr müssen Beschlüsse von den gesetzten Prioritäten und den finanziellen Möglichkeiten des Landes und der beiden Stadtgemeinden abhängig gemacht werden.

Im einzelnen erachtet der Senat die folgenden qualitativen Verbesserungen für möglich:

In allen Schulzweigen ist die politische Bildung weiter zu verbessern. Dabei sind Einrichtungen außerhalb der Schule einzubeziehen. Voraussetzung ist, daß im Rahmen der Lehrerbildung und der Lehrerfortbildung das Angebot weiter verbessert wird, vor allem durch Veranstaltungen, die beim Lehrer das Verständnis dafür mehren, wie aktuelle Ereignisse schulisch verwertet werden können. Als Ergänzung sollte geeignetes Informationsmaterial zur Verfügung gestellt werden. Ein regelmäßiger Informationsdienst, der didaktisch bearbeitetes Material liefert, könnte für die Schule eine wesentliche Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der politischen Bildung bedeuten.

Aus der schon an anderer Stelle erwähnten, durch die Arbeiterkammer Bremen veranlaßten Befragung hat sich ergeben, daß mehr als 50 vom Hundert der Jugendlichen über ausreichende staatsbürgerliche Kenntnisse verfügen und darin die Erwachsenen übertreffen. Trotzdem wird die Vermittlung von vermehrten Kenntnissen über die Einrichtungen unseres demokratischen Staatswesens und über die Rechte und Pflichten der Bürger ein Schwerpunkt der politischen Bildung bleiben müssen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Darüber hinaus gilt es, die auf diesem Gebiet vorhandene Bildungsbereitschaft zu nutzen und die Schüler auf die selbständige Beurteilung politischer Tatsachen und Entwicklungen noch besser vorzubereiten.

Von den beim Senator für das Bildungswesen in Vorbereitung befindlichen Richtlinien über die Mitverantwortung der Schüler an den öffentlichen Schulen im Lande Bremen verspricht sich der Senat eine Verbesserung des Zusammenwirkens zwischen Schule, Schülern und Eltern. Allerdings wird es für alle Beteiligten darauf ankommen, den gegebenen Spielraum zu nutzen und sich aktiv für die Verwirklichung der Gedanken einzusetzen, die diesen Richtlinien zugrunde liegen.

Die rechtlichen Grundlagen für die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten an der Gestaltung der Schule werden in naher Zukunft ebenfalls neu zu ordnen sein. Damit muß der Entwicklung Rechnung getragen werden, die seit dem Erlaß der betreffenden Verordnung im Jahre 1954 zu verzeichnen war.

In diesem Zusammenhang wird geprüft werden müssen, ob sich aus der Neuordnung der Mitwirkung von Schülern und Eltern an der Gestaltung der Schule auch hinsichtlich der Stellung der Lehrerschaft in der Schule neue Gesichtspunkte ergeben, die es erforderlich machen, die innere Struktur der Schule auch in dieser Hinsicht zu überdenken.

Insgesamt wird die künftige Entwicklung prinzipiell die Öffentlichkeit aller Schulangelegenheiten zum Ziel haben müssen. Eine Schule, die in solcher Weise mit der demokratischen Gesellschaft korrespondiert, wird auf längere Sicht auch im Bewußtsein der Schüler eine spürbare Aufwertung erleben.

Die technische Entwicklung geht an der Schule nicht vorbei. Sie bringt den Einsatz hochwertiger moderner Lehrmittel mit sich und wird zur Rationalisierung der Unterrichtsmethoden führen.

Um die in den Lehrplänen vorgesehene Wochenstundenzahl für Leibesübungen zu erreichen, müssen alle Schulen mindestens eine Turnhalle haben. Anzustreben ist in den Oberstufenklassen eine Differenzierung der Leibeserziehung nach Wahl der Schüler. Damit ergibt sich die Möglichkeit, den begabungsbedingten Neigungen der Schüler auch auf diesem Gebiet entgegenzukommen und die Leibeserziehung im Ergebnis effektiver zu gestalten.

Um die langen Wartezeiten abzubauen und eine sofortige Hilfe für Kinder mit schulischen Schwierigkeiten zu ermöglichen, sollte der schulpsychologische Dienst weiter ausgebaut werden.

Aus der Entwicklung des Bildungswesens ergeben sich qualitative Forderungen hinsichtlich des Schulbaus. Besondere Aufmerksamkeit verlangen die Raumprogramme für die weiterführenden und die berufsbildenden Schulen. Angesichts der Höhe der Investitions- und der Bewirtschaftungskosten muß eine optimale Nutzung der Unterrichtsräume angestrebt werden. Zwischen dem herkömmlichen Prinzip, jeder Klasse ihren eigenen Unterrichtsraum zu geben, und der Forderung, den Unterricht mehr auf die Spezialräume zu konzentrieren, muß ein pädagogisch und ökonomisch sinnvoller Ausgleich gefunden werden, der auch die Bedeutung der Zusammenarbeit mit verschiedenen kommunalen Bedarfsträgern, insbesondere den Bibliotheken und den Jugendeinrichtungen berücksichtigt.

Auf dem Sektor der berufsbildenden Schulen werden Konzentration und größere Gebäudeeinheiten angestrebt, so daß sich die außerordentlich verschiedenen Bildungsangebote besser nutzen lassen. Das Qualitätsgefälle zwischen neuen und alten Schulgebäuden erfordert ein umfassendes Sanierungsprogramm, um den baulichen Rückstand der alten Schulen so rasch wie möglich zu überwinden.

Die neuere Entwicklung des Schulwesens in der Bundesrepublik tendiert deutlich dahin, die starre Abgrenzung der verschiedenen Schulzweige aufzulockern, die Durchlässigkeit von einem Schulzweig zum anderen zu vergrößern und so die Bildungschancen zu verbessern. Als Ziel der Entwicklung wird die Gesamtschule gefordert, die eine völlige Integration insbesondere von Hauptschule, Realschule und Gymnasium mit sich bringt.

Als einer der wichtigsten Schulversuche werden im Bereich des Landes Bremen zur Zeit drei Gesamtschulen geplant.

(Beifall bei der SPD)

Die zu erwartenden Erfahrungen sollen zusammen mit den sonst in der Bundesrepublik gewonnenen Erkenntnissen als Grundlage für die Entscheidung dienen, ob auf diesem Wege fortgeschritten und damit eine tiefgreifende Umgestaltung des Schulwesens eingeleitet werden kann.

In Bremerhaven sollen mit dem Schuljahr 1969/70 zwei Versuche zur Weiterentwicklung der Schulkombinate begonnen werden. Mit dem als „Gitterwerk" bezeichneten Versuch werden durch Kooperation zweier benachbarter Schulkombinate vor allem für die Oberstufe des Gymnasiums neue Möglichkeiten der Fächerkombinationen geschaffen, die den Leistungsstärken der Schüler angemessener und förderlicher sind. In der Mittelstufe des Schulversuchs sollen außerdem Schüler der einzelnen Schularten bei besonderen Leistungen in einzelnen Fächern am Unterricht der Realschule oder des Gymnasiums teilnehmen und entsprechende Qualifikationen erhalten können.

Durch weitere Versuche im Bereich der allgemeinbildenden Schulen wird die Aufteilung des Unterrichts auf fünf Wochentage zu erproben sein, um auch die Schule dem in der Wirtschaft weitgehend arbeitsfreien Wochenende anzupassen. Vor allem aus sozialpädagogischen Erwägungen müssen sowohl im Bereich der Grundschulen wie auch der Haupt- und Realschulen und der Gymnasien Versuche mit Ganztagsschulen unternommen werden, die den Schülern während des ganzen Tages mit Unterricht und sonstiger schulischer und sozialer Betreuung zur Verfügung stehen.

Alle Maßnahmen zur Verbesserung der Grundschule müssen zum Ziele haben, eine größtmögliche Gleichheit der Chancen und eine bestmögliche Förderung aller Kinder zu erreichen. Um allen noch nicht schulreifen Kindern die Gelegenheit zum Besuch des Schulkindergartens zu geben, ist der schrittweise Ausbau dieser Einrichtung erforderlich.

Bereits begonnene Versuche zur Förderung fünfjähriger Kinder im Jahr vor der Einschulung sollten in Zusammenarbeit mit Kindergarteneinrichtungen fortgesetzt und ausgeweitet werden. Eine Lösung dieser Frage ist nur im Zusammenwirken des Senators für Wohlfahrt und Jugend und des Senators für das Bildungswesen sowie der zuständigen Deputationen möglich. Das besondere Augenmerk bei diesen Versuchen gilt den Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien. Im Mittelpunkt dieser Arbeit müssen Aufgaben der Spracherziehung stehen.

Die Förderkurse für benachteiligte Kinder, zum Beispiel mit Lese-, Schreib- oder Rechenschwäche oder mit Sprech- oder Haltungsschäden, sollten weiter ausgebaut werden. Für hochbegabte Schüler sollte ein schnelleres Durchlaufen der Grundschule ermöglicht werden.

(Beifall bei der CDU)

Der Lehrplan der Hauptschule muß noch stärker an der Entwicklung der Wirtschafts- und

Arbeitswelt orientiert werden. Beabsichtigt ist vor allem die Einführung der Arbeitslehre als selbständiges Fach, das im Rahmen der Allgemeinbildung auch Grundtatsachen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Arbeitswelt vermitteln soll.

Im Interesse der Verwirklichung des neuen Realschul-Lehrplans bedarf der mathematisch-naturwissenschaftliche Bereich besonderer Förderung. Die bereits eingeleitete Konzentration von Hauptschulklassen muß fortgeführt werden; dabei ist die Verbindung mit Realschulen zu suchen. Die Konzentration ist nicht nur unter pädagogischen Aspekten sinnvoll, sie ermöglicht auch die rationellere Nutzung der Unterrichtsräume und Unterrichtsmittel.

Da der Unterricht in den Fächern Englisch und Rechnen in den Klassen 5 und 6 der Grundschule voll differenziert ist, gelangen Schüler mit sehr unterschiedlichem Eingangsniveau in die Hauptschule. Um der erheblichen Begabungsstreuung Rechnung zu tragen, ist hier die Differenzierung des Unterrichts besonders dringlich und wird Schwerpunkt der weiteren Entwicklung sein.

Auch in den bremischen Gymnasien wird insbesondere in der Mittelstufe eine stärkere Differenzierung des Unterrichts erforderlich, um zu besseren Leistungen zu gelangen. Die in verschiedenen Versuchen begonnene fachliche Differenzierung im Bereich der Oberstufe der Gymnasien sollte weiter ausgebaut werden, damit den begabungsbedingten Neigungen der Schüler stärker entsprochen werden kann. Im Bereich der Mittelstufe der bremischen Gymnasien sollten die Klassenfrequenzen systematisch weiter gesenkt werden, vor allem, um dem vorzeitigen Abgang von Schülern aus der Mittelstufe zu begegnen.

Sonderschulen sollten nur von eindeutig sonderschulbedürftigen Kindern besucht werden. Nach Verstärkung der pädagogischen Hilfen in den Grundschulen wird in dieser Hinsicht eine bessere Abgrenzung möglich sein. Die Angleichung der Schülerstundenzahl in den Sonderschulen an diejenigen der Grund- und Hauptschulen ist anzustreben, damit der Stundenbedarf für die Gruppen- und Einzelförderung mehrfach behinderter Kinder gedeckt werden kann. Die Klassen 7 bis 9 der Sonderschulen für Kinder mit Leistungsschwächen sollten konzentriert und möglichst in Verbindung mit einer Hauptschule gebracht werden, da auf diese Weise die soziale Anpassung gefördert wird. Schließlich empfiehlt sich auch im Bereich der Sonderschulen aus sozialpädagogischen Gründen die Einrichtung von Ganztagsschulen.

Tiefgreifende Veränderungen zeichnen sich auch im Bereich des berufsbildenden Schulwesens ab. Kennzeichnend dafür ist insbesondere die Entstehung eines Fachhochschulbereichs. Senat und Bürgerschaft werden sich voraussichtlich noch in diesem Jahr mit dem Entwurf eines Fachhochschulgesetzes befassen müssen, der eine Neuordnung des Zugangs zu den heutigen Akademien, die Verbesserung des Übergangs zu den wissenschaftlichen Hochschulen, eine Verbesserung der Beteiligung der Studenten an den Angelegenheiten der Akademien und eine Ausweitung der Selbstverwaltung der Akademien mit sich bringen wird.

Das Gesetz wird sich zwar auf die diesbezügliche Vereinbarung der Ministerpräsidenten der Bundesländer vom 30. 10. 1968 gründen, aber auch die besondere bremische Situation berücksichtigen müssen. Außer den bestehenden Akademien wird auch die Staatliche Kunstschule durch das Fachhochschulgesetz zu erfassen sein.

Ebenfalls aufgrund einer Vereinbarung der Ministerpräsidenten der Bundesländer steht in Bremen die Einrichtung von Fachoberschulen bevor. Ihr Ziel ist die Vorbereitung auf die Fachoberschulreife durch einen zweijährigen Ausbildungsgang, der in praktischen und theoretischen Unterricht gegliedert ist. Die Konsequenzen der Entstehung des Fachhochschulbereichs im Hinblick auf die Wirtschaft und die Bedarfsträger sind zur Zeit noch nicht zu übersehen. Bei den Fachschulen werden bestimmte Ausbaumaßnahmen die Folge sein.

Im Interesse einer qualifizierteren Ausbildung ist die Einrichtung weiterer Berufsfachschulen anzustreben. Ziel der Ausweitung des Berufsschulunterrichts bleibt das gesetzlich vorgesehene Maß von 12 Wochenstunden. Dieses Ziel wird nicht leicht erreichbar sein, da es mit dem zweiten Berufsschultag verbunden ist. Um den zu erwartenden Schwierigkeiten begegnen zu können, muß erprobt werden, ob eine blockartige Zusammenfassung des Teilzeitunterrichts in geeigneten Fachrichtungen zu günstigeren Ergebnissen führt.

Durch die Neuordnung der ersten Lehrerprüfung hat der Senat die Grundlage für eine moderne Ausbildung der Lehrer an den bremischen Grund-, Haupt- und Realschulen geschaffen. Das Fachstudium an der Pädagogischen Hochschule erstreckt sich künftig auf zwei Wahlfächer und eine Didaktik, es umfaßt volle sechs Semester. Die Prüfung kann frühestens nach Ablauf des sechsten Semesters abgelegt werden. Damit ist zugleich ein Stand der Lehrerbildung erreicht, der nicht ohne Beziehung zu der in Aussicht genommenen Ausbildung aller Lehrer an der Bremer Universität bleiben wird.

Die Ergänzung des Berufsstudiums der Lehrer bildet die schulpraktische Ausbildung. Ihr weiterer Ausbau ist besonders dringend, um sicherzustellen, daß der sich im Wandel befindenden Schule stets die geeigneten Lehrer zur Verfügung gestellt werden können. Anzustreben ist ein Vorbereitungsdienst im Anschluß an das Studium, der bei angemessener Unterrichtspraxis und intensiver praxisbegleitender Unterweisung die berufliche Eignung der künftigen Lehrer weiter verbessert.

Im Hinblick auf die notwendige Verstärkung der Lehrerfortbildung sollten die hierfür geschaffenen Einrichtungen weiter ausgebaut werden. Dies gilt vor allem für die Einrichtung von weiteren Beratungsstellen für die einzelnen Unterrichtsfächer.

In bestimmten Bereichen des Schulwesens herrscht immer noch ein meist strukturbedingter Lehrermangel. Dies gilt besonders für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer und für den Bereich der Sonderschulen. Durch gezielte Maßnahmen, insbesondere durch die Ermöglichung beziehungsweise Erleichterung eines Zusatzstudiums, wird versucht werden müssen, den Mangelerscheinungen zu begegnen.

Da Bremen im Bereich der Gymnasien und der berufsbildenden Schulen weitaus überwiegend auf Bewerber aus anderen Ländern angewiesen ist, sollte auch das Studienseminar weiter ausgebaut werden. Nur auf diesem Wege läßt sich für die weitere Zukunft einem chronischen Lehrermangel in diesen Bereichen begegnen.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben dazu geführt, die gesamte Jugend nach Einzelerscheinungen zu beurteilen. Unruhen, Demonstrationen und Proteste beginnen das Bild zu prägen, das sich die Öffentlichkeit von Schülern und Studenten macht.

Die heutigen jungen Menschen wachsen in einer anderen Zeit und unter anderen Bedingungen heran als ihre Eltern. Sie sind deshalb weder besser noch schlechter, wohl aber anders; nämlich anspruchsvoller, kritischer und weniger respektvoll. Sie sind aber auch voller Zweifel und für verständnisvolle Unterstützung durch die Erwachsenen aufgeschlossen. Sie dürfen in erster Linie von ihren Eltern und von ihren Lehrern solche Hilfen erwarten.

Der Senat ist von der Bildungsbereitschaft der bremischen Jugend überzeugt. Er sieht deshalb seine Aufgabe darin, allen jungen Menschen durch das öffentliche Schulwesen freien Zugang zur bestmöglichen Bildung zu gewährleisten. Der Senat wird sich daher auch in Zukunft mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Weiterentwicklung des bremischen Schulwesens einsetzen. Der Senat ist sicher, daß auch diese Bildungsinvestitionen für Bremen Zinsen tragen werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, gemäß § 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung muß ich jetzt den formellen Beschluß der Bürgerschaft (Landtag) herbeiführen, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll.

Wer für eine Aussprache ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Aussprache über die Antwort des Senats.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, nachdem ich mir die Rednerliste einmal angesehen habe, stelle ich fest, daß die einzelnen Fraktionen in Gruppen eingetragen sind. Wenn ich ermächtigt werden sollte oder wenn ich mich anheischig machen würde, die Reihenfolge bisher gepflogener Übung entsprechend zu ändern, dann kann ich das nicht tun, ohne die Ermächtigung des Hauses erhalten zu haben, und zwar bezieht sich diese Frage auf den § 40 der Geschäftsordnung.

Ich frage deshalb das Haus, ob es mich ermächtigen will, die Reihenfolge der Redner entsprechend bisher gepflogener Übung zu ändern.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, aus Ihrer Zustimmung entnehme ich, daß Sie mit meinem Vorschlag einverstanden sind, und ich werde dementsprechend verfahren.

Als erster spricht der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als meine Fraktion im Oktober den Senat aufforderte, mündlich hier im Hohen Hause zu vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Entwicklung des bremischen Schulwesens Stellung zu nehmen, ließen wir uns unter anderem von dem Gedanken leiten, daß es gut sei, im schulpolitischen Nahkampf, in den Alltagsgefechten der Bildungspolitik einmal innezuhalten und zu einem selbstgewählten Zeitpunkt Rückschau zu halten, die gegenwärtigen Bedürfnisse aufzuzeigen, und vor allen Dingen die zukünftigen Entwicklungslinien zu entwerfen. Meine Fraktion war der Meinung, daß ein solcher perspektivischer Blick auf das Bremer Schulwesen nötig ist, denn bei einer punktuellen Betrachtungsweise kann allzu leicht der Anschluß an die nötige bildungspolitische Entwicklung verfehlt werden. Wir meinen, daß negative Auswirkungen einer falschen oder verzögerten Entwicklung auf Jahre hinaus irreparabel sein werden und daß die Vernachlässigung auch nur von Teilen unseres Schulwesens auf lange Zeit die Funktionsfähigkeit des gesamten Bildungswesens beeinträchtigen kann.

Der Gesamtsenat hat uns heute durch den Herrn Bildungssenator eine sehr sorgfältig zusammengestellte Antwort auf unsere drei Fragen vortragen lassen. Sie scheint mir in vielfacher Hinsicht Anknüpfungsmöglichkeiten für eine Debatte zu bieten. Damit hat unsere Anfrage die gewünschte Wirkung erzielt, und ich glaube, daß ich nicht nur im Namen meiner politischen Freunde spreche, wenn ich dem Senat, insbesondere dem Herrn Senator für das Bildungswesen, aber auch seinen Hilfskräften, für diese sorgfältige und fleißige Arbeit danke.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, in der Frage nach der quantitativen und qualitativen Entwicklung unseres Schulwesens seit 1948 weist meines Erachtens der Senat mit Recht darauf hin, daß Bremen schulpolitisch in der Bundesrepublik eine Spitzenposition einnimmt. Und es ist für jeden recht tröstlich, der von der deutschen Schulmisere täglich gezwackt wird, zu wissen, daß Klassenfrequenzen anderswo höher sind, daß Übergangsquoten auf weiterführende Schulen, daß Abiturientenzahlen in den übrigen bundesrepublikanischen Ländern nur Bruchteile von dem erreichen, was Bremer Schulalltag ist. Selbst in den strukturver-

wandten Stadtstaaten hat man Mühe, die Leistungsziffern des Bremer Schulwesens zu erreichen.

Wir sind in Bremen also schon jemand in der bildungspolitischen Landschaft der Bundesrepublik. Ich möchte dabei vor allen Dingen jenen Abschnitt unterstreichen, in dem der Senat auf den fortschrittlichen Geist unserer Schulverfassung hinweist. Bremens Lehrer sind in der Tat die freiesten an den staatlichen Schulen Deutschlands. Die kollegiale Schulverwaltung ist ein konsequenter, radikaler Schritt von jeder autoritären Schulobrigkeit weg. Ich darf Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, daß die Bremer Lehrerschaft noch manchen Freiheitsraum, den ihr unsere Schulverfassung gewährt, gar nicht betreten hat.

(Abg. Schubert [FDP]: Das stimmt!)

Aber, meine Damen und Herren, wir sind heute sicherlich nicht zusammengekommen, um nur freundliche Rückschau zu halten. Der Blick auf fußkrankes Schulwesen anderer Länder kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß uns auch selbst der Schuh drückt. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß unser fortschrittliches Schulwesen in die unteren Bildungsränge absinken kann, wenn wir die künftigen Bildungsinvestitionen nicht mit der nötigen Prioritätsstufe versehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden immer mit knappen Mitteln arbeiten müssen, und dieses Hohe Haus wird vor der Öffentlichkeit vertreten müssen, daß andere dringliche Projekte in unserem Lande unterbleiben müssen, weil wir die Mittel zum Ausbau unseres Schulwesens brauchen.

Die Verdoppelung der Geburtenjahrgänge zwischen 1953 und 1966 wird immense materielle Konsequenzen haben. Es ist, meine ich, für Parlament und Öffentlichkeit gut, sich sehr frühzeitig auf die nötigen Summen einzustellen. Ich meine, daß nicht nur der Finanzsenator Zeit braucht, sich beispielsweise an die 50 Millionen DM zu gewöhnen, die wir möglicherweise pro Jahr investieren müssen. Es wäre also gut, heute vielleicht die eine oder andere konkrete Zahl noch zu erfahren, die die Planungsabteilung des Bildungssenators für zukünftige Investitionen errechnet hat.

Für die Schulpolitiker, aber auch für die Öffentlichkeit, ist nun der eigentlich interessante Teil unserer Anfrage der Punkt 3, der Punkt also, der nach quantitativen und qualitativen Fortentwicklungsmöglichkeiten des bremischen Schulwesens fragt. Dabei wird die quantitative Entwicklung weitgehend von den statistisch aufzeigbaren Sachzwängen abhängen. Wir werden errechnete Summen in die Haushalte einsetzen müssen. Man wird diese Summen bezweifeln können, man wird sie überprüfen müssen, man wird sich aber letztlich beugen müssen. Die eigentlichen bildungspolitischen Entscheidungsfreiheiten werden wir im Bereich der qualitativen Fortentwicklung unseres Schulwesens haben.

Meine Damen und Herren, hier werden die Unterschiede zwischen uns in diesem Hohen Hause sichtbar werden.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das kann man wohl sagen!)

Wir Sozialdemokraten werden bei jeder qualitativen Beeinflussung unseres Schulwesens von der einen Grundüberlegung ausgehen, die von jeher Ausgangspunkt sozialdemokratischer Schulpolitik gewesen ist, nämlich: Wie können wir erreichen, daß die vom einzelnen im Laufe seines Schullebens erreichte Bildungsstufe so weit wie möglich allein von seiner naturgegebenen Veranlagung abhängt?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es wird immer Schüler geben, die besser sind als andere. Es ist aber für uns Sozialdemokraten wünschenswert, daß unterschiedliches Leistungsvermögen allein von den natürlichen Gegebenheiten der Schüler abhängt, und daß der Leistungsstand eines Schülers nicht von zufälligen oder künstlich entstandenen sozialen Unterschieden abhängt.

(Starker Beifall bei der SPD)

Jeden Schüler gemäß seiner individuellen Veranlagung zu fördern, ist also die Maxime unseres bildungspolitischen Handelns. Und ich stehe nicht an, hier zu erklären, daß wir auch in Bremen ungeachtet gewaltiger Fortschritte von diesem Ziel noch weit entfernt sind.

Die traditionelle Dreigliedrigkeit unseres Schulsystems — gehätscheltes Kind manches Bildungspolitikers auch noch heute — hat ihren Ursprung in einer sehr stark ausgeprägten ständischen Schichtung. Jeder Schulzweig entspricht einer in sich abgeschlossenen Subkultur innerhalb der Gesellschaft, und jedem Angehörigen dieser Unterkultur wird also die für ihn notwendig erachtete Bildung vermittelt. Diese starre Rückkoppelung unserer Schulzweige an einzelne soziale Schichten existiert sicherlich heute nicht mehr. Meine Damen und Herren, es ist jedoch ein Irrtum anzunehmen, daß die Gleichheit der Bildungschancen allein dadurch herstellbar wäre, daß der Zugang etwa zur Realschule und zum Gymnasium durch Schulgeld- und Lernmittelfreiheit und durch die Gewährung von Erziehungsbeihilfen für jedermann geöffnet wird. Der Wegfall von Schulgeld, die freien Lernmittel, die Erziehungsbeihilfen, die keineswegs Selbstverständlichkeit in der Bundesrepublik sind, bedeuten sicherlich gewaltige Verbesserungen der Startungleichheit. Wir haben aber inzwischen erkannt, daß die Hauptbehinderung eines Kindes bei der Entfaltung seiner natürlichen Veranlagungen ihre Ursache darin hat, in welche soziale Schicht dieses Kind hineingeboren worden ist. Die soziale Schicht also als Haupthindernis bei der Begabungsentfaltung ist heute durch vielerlei sehr, sehr gründliches Untersuchungsmaterial belegt worden. Leider sind wir in der Bundesrepublik Deutschland

hier noch nicht soweit wie andere westliche Industrienationen.

Wenn ich zum Beispiel an die Ergebnisse denke, die der Crowther-Report, der Bericht einer englischen Untersuchungskommission zur Überprüfung des englischen Sekundarschulwesens, vorgelegt hat, und wenn sich dabei herausgestellt hat, daß bei 17 000 englischen Gymnasiasten, also Besuchern der Grammar-School, beispielsweise festgestellt wurde — ich muß jetzt die Zahlen einmal vorlesen —, daß bis zum Alter von 16 Jahren 17 Prozent der Schüler aus dem weiterführenden Schulwesen wieder hinausgegangen waren, deren Eltern Akademikerfamilien sind, daß aber die Zahl der Sechszehnjährigen, die vorzeitig aus dem allgemeinbildenden Schulwesen abgegangen waren, und deren Väter Arbeiter sind, 51 Prozent beträgt!

(Hört, hört! bei der SPD)

Und noch eine andere Zahl muß uns eigentlich die Augen öffnen: Es haben 10 Prozent der Akademikerkinder das englische Gymnasium vorzeitig verlassen, die bei ihrem Eingang einen hohen Leistungsstand aufwiesen. Von den Arbeiterkindern, die den gleich großen Leistungsstand beim Einlaufen in das englische Gymnasium aufwiesen, haben aber 54 Prozent vorzeitig die Grammar-School verlassen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr sicher, daß eine Untersuchung über die soziale Herkunft der Versager auf unseren bremischen Gymnasien ähnliche Ergebnisse zutage fördern würde. Sehr eindeutig beweisen für mich zum Beispiel die Übergangsquoten auf die Gymnasien in der Stadt Bremen die Behinderung durch die soziale Schicht. Während etwa im Bürgerparkviertel, in Schwachhausen, wo das bildungsintensive Elternhaus der Prototyp ist, die Übergangsquote im Herbst 1967 aus der vierten Grundschulklasse auf das fünfte Gymnasialschuljahr pro Schülerjahrgang 43,9 Prozent war, ist die Übergangsquote aus Gröpelingen zum gleichen Zeitpunkt vom vierten Grundschuljahr ins fünfte Gymnasialjahr 8,2 Prozent. Meine Damen und Herren, kein Mensch von uns wird so krasse Abweichungen der Übergangsquoten jetzt etwa mit unterschiedlicher natürlicher Veranlagung der Kinder in den einzelnen Stadtteilen interpretieren können.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut!)

Die bildungsbewußte Familie ist der entscheidende Faktor bei der Begabungsentfaltung, und es ist Aufgabe von uns, im schulpolitischen Raum dafür zu sorgen, daß die unverschuldete Behinderung des einzelnen vom Staat bei einer Chancenverbesserung ausgeglichen wird.

(Starker Beifall bei der SPD)

Wir führen diese Bildungsdiskussion heute glücklicherweise vor einer veränderten Bewußtseinslage der Öffentlichkeit. Es ist in den letzten Jahren gar manche heilige Kuh aus den Tempeln der heiligen Dreigliedrigkeit unseres Schulwesens entführt und geschlachtet worden.

(Abg. Meurer [CDU]: Fein gesagt! — Beifall bei der SPD)

Ich denke da nur an den Rahmenplan des „Deutschen Ausschusses", 1959 vorgelegt. Auf diesen Rahmenplan, der, wie gesagt, 1957 noch ausstand, haben sich übrigens die Hauptsprecher von CDU und FDP bei der Diskussion um die Modifizierung des Bremer Schulgesetzes 1957 sehr stark bezogen. In den Protokollen ist nachzulesen, daß die Sprecher damals immer wieder betont haben, eine Veränderung wäre nur eine vorübergehende, eine provisorische, die eigentliche Form des deutschen Schulwesens müsse noch gefunden werden, und man verwies von den Sprechern dieser beiden Fraktionen immer auf die Empfehlungen des „Deutschen Ausschusses", jener zwanzig parteilich nicht gebundenen, profilierten Personen des deutschen Geisteslebens.

Nun, der „Deutsche Ausschuß" hat dann — —

(Abg. John [FDP]: meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Glocke.)

Präsident Engel: Würden Sie eine Frage beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Herr John, ich gehe sicherlich heute noch einmal hierher, und ich stehe Ihnen dann zu jeder Frage zur Verfügung. Ich möchte mit meiner Redezeit auskommen und deswegen jetzt nicht unterbrochen werden.

(Abg. John [FDP]: Ich melde mich später wieder!)

Dann sehr gern!

Nun, als dann, meine Damen und Herren, dieser Rahmenplan 1959 vorlag, da mußte man erkennen, daß er sich sehr strikt gegen jede frühe Separierung unserer Schüler aussprach. Der Rahmenplan ließ die Schüler bis einschließlich der sechsten Grundschulklasse zusammen. Er konzipierte die sehr stark differenzierte Förderstufe im 5. und 6. Schuljahr, sprach sich aber gegen jede frühzeitige Separierung aus. Und ich darf Ihnen hier sagen, daß die 5. und 6. Grundschulklasse in Bremen in der differenzierten Form, wie sie heute vorliegt und wie sie eben damals 1957 von meiner Fraktion beantragt worden ist, weitgehend der vom Rahmenplan geforderten Förderstufe entspricht.

Nun, wir sollten überhaupt, so meine ich, bei jeder Modifizierung unseres Schulgesetzes sehr vorsichtig sein. Die Väter des bremischen Schulgesetzes waren 1949 weitsichtig genug, damals eine gesetzliche Grundlage für eine fortschrittliche Schulpolitik auch in unserer Zeit zu schaffen. Ob wir jetzt etwa an die offene Schule der FDP — nur echt mit den drei Punkten — denken,

(Heiterkeit)

ob wir an die Gesamtschule der bildungspolitischen Leitsätze der Sozialdemokratie von 1964 denken,

alles läßt sich auf der Grundlage des heute bestehenden Bremer Schulgesetzes verwirklichen.

(Beifall bei der SPD)

Denn der bildungspolitische Leitsatz unseres Bremer Schulgesetzes ist, daß die einem vergangenen Gesellschaftsbild entsprechende vertikale Gliederung überwunden werden muß. Und wir haben es in der vergangenen Zeit sicherlich sehr schwer gehabt, die Integration unseres Schulwesens zu betreiben. Aber der Bildungsnotstand, der mit den konventionellen Mitteln nicht zu beheben ist, die darauf aufbauende Diskussion in unserer Presse, haben das öffentliche Bewußtsein in einem Sinne geschärft, daß wir heute eine ganz andere Ausgangslage für unsere Diskussion haben.

Heute haben wir die Unterstützung der Elternschaft, wenn wir die Zusammenführung unseres Schulwesens fordern. Meine Damen und Herren, wir sind keine Utopisten, und wir können auch als Sozialdemokraten hier nicht erklären, daß etwa die integrierte Gesamtschule in absehbarer Zeit die alleinige Existenzform des Bremer Schulwesens sein wird. Nein! Aber meine Fraktion wünscht sich die Weiterentwicklung des bremischen Schulwesens in eine Richtung, an deren Ende möglicherweise die integrierte Gesamtschule steht.

(Beifall bei der SPD)

Die Größe der Investitionen wird es nötig machen, diese Richtung sehr frühzeitig zu bedenken. Es reicht bei weitem nicht aus, daß wir jetzt etwa auf die vom Schulgesetz vorgesehenen Übergänge verweisen, daß wir eventuell noch weitere per Gesetz einbauen. Meine Damen und Herren, die Durchlässigkeit des Schulwesens ist eine Fiktion, solange die einzelnen Schulzweige von ihrer Wirklichkeit her noch in sich abgeschlossen existieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn sie auch bei räumlicher Nachbarschaft zu keiner Kooperation kommen, dann ist der Auftrag unseres Schulgesetzes immer noch nicht erfüllt. Es ist der Wunsch meiner Fraktion, im Bremer Schulwesen jetzt Organisationsformen zu entwickeln, die eine Zusammenarbeit der noch getrennten Systeme herbeiführen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf einen spontan, freiwillig entstandenen sehr interessanten Schulversuch einer Kooperation zwischen der Schule Am Mönchshof und dem Gymnasium Lesum hinweisen, der interessante Ergebnisse gezeigt hat, auf die wir in der Debatte vielleicht noch einzeln hinweisen können. Es gibt in Bremen an vielerlei Stellen Schulen mit einer ungleich günstigeren Ausgangsposition. Ich meine, daß etwa die Schaffung von Schulbereichen, bei denen ein System von Grundschulen, konzentrierten Hauptschulen in der Verbindung mit Realschulen in räumlicher Nachbarschaft zu Gymnasien vorhanden ist, eine neue Organisationsform sein kann, die eine Integration unseres Schulwesens begünstigt. Das bringt nicht nur eine bessere, effektivere, darum billigere Ausnutzung von Fachräumen, sondern ermöglicht auch die Begegnung von Schülern verschiedener Schulzweige in Kursen und Arbeitsgemeinschaften, die für alle offen sind. Natürlich setzt das die Zusammenarbeit der Kollegien voraus. Wir sind dem Senat dankbar, daß er in seiner Antwort diese Konzentration angesprochen hat. Wir meinen, wir sollten ihn bestärken, in diesem angesprochenen Sinne entschieden weiter zu verfahren.

Daß wir in Bremen Ansätze haben, die traditionelle Jahrgangsklasse zu überwinden, ist in der Senatsantwort erkennbar gewesen, denn allein durch die Auffächerung in Kern und Kurs ist ja die individuelle Begabungsförderung möglich. Das Sitzenbleiberelend herkömmlicher Art entspricht weder den pädagogischen noch lernpsychologischen Enkenntnissen unserer Zeit. Es ist einfach unsinnig, einem Schüler die Wiederholung des gesamten Pensums eines Jahrgangs aufzuerlegen, weil er etwa in zwei Sprachen versagt hat.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir wissen, welche organisatorischen Probleme den einzelnen Kollegien mit der Differenzierung und der Auflösung der herkömmlichen Jahrgangsklasse gestellt sind. Die Tatsache aber, daß an Bremer Gymnasien, wie etwa in dem Gymnasium an der Kurt-Schumacher-Allee, in dem Gymnasium Huckelriede, in dem Gymnasium Lesum, freiwillig die Differenzierung vom Kollegium her in Angriff genommen worden ist, läßt uns hoffen, daß wir eine neue Lehrergeneration für eine neue Schule in unseren Tagen heranwachsen sehen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich habe keine Sorge, daß wir für neue Schulformen, die wir versuchen wollen, nicht genügend Schüler oder Lehrer finden können, denn nicht der schulpolitische Aufbruch ärgert die Lehrerschaft, sie resigniert vielmehr und reagiert verbittert allein wegen des starren Trotts in alten Gleisen. Die Elternseite hat bislang in der Bundesrepublik bewiesen, daß sie auf jeden Schulversuch, bei dem es ja um die Verbesserung der Bildungschancen für ihre Kinder geht, sehr positiv reagiert.

Wir werden also Zustimmung erfahren, wenn wir es mit der Gesamtschule versuchen. Und es ist der Wunsch meiner politischen Freunde, diese Gesamtschulversuche, die ja wahrscheinlich auch Ganztagsschulen sein müssen, in jenen Stadtteilen anzusetzen, in denen durch das Fehlen des bildungsintensiven Elternhauses die Chancenungleichheit besonders ausgeprägt ist.

(Abg. Schubert [FDP]: Das ist logisch!)

Wir meinen, daß es mit unserer Unterstützung zur Verwirklichung dieser angekündigten Versuche kommen wird. Wir meinen es damit sehr ernst. Wir werden hier im Plenum mit Entschiedenheit dafür eintreten, daß die Absichten des Bildungssenators auch

die nötige Unterstützung erfahren, und wir werden notfalls mahnen und drängen.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, uns steht hier im Hohen Hause noch manche heiße Auseinandersetzung bevor. Ich bin aber sicher, daß in diesem Hohen Hause die sicherlich nicht unbedeutenden Verfechter des traditionellen dreigliedrigen Schulwesens sich am Ende nicht durchsetzen werden. Denn ich bin sicher, daß die Zusammenführung des heute noch separierten deutschen Schulwesens nicht aufhaltbar ist. Die Zeit, meine Damen und Herren, arbeitet für uns. Der Widerstand konservativer Bildungspolitiker wird in Bremen nicht zuletzt daran scheitern, daß wir hier glücklicherweise eine sehr bildungsfreudige Koalition besitzen.

FDP und SPD treten ja heute gleichermaßen für die Überwindung der drei immer noch sorgsam geschiedenen Schulsäulen zugunsten einer — wenn ich ein Bild gebrauchen darf — Kletterwand ein, auf der jeder Schüler in stetigem Hinüberwechseln jenen Bildungsstand erreichen kann, der allein seiner natürlichen Begabung entspricht, denn jeder hat nach Maßgabe seiner Begabung das gleiche Recht auf Bildung. Das ist der von uns sehr ernst genommene Verfassungsauftrag. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Meurer.

Abg. **Meurer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Franke hat hier mit Pathos und Emphase Ausführungen

(Abg. Ströh [SPD]: Mit sachlicher Kenntnis!)

zur Gleichheit der Bildungschancen gemacht, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um diese Gleichheit herzustellen. Ich habe das Gefühl, als ob Herr Franke hier offene Türen eingerannt hat.

(Abg. Ströh [SPD]: Das wäre aber neu! — Abg. Stäcker [SPD]: Um so besser!)

Wir werden bei der Begründung unseres Antrags zur Änderung des Schulgesetzes zwecks Einführung der vierjährigen Grundschule auf diese Dinge sehr präzise zurückkommen.

(Beifall bei der CDU)

Mir geht es jetzt um die Antwort, die der Senat auf die Anfrage der SPD gegeben hat. Es ist nicht mein Auftrag, jetzt hier in der Senatsantwort fehlende Perspektiven nachzutragen.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Ich gestehe, daß mich die Antwort des Senats in gewisser Hinsicht enttäuscht hat.

Die Antworten auf die Fragen 1 und 2 sind klar. Die konnte ich mir aus anderen Berichten auch zusammenstellen. Ich hatte erwartet, die Zielvorstellungen des Senats über die Entwicklung des bremischen Schulwesens zu erfahren. Herr Senator Thape hat in einer Zwischenbemerkung, gesagt: wir haben Perspektiven oder Vorstellungen in der Schulbehörde, aber wir veröffentlichen sie jetzt noch nicht. Auf mich macht diese Antwort des Senats den Eindruck einer Fleißarbeit. Es haben alle Ressorts daran gearbeitet. Es ist ein Katalog von allem, was zur Zeit in der schulpolitischen Diskussion ist.

Ich werte das nicht ab! Bitte, verstehen Sie mich recht! Es ist gut, wenn nicht nur die Schulpolitiker — oder Bildungspolitiker sollen sie ja jetzt heißen —, sondern wenn das ganze Haus, wenn die ganze Öffentlichkeit einmal gründlich erfährt, was getan worden ist und zumindest in Andeutungen, ein bißchen vage und unbestimmt, wie es weitergehen soll. Ich betrachte diesen Bericht — so hatte ich die Anfrage der SPD aufgefaßt — in etwa wie eine Bilanz. Aber eine Bilanz ist nicht gut, wenn man nur die Aktiva herausputzt und die Passiva so unter dem Tisch verschwinden läßt.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Es ist doch ein offenes Geheimnis, daß es in unserem bremischen Schulwesen Dinge gibt, die nicht in Ordnung sind. Ich mache dafür nicht den Bildungssenator oder seine Verwaltung verantwortlich. Wir sind ja selbst schuld, meine Damen und Herren — dieses Hohe Haus hat es ja so beschlossen —, wenn wir zum Beispiel den Lehrkräften an den Grund- und Hauptschulen keine Stundenermäßigung bewilligt haben, die für die Fortbildung oder für die Praxisausbildung der Studenten der PH sich zur Verfügung stellen. Dürfen wir uns dann wundern, wenn sie sagen: Nein, das tue ich nicht mehr; warum soll ich — gerade ich — zusätzliche Arbeit auf mich nehmen, ohne daß es auch nur anerkannt wird?

Ich sagte eben, es ist kein Geheimnis, daß wir in unserem bremischen Schulwesen Schwierigkeiten haben. Und diese Schwierigkeiten führe ich zum Teil auf ein Verhalten zurück, das mich, offen gestanden, immer geärgert hat. Wir neigen dazu, den zweiten Schritt vor dem ersten Schritt zu tun. Beispiel: Da wurde vor einigen Jahren die Differenzierung im 5. und 6. Schuljahr eingeführt. Die Anordnung bestand aus ganzen drei Sätzen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Vier!)

Die CDU fragte den Senat, in welcher Weise die Lehrer auf diese besondere Art des Unterrichtens vorbereitet worden seien. Wir bekamen — entschuldigen Sie, Herr Präsident, ich entschuldige mich vorher — die läppische Antwort des Senats, die Lehrer haben die — —

(Glocke)

Präsident Engel: Trotz Ihrer vorherigen Entschuldigung, Herr Abgeordneter Meurer, muß ich den Ausdruck „läppisch", den Sie dem Senat gegenüber gebrauchten, zurückweisen.

Abg. **Meurer** (CDU): Herr Präsident, ich habe nur die Antwort läppisch genannt, aber nicht den Senat! Aber ich nehme die Rüge an, Herr Präsident.

(Heiterkeit)

Wir bekamen die

(Abg. Hauptmann [FDP]: Schwache!)

schwache — danke schön! —, die schwache Antwort vom Senat, die Lehrer haben sich durch die einschlägige Literatur darauf vorbereitet. Aber nach unserer Anfrage wurden dann Fortbildungskurse eingerichtet. Meine Damen und Herren, so geht es nicht!

Ein anderes Beispiel: Einführung des 9. Schuljahrs. Sicher eine fortschrittliche Maßnahme, die ich begrüße. Sie wurde aber seinerzeit eingeführt, ohne daß genügend Lehrer da waren, ohne daß genügend Räume da waren, ohne daß man überhaupt genau wußte, was man mit dem 9. Schuljahr anfangen sollte.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr richtig!)

Das Ergebnis ist, das ist jedenfalls mein Eindruck, daß uns diese Fehlplanung heute noch anhängt. Es gibt auch heute noch Eltern, die meinen: Mein Gott, ist es denn unbedingt nötig, daß mein Junge neun Jahre zur Schule geht?

(Abg. Ströh [SPD]: Die meisten wissen aber, daß es notwendig ist!)

Sie haben es bis heute noch nicht recht verstanden, alle Eltern von der Notwendigkeit des 9. Schuljahrs zu überzeugen.

Ich möchte hier einflechten, daß der Lehrplan für die neunten Klassen nun wirklich kein Meisterstück bremischer Pädagogik ist. Überhaupt Lehrplan! Der Lehrplan für die Grund- und Hauptschulen stammt aus dem Jahr 1959. Vor einigen Jahren wurden die Kollegien aufgefordert, Vorschläge zu Lehrplanänderungen zu machen. Das hat eine ganze Reihe von Kollegien getan.

(Abg. Eilers [SPD]: Alle!)

Was ist daraus geworden? Nichts mehr davon gehört!

Das ist um so bedenklicher, als wir immer wieder auf die Durchlässigkeit unseres Schulsystems hinweisen. Ja, dann muß doch irgendwo ein Ziel, eine Marge gesetzt sein, damit die Durchlässigkeit auch wirklich ermöglicht wird. Ich kann das doch nicht dem Zufall überlassen, der Fähigkeit des Lehrers, seinem Geschick, wie weit der Schüler, der da nun durchgelassen wird auf die andere Schule, gefördert ist oder nicht gefördert ist. Da muß es doch Richtlinien geben. Ich meine, das liegt so auf der Hand, daß man darüber nicht groß zu diskutieren braucht.

Ein weiteres Beispiel dafür, daß wir den zweiten Schritt gern vor dem ersten tun, ist die sogenannte Bildungswerbung gewesen. Zunächst zum Begriff! Ich bin Volksschullehrer, und ich bin es gern. Ich habe diesen Ausdruck immer als falsch und deplaciert empfunden. Als ob auf den Volksschulen und auf den Grund- und Hauptschulen keine Bildung vermittelt würde! Geschieht das denn nur auf den weiterführenden Schulen?

(Abg. Ströh [SPD]: Haben wir nie behauptet!)

Warum gebrauchen Sie dann immer das Wort?

(Beifall bei der CDU)

Diese „Bildungswerbung" bescherte uns einen Boom von Gymnasiasten. Wir haben geworben bei den Eltern, bei den Schülern, bei den Lehrern. Das Angebot, das wir zu bieten hatten, entsprach aber nicht der Werbung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Und ich glaube, daß ein Großteil der Unruhe in unserer Schülerschaft hier in Bremen darauf zurückzuführen ist. Denn überfüllte Klassen, Stundenausfall, all diese Dinge — ich brauche sie ja nicht zu erzählen, Sie kennen sie ja alle selbst — waren die Folge dieser „Bildungswerbung".

Es ist auch kein Geheimnis, daß wir im Schulbau trotz unserer dauernden Warnungen — und die FDP hat sogar hin und wieder mal mitgezogen — den Grund- und Hauptschulbau bevorzugt haben vor dem Gymnasialbau.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Ja, das ist der erste Schritt vor dem zweiten!)

Das ist falsch! Es gibt Situationen, in denen ich das eine tun kann und das andere nicht zu lassen braucht.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das allerdings, das haben wir gemacht!)

Wir begrüßen es, daß jetzt endlich ein Schwerpunkt in dieser Hinsicht gesetzt worden ist.

(Abg. Fichtner [NPD]: Mit einiger Verspätung!

Einen kleinen Seitenhieb zu der in der Antwort des Senats herausgestellten kollegialen Schulverfassung: Ich stimme da — ich glaube, Herr Franke hat es gesagt — voll und ganz zu, daß unsere Lehrerschaft die Möglichkeiten, die ihr das Schulgesetz bietet, nicht ganz ausschöpft. Das ist eine Tatsache, aber trotzdem passieren immer wieder — ich möchte fast sagen — gleichsam lächerliche Pannen, die Verärgerung, unnötige Verärgerung bringen.

Da wurde in den letzten Tagen den Schulen ein neues Zeugnisformular für die Hauptschulen ins Haus geschickt, in dem der Notenkatalog geändert

wurde. Die Note für Rechtschreibung fällt weg, und Rechnen und Raumlehre wird in einer Note zusammengefaßt. Kein Mensch wußte das vorher! Warum werden solche Dinge nicht mit den Kollegien abgesprochen?

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Kollegiale Schulverwaltung!)

Ich will es nicht überbewerten, aber das sind Pannen, die bringen Verärgerung, und ich meine, man sollte ein bißchen mehr darauf achten.

Ein weiterer Punkt, der uns hier große Sorgen macht, ist — das können Sie nicht bestreiten — die Vernachlässigung der Realschulen in Bremen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie die Antwort des Senats verfolgt haben, werden Sie feststellen, daß in ihr nur sehr wenig etwas zu den Realschulen gesagt worden ist. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Realschulen auch heute noch Stiefkinder sind. Wir haben keine voll ausgebaute Realschule, sondern wir haben eine Mini-Realschule. Ich habe das hier schon einmal gesagt, und ich wiederhole es: Es ist erstaunlich, daß trotzdem auf diesen Mini-Realschulen noch so viel geleistet wird, dank guter und einsatzbereiter Lehrer.

(Beifall bei der CDU)

Viele von Ihnen haben wahrscheinlich in der Zeitung den Bericht über einen Brief gelesen, den die Elternschaft der Realschulen geschrieben hat. Uberschrift: „Kreide-Physik". Das ist jener Physikunterricht, in dem keine Experimente gemacht werden, sondern der Lehrer sich an die Tafel stellt und mit Kreide das aufmalt, was das Experiment eigentlich demonstrieren sollte. Kreide-Physik in den Realschulen! Wir haben ein Programm zum Ausbau der naturwissenschaftlichen Räume der Gymnasien. Wir brauchen mindestens genauso dringend ein Programm zum Ausbau der naturwissenschaftlichen Räume in den Realschulen.

Ich finde, daß die Benachteiligung der Realschulen heute nicht mehr zu verantworten ist. Gerade wenn wir davon ausgehen, daß wir jedem Schüler die Chance bieten müssen, sich so weit und so intensiv in unseren Schulen ausbilden zu können, wie es ihm möglich ist, dann müssen wir ihm ein sehr differenziertes Schulwesen anbieten. Ich will hier gar nicht von der Bildungskonzeption oder dergleichen hochtrabenden Dingen sprechen, die man vielleicht für die Realschule entwickeln sollte. Ich möchte vom Bedarf ausgehen. Vielleicht tun wir das in der Bundesrepublik ein bißchen zu selten.

Ich darf es banal ausdrücken: Wir brauchen Leute, die eine Maschine erfinden, wir brauchen Leute, die die Maschine konstruieren, und wir brauchen Leute, die sie bedienen. Ich meine, daß sich gerade in der Industrie, in der Wirtschaft und in der Verwaltung dieser Bereich des mittleren Managements — wenn ich es einmal so sagen darf — immer mehr ausdehnt. Ich sehe, offen gestanden, nicht ein, daß dafür nur Studenten in Frage kommen sollten.

(Abg. Schubert [FDP]: Richtig!)

Ich könnte mir auch denken, daß wir dabei eine Menge Geld einsparen könnten.

Hinzu kommt, daß ja im Zusammenhang mit der Hochschulreform, mit den Fachhochschulen einfach eine Verstärkung dieses — wenn ich es einmal in alten Kategorien sagen darf — mittleren Bildungszweigs gefordert wird. Wenn wir eine vernünftige Fachhochschulreform haben wollen, brauchen wir notwendigerweise diesen mittleren Pfeiler. Das scheint mir einleuchtend zu sein.

Wir hätten, ich sagte es eben schon, gerne einige Ausführungen des Herrn Senators für das Bildungswesen gehört — vielleicht kommen Sie ja noch nachher darauf —, über die Zielvorstellungen, die in der Schulbehörde vorhanden sind. Denn hier geht es schließlich um die von allen geforderten notwendigen Reformen unseres Bildungswesens. Zugegeben, die Problematik, die wir zu lösen haben, ist schwierig zu lösen. Ich glaube aber, daß wir es uns selbst auch unnötig schwer machen. Krankt dieses Reformbemühen — seine Notwendigkeit wird ja von keinem Menschen mehr bestritten —

(Abg. Uhde [SPD]: Sehr richtig!)

nicht daran, daß wir laufend Teilreformen durchgeführt haben? Mal da ein bißchen, mal da ein bißchen! Und jetzt stellen wir mit Erschrecken fest: Das paßt alles nicht mehr zusammen. Deswegen meine ich, sollten wir jeden Plan begrüßen, der das gesamte Schulwesen, auch das Hochschulwesen, mit einbezieht, um endlich wieder einmal eine Schule aus einem Guß zu bekommen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist zur Diskussion gestellt!)

Es hat mir in Schweden imponiert, daß die Schweden, ich glaube, zehn Jahre lang

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: 25 Jahre lang!)

oder noch länger eine Kommission eingesetzt haben, die zunächst im stillen einen Reformplan erarbeitet und ihn dann sehr kräftig auch in der Öffentlichkeit propagiert hat.

(Zuruf des Abg. Franke [SPD].)

Ob das Ihre Gesamtschule ist, Herr Franke, lassen wir mal stehen.

(Abg. Klein [CDU]: Das müssen wir sehr offen lassen!)

Ein zweites Manko unserer Diskussion um Bildungsreform ist meiner Meinung nach, daß wir eigentlich immer nur von der Schulorganisation reden. Ich gebe zu, die Schulorganisation ist wichtig für die Herstellung der Gleichheit der Bildungschancen. Aber über den Inhalt dessen, was da organisiert werden soll, wird nach meinem Gefühl zuwenig gesagt.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Darüber haben wir ja gar nichts zu sagen!)

Die Organisation ist ja mehr oder weniger nur das Gefäß, in das etwas hineingefüllt wird. Das Reden darüber, was in der Schule geschehen soll, macht sehr oft den Eindruck eines verlegenen Stammelns. Ist es nicht bezeichnend, daß sich erst wieder im vorigen Jahr nach langen Jahren des Schweigens ein Wissenschaftler getraut hat, eine Theorie der Schule zu schreiben? Ein Zeichen dafür, daß das, was in der Schule eigentlich geschehen soll, wohin sie führen soll, daß das Bildungswesen — um auch noch einmal dieses alte Wort zu gebrauchen — unklar geworden ist, strittig geworden ist.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Bei uns aber nicht! Das steht in der Verfassung!)

Ein drittes Manko in der schulpolitischen Diskussion scheint mir der Modernismus zu sein. Da gibt es Parteieitelkeiten, die es erfordern, um jeden Preis fortschrittlich und jugendlich zu gelten, ganz egal, was es koste.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Sehr richtig!)

Ich glaube, daß wir unseren politischen Auftrag nur dann erfüllen, wenn wir die Sache in den Mittelpunkt stellen und sachgerecht vorgehen und uns um sachgerechte Lösungen bemühen. Bildungspolitik verträgt keine Moden, die man von Saison zu Saison ändern darf. Eine so empfindliche Einrichtung wie die Schule darf man nicht in schnellem Reflex auf Tagesmeinungen einer Öffentlichkeit oder auch von Wissenschaftlern heute so und morgen anders verändern. Wir haben es erlebt!

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere nur an die Diskussion um das Einschulungsalter. Vor wenigen Jahren noch hat uns die Psychologie gesagt: Um Gottes Willen, nicht vor sieben Jahren einschulen. Heute kommt die gleiche Psychologie und sagt: Mit fünf Jahren müssen wir einschulen.

(Abg. Schubert [FDP]: Drei Jahre!)

Einige sogar mit drei Jahren! Die meinen aber nur das Lesenlernen! Ich glaube, dieses eine Beispiel könnte uns schon davor warnen, nun hinter jeder Neuerung herzulaufen nur deshalb, weil ein Professor oder weil das Fernsehen oder die Zeitung sie gebracht hat.

Ich meine, wir müßten den Mut haben, auch gegen den Strom zu schwimmen, denn hier geht es schließlich um Kinder. Experimente

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Keine Experimente!)

im Schulsektor, die nicht durchdacht und nicht überprüft werden, die so aus der freien Hand gemacht werden, verstoßen meiner Meinung nach gegen die Würde des Kindes.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr richtig!)

Unter Modernismus fällt auch die für meine Begriffe vollkommen überflüssige Schärfe in der Diskussion um die Gesamtschule. Es kann sich doch heute kein ehrlicher und vernünftiger Mensch mehr hier herstellen und sagen: Wir haben im schulpolitischen Bereich den Stein der Weisen gefunden. Das ist doch unmöglich. Wir wissen alle, wie schnell sich unsere Zeit verändert. Was heute gilt, braucht morgen schon nicht mehr zu gelten.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Aber Sie wollen starre Formen!)

Das Schlagwort von der Erziehung für das Jahr 2000! — Wer weiß, was im Jahr 2000 ist, was da die Menschen brauchen!

(Abg. Ströh [SPD]: Warten wir also bis ins Jahr 2000!)

Das ist nämlich genau das, was ich eben meinte: Die Diskussion um die Zielsetzung der Schule ist nicht zu Ende geführt. Die ist nicht zu Ende!

(Zuruf des Abg. Klemmer [SPD])

Die ist besser, als es Ihnen lieb ist, Herr Klemmer.

Sehen Sie, es ist doch einer sachlichen und sachgerechten Diskussion abträglich, wenn ich Experimente nur dazu benutze, um unverrückbar vorher schon bezogene Standpunkte zu bestätigen. Ich habe hier den Bericht über einen Kongreß. Da wird von einem Progesamtschulwissenschaftler gesagt — darf ich das vorlesen Herr Präsident? —: Die Gesamtschule wird abgeleitet aus unserer Bildungsideologie, unabhängig von der empirischen Forschung. Auch wenn nachgewiesen würde, daß dann die Leistungen geringer würden: die Gesamtschule kommt wie das Amen in der Kirche.

Das ist nicht mehr sachlich und nicht mehr sachgerecht. Das sollte man nicht tun.

(Abg. Klemmer [SPD]: Wo war das denn?)

Ich halte es auch für bedenklich. — Eine Äußerung der Frau Staatssekretärin Frau Hamm-Brücher.

(Abg. Schubert [FDP]: Jetzt sind wir dran!)

Das ist so naßforsch, ja, ich möchte sagen, eine naßforsche Bedenkenlosigkeit. Sie hat da behauptet, als sie vor Philologen den Entwurf ihres Hessischen Schulgesetzes verteidigte oder erklärte: Da ist eine Magna Charta der Bildungsgerechtigkeit, die endlich mit den vorhandenen Ständeschulen aufräumt.

Da wird doch die Diskussion um die Gesamtschule, ich möchte fast sagen, hochstilisiert in eine Sphäre edelster Humanität,

(Abg. Schubert [FDP]: Sie sprach wohl zu Lehrern!)

und der, der eben nicht für diese Gesamtschule ist, ist von vornherein ein Mensch, der gegen die Gleichheit der Bildungschancen ist, der noch am Ständestaat festhält, und alle diese Geschichten, die da so untergejubelt werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich gebe zu, daß sich die andere Seite leider Gottes sehr oft noch an längst überholten Positionen aufhängt, zum Teil aus Hilflosigkeit, zum Teil

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Aus Dummheit!)

— das sage ich nicht!

(Heiterkeit)

Wir erwarten, wenn Versuche durchgeführt werden, daß dabei ganz bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Ein Versuch, dessen Ergebnis von vornherein schon feststeht als positiv oder negativ, ist für uns wertlos, und für den sollten wir kein Geld ausgeben.

(Beifall bei der CDU)

Wir erwarten, daß, bevor ein Versuch gestartet wird, die nötigen wissenschaftlichen Methoden vorher einwandfrei erarbeitet sind.

(Abg. Schubert [FDP]: Richtig!)

Zweitens: Die Versuche müssen so angeordnet sein, daß sie unabhängig von politisch erstrebten Ergebnissen sind.

(Abg. Schubert [FDP]: Auch richtig!)

Drittens: Die Versuche müssen eine gewisse Dauer und Breite haben. Ich kann nicht jetzt schon sagen,

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das ist selbstverständlich!)

wie das in gewissen Bundesländern geschieht, die Gesamtschule ist ein voller Erfolg, wenn ich erst zwei Jahre Gesamtschule mache.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Die zeigt uns die ganze Welt, Herr Meurer! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Andere gehen jetzt schon wieder runter von der Gesamtschule! — Zuruf von der SPD: Wer denn? — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Die USA!)

Die Schulversuche — eine vierte Forderung — müssen von möglichst unabhängigen und von einer ausreichenden Anzahl von Wissenschaftlern und Pädagogen überwacht und ausgewertet werden.

Fünftens: Schulversuche sollen so angeordnet werden, daß man sie soweit wie möglich bei einem offensichtlichen Scheitern ohne allzu große Schwierigkeiten auf die normalen Schulformen zurückführen kann. Wir haben es hier ja nicht mit Karteikarten zu tun, sondern

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Mit Menschen!)

mit Kindern, mit Menschen.

Zurück zur Antwort des Senats!

(Abg. Klemmer [SPD]: Richtig!)

Als größtes Manko der Antwort des Senats möchte ich bezeichnen, daß für die Zukunftsplanung keinerlei Kosten angegeben sind. Warum eigentlich nicht?

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Fragen Sie doch mal!)

Hat die Planungsabteilung das noch nicht ausrechnen können? Ich würde sehr bitten! — Vielleicht hat Herr Senator Thape solche Kostenangaben. Ich bin der Meinung, die Öffentlichkeit und wir alle haben das Recht zu erfahren, was das alles kostet.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klemmer [SPD]: Fragen Sie doch, Herr Meurer!)

Ich habe ihn ja gefragt! Herr Klemmer, Sie haben nicht aufgepaßt, ich habe Herrn Senator Thape gefragt, und er hat genickt. Er hat Zahlen! Also werden wir sie dann wohl auch gleich bekommen.

Wir müssen hier Sachentscheidungen fällen und politische Prioritäten setzen. Wenn wir das aber sachgerecht tun wollen, müssen wir auch wissen, was es kostet.

(Abg. Klemmer [SPD]: Natürlich!)

Es ist genau wie beim Hausbau: Bevor ich das Haus baue, muß ich das Geld zählen und muß mir dann überlegen, was ich damit machen kann.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Ja, zum Schluß sind Sie immer schlauer als vorher!)

Wir hoffen, daß Herr Senator Thape uns im Laufe der Diskussion noch einige Zahlen nennt. Aber nicht nur die Kosten für die Schulbauten, die uns in den nächsten Jahren noch fehlen, um den Ansturm der Kinder aufzufangen, sondern vielleicht auch Kosten, die die Weiterentwicklung, die Schulversuche und ähnliches verursachen. Aber vielleicht ist er da überfragt. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren! Als nächste Sprecherin kommt Frau Schütte von der Fraktion der FDP. Aber, Frau Schütte, darf ich Sie bitten, damit Sie sich keine unnütze Mühe machen, auf ihrem Platz sitzen zu bleiben!

Meine Damen und Herren, nach unseren bisherigen Feststellungen braucht jeder Sprecher die halbe Stunde Redezeit. Wir haben jetzt 12 Minuten vor 13 Uhr. Wir hatten uns vorgenommen, um 13 Uhr zur Mittagspause zu unterbrechen. Deshalb schlage ich dem Hause vor, daß wir jetzt die Sitzung unterbrechen und um 15 Uhr wieder zusammentreten.

Das Haus ist einverstanden.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.48 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 15.00 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil: Mehrere Lehrgänge der Verwaltungsschule Bremen und eine Gruppe des 2. Panzerartilleriebataillons aus Wildeshausen.

(Beifall)

Wir fahren fort mit der Aussprache zur Anfrage: Entwicklung des bremischen Schulwesens (Drucksachenabteilung II Nr. 113).

Wegen der vielen neuen Zuhörer halte ich es für zweckmäßig, daß ich die Anfrage, die von dem Abgeordneten Böhrnsen und der SPD-Fraktion unterschrieben ist, noch einmal verlese. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Senat wird um Auskunft ersucht: 1. Welche Maßnahmen sind seit 1948 zur quantitativen und qualitativen Verbesserung unseres allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulwesens getroffen worden? 2. Wie beurteilt der Senat die Lage des bremischen Schulwesens im Hinblick auf die steigenden Schülerzahlen? 3. Welche Maßnahmen beabsichtigt der Senat zur Fortentwicklung des bremischen Schulwesens einzuleiten, und welche Aufwendungen werden hierfür erforderlich sein?"

Auf diese Anfrage hat heute vormittag Herr Senator Thape die Antwort des Senats erteilt.

Es spricht nunmehr die Abgeordnete Frau Schütte.

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Die Anfrage „Entwicklung des bremischen Schulwesens" trägt nur die Unterschrift unseres Koalitionspartners, der SPD-Fraktion. Das ist eine technische Panne, die passieren kann und die wir sehr bedauern. Nachdem Kollege Franke uns allerdings heute vormittag als bildungsfreundlich apostrophiert hat, ist diese Panne so gut wie ausgebügelt.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und SPD)

Der FDP-Fraktion liegt daran, erneut und öffentlich zu erklären, daß auch wir den Zeitpunkt für gekommen halten, grundsätzliche und schwerwiegende kommunalpolitische Probleme hier in diesem Hohen Hause zu erörtern und zu diskutieren. Besonders begrüßen wir, daß gerade die Schuldebatte den Anfang macht und damit einer Anregung entsprochen wird, die wir als FDP-Fraktion auf unserem letzten Parteitag mit auf den Weg bekommen haben.

Die Anregung unseres Parteitags ging aber darüber hinaus. Wir wollten zu allen Grundsatzfragen solche Debatten haben, eventuell Hearings vorschalten, um eine breitere Öffentlichkeit für diese Dinge zu interessieren, um dieser Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich in diese Meinungsbildung einzuschalten.

Lassen Sie mich nun mit dem eigentlichen heutigen Thema beginnen. Es ist für mich einigermaßen schwierig, nachdem solche Fachleute hier schon gesprochen haben — zumal Fachleute so verschiedener Prägung, wie wir sie heute morgen erlebt haben —, nun als Nichtfachmann und interessiertes Deputationsmitglied hier die Meinung meiner Fraktion zu vertreten. Es ist eine Vielzahl von Reformplänen auf Bundes- und Länderebene zum Thema Schulreform gemacht worden, und es ist auch kein Wunder, daß sie zum größten Teil mehr Unruhe als Freude unter den Betroffenen ausgelöst haben. Gerade darum ist es wesentlich, daß wir uns nun grundsätzlich einmal klar werden, was für das Land Bremen von diesen Reformplänen in Frage kommt und was für uns nicht zu verwirklichen sein wird.

Ehe ich nun aber auf typisch bremische Dinge eingehe, gestatten Sie mir noch einiges Grundsätzliche, wie es auf vielen Ebenen unserer Partei schon seit Jahren vertreten wird, zu sagen. Vor allem müssen wir uns klar sein, daß die alten Bildungsziele und -begriffe in unserer hektischen Zeit einer Neuorientierung bedürfen. Bildung ist ja keine Frage reiner persönlicher Entfaltung, sondern sie hat außerdem eine wichtige Bedeutung für das gesellschaftliche Leben. Es ist sicherlich wichtig, daß jeder einzelne in persönlicher Anstrengung sich zu vervollkommnen sucht, seine Interessensgebiete erforscht und vertieft. Ebenso sicher gehört es aber auch zur Bildung, sich in seinem Beruf zu

bewähren. Das letztere bedeutet, daß wir uns vor allem von überkommenen Vorstellungen frei machen müssen, als ob Bildung und bloße Arbeit zwei völlig verschiedene Dinge wären. Beides gehört zusammen, und das eine ist ohne das andere nicht denkbar.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sehr richtig!)

Nur wirkliche Bildung, die über das Fachwissen hinausgeht, bewahrt uns vor diesen engstirnigen Fachbanausen, die den Fortschritt mehr hemmen, als sie mit ihren Fachkenntnissen wieder gutmachen könnten.

Wie wichtig zum Bestehen der Zukunft die Ausweitung des Bildungsangebots ist, ergibt sich vor allem aus der Tatsache, daß unsere künftige Welt nicht mehr in der für uns selbstverständlichen Form eines hauptsächlich von Arbeit bestimmten Lebens verlaufen wird, sondern daß wir mehr freie Zeit für unsere eigenen Interessen haben werden, als wir mit unserem bisherigen Bildungsangebot zur Gestaltung dieser freien Zeit ausfüllen können. Auf diese Zukunft muß die Schule vorbereiten. Das sagt nicht, daß das Bildungsangebot der Schule so ausgeweitet werden muß, daß es einen lebenslangen Bedarf an Bildung schon mitgibt. Im Gegenteil, die Schule kann nur den ständigen Hunger nach Bildung wecken und die Kunst vermitteln, lebenslang lernen zu können und lernen zu wollen.

Damit fällt der Schule aber auch die Aufgabe zu, die Eltern zu beraten, um sie zu hindern, aus falsch verstandenem Standesdenken ihre Kinder in Schulen zu schicken, die ihren Fähigkeiten nicht angepaßt sind. Hier komme ich auf das, was Kollege Franke heute in Darstellung dieser sozial Schwachen schon gesagt hat. Es gibt nämlich ein Standesdenken nach beiden Richtungen.

(Abg. Schubert [FDP]: Richtig!)

Das eine, daß man in seinem seit Urväter Zeiten erreichten Stand beharrt, das andere, daß man sich zu gut dünkt für neuere Dinge, um sich auch in anderen Bereichen zu betätigen.

Sicher drängt sich in diesem Zusammenhang der Gedanke an die oft zitierte Gesamtschule auf, und ebenso sicher wird auch Bremen auf diesem Gebiet seinen Beitrag zu leisten haben. Es gibt schon heute Schulen in Bremen, die sich nach Lage und Zusammensetzung für einen solchen Versuch eignen, aber nach unserem Dafürhalten erst, nachdem die Ergebnisse, die andere Länder auf diesem Gebiet vorzuweisen haben, geprüft sind, ob sie für Bremen in Frage kommen.

Da wir es uns aber andererseits heute nicht mehr leisten können, untätig zu bleiben, bis solche Ergebnisse vorliegen, hat der schulpolitische Ausschuß der FDP einen Vorschlag entwickelt, um mit in Bremen vorhandenen Gegebenheiten einen höchstmöglichen Effekt an Modernisierung unserer Bildungsmöglichkeiten zu erzielen. Der Entwurf geht davon aus, daß die in Bremen vorhandenen schulischen Einrichtungen voll nutzbar erhalten bleiben. Außerdem sollen bewährte Schulformen bestehen bleiben, ohne daß man damit erforderliche Veränderungen verbauen würde. Der wichtigste Punkt aber jeder Reform ist die Zusammensetzung des Lehr- und Stoffplans, im Fachjargon Curriculum genannt.

Hierauf näher einzugehen, würde meine Möglichkeiten sowohl aus fachlichen, wie auch aus zeitlichen Gründen überschreiten. Dafür haben wir ja Fachkollegen in der Fraktion, die nachher — nicht, daß Sie glauben, daß Sie von unserer Seite von den Fachkollegen freikommen; wir haben sie auch — das Ihre dazu sagen werden.

(Heiterkeit)

Der vorliegende Entwurf soll aber auf jeden Fall eine solche moderne Lehrplangestaltung ermöglichen und sogar herbeiführen. Dringend erforderlich für eine weitgehende Ausschaltung ungleicher Startchancen, von denen heute früh so oft die Rede war, sind Kindergärten mit vorschulischer Erziehung, um zwischen dem 5. und 7. Lebensjahr, je nach Eignung, den Eintritt in die Grundschule zur Vermittlung der elementaren Kulturtechniken zu ermöglichen. Sie sehen, daß wir also auch hier an diesem Prinzip der Flexibilität festhalten, daß wir also nicht einen starren Einschulungstermin propagieren, denn die Gedanken darüber, ob das 5., das 6. oder das 7. oder sogar schon das 3. Lebensjahr das richtige zum Einschulen wäre, gehen weit auseinander. Man müßte also die Sache vom Einzelfall her prüfen.

Nach den Jahren in der Grundschule erfolgt der Übergang auf die Realschule oder das Gymnasium. Nach unseren Vorstellungen soll die Hauptschule in die Realschule aufgehen, da hier die Vorbereitung auf das Leben in unserer technischen Welt am eingehendsten möglich ist. Von jeder Klasse der Realschule ist der Übergang in die nächsthöhere — also vertikal — oder in die gleiche Klasse — horizontal — des Gymnasiums möglich. Das bedeutet, daß beide Schularten eine wachsende Differenzierung des Bildungsgangs entwickeln. Die Klassenverbände werden allmählich aufgegeben und durch eine Leistungs- und Fachdifferenzierung ersetzt. Durch eine genaue Abstimmung der Differenzierung ist ein reibungsloser Übergang von der Realschule zum Gymnasium ermöglicht.

An der grundständigen Form des Gymnasiums haben wir in unserem Entwurf bewußt festgehalten, weil wir das Gymnasium für einen Gesamtschulversuch von innen her, vom Schulinhalt her, brauchen, um diese neue Form gründlich durchzuexerzieren, ehe man zu aufwendigen Neubauten kommt.

Die Oberstufe der Gymnasien, also das 11. bis 13. Schuljahr, kennt nur noch Fachgrup-

pen in unserem Plan. Bildungsziel ist der mündige, in akademischer oder anderer Ausbildung befindliche Staatsbürger, je nach dem Abschluß, den man mit diesem Abitur bekommt.

(Glocke)

Präsident Engel: Frau Schütte, ich muß Sie leider auf den § 43 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung aufmerksam machen!

(Zurufe von der SPD: Na, na, na!)

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Bei 30 Minuten Redezeit dürfe man ablesen, wurde mir in der Fraktion gesagt, Herr Präsident! Ich spreche aber lieber frei.

Präsident Engel: Ich meine, Sie haben es ja zwischendurch gemacht, Frau Schütte.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das war eine Glanzleistung! — Abg. Schubert [FDP]: Zur Geschäftsordnung! — Abg. Stäcker [SPD]: Ja, das war eine Glanzleistung! Das sollte man vielleicht auch einmal in die Zeitung bringen! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: In welche Zeitung? — Abg. Stäcker [SPD]: In Ihre Zeitung!)

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Ich kann auch frei sprechen, Herr Präsident!

(Abg. Schubert [FDP]: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident Engel: Nach Schluß der Ausführungen von Frau Schütte, Herr Schubert!

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Gut! — Die Oberstufe der Gymnasien kennt nur noch Fachgruppen. Bildungsziel, das sagte ich Ihnen schon, ist der mündige Staatsbürger.

Die wichtigste Voraussetzung für solche Reformpläne ist selbstverständlich ein Ausbau der Lehrerbildung, die wir an unserer PH heute schon haben, mit dem Lehrer, der in zwei Fächern wissenschaftlich geprüft wird, wobei für uns wesentlich ist, daß auch die Grundschuldidaktik ein wissenschaftliches Fach ist. Weiterhin schlagen wir vor, daß alle Schulen eines Bezirks ein bis zweimal im Jahr mit dem Bezirksschulrat zusammenkommen und hier alle ihre schulischen Problem besprechen, so daß auch von dieser Seite her die Möglichkeiten der Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulsystemen gewährleistet ist.

Zwischen dem Gymnasium und der Realschule ist außerdem noch ein Austausch von Lehrkräften vorgesehen, um auch von dieser Seite her eine bessere Harmonisierung der Ausbildungsmöglichkeiten zu erreichen, wobei man vorsehen muß, dem Realschullehrer durch zusätzliches Studium die Möglichkeit zu bieten, in den höheren Schuldienst aufzusteigen. Das wird in Bremen besonders günstig sein, wenn wir nach Errichtung der Universität die Lehrerausbildung an der Universität haben werden.

Im Bereich der Realschule ist also damit eine sogenannte modifizierte Gesamtschule vorgesehen, durch die Zusammenfassung von Haupt- und Realschule auf der einen Seite, und auf der anderen Seite durch die größtmöglichste Durchlässigkeit zu den Gymnasien.

Sie sehen, daß unser Entwurf, den wir in der FDP ausgearbeitet haben, weitgehend auf spektakuläre Lösungen verzichtet. Wir versuchen, die Möglichkeiten auszuschöpfen, die Bremen heute bietet, ohne daß wir den Weg verstellen für die Dinge, die als Fernziel in der Zukunft auf uns zukommen werden.

Es gibt auch noch zusätzliche Maßnahmen, die man im Schulwesen treffen könnte, um auch hier eine Verbesserung und Erleichterung für die Lehrkräfte zu schaffen, die ja heute wirklich durch modernen Unterricht sehr viel mehr engagiert sind, als man sich das früher vorgestellt hat. Man könnte die Schulleiter und die Lehrer entlasten, indem man ihnen die große Verwaltungsarbeit abnimmt, und ich könnte mir vorstellen, daß, wenn die bremische Verwaltung mit Datenverarbeitung und Computern modernisiert wird, eventuell da frei werdende Verwaltungskräfte in den Schulen eingesetzt werden.

Man würde es damit möglich machen, daß die Schulleiter sich wieder mehr ihrer eigentlichen Tätigkeit zuwenden können und in der Lage sind, das pädagogische Gesicht ihrer Schule zu prägen und sich dieser Tätigkeit etwas mehr zu widmen, also praktisch auch die Schulversuche an ihren Schulen selbst zu leiten und in die Hand zu nehmen.

Soviel zu unserer Planung für eine wirklich wirksame schulische Ausbildung. Gemessen an dem Antrag, den die CDU aus diesem Sektor heute früh verlesen ließ und an dem, was in der Antwort des Senats im dritten Teil klar wurde, haben wir die Mitte gewählt. Es ist quasi die Eingangsstufe zur Erreichung der Fernziele.

Es tut mir leid, daß ich Sie nun etwas enttäuschen muß: In einer bremischen Tageszeitung ist am Wochenende ein Artikel über einen angeblich von der FDP gestellten Antrag erschienen, der ungefähr die Wirkung einer Rakete haben sollte, die sogar eine Koalitionskrise heraufbeschwören sollte. Ich muß Sie nun tief enttäuschen: Diese Rakete ist ein absoluter Blindgänger, und die Koalitionskrise findet nicht statt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Um was geht es eigentlich? Ich glaube, es muß einmal ganz breit erklärt werden, damit Mißverständnisse endgültig ausgeräumt werden, denn auch heute steht wieder von einer Schulgesetzänderung in der Zeitung, von der wir als angeblicher Antragsteller nie etwas gewußt haben.

(Hört, hört! bei der SPD — Abg. Götze [SPD]: Seltsame Quellen!)

Es ist bekannt, daß durch die Kurzschuljahre erhebliche Übergangsschwierigkeiten für hochbegabte Spätentwickler beim Übergang von der Grundschule ins Gymnasium entstehen. Das hat einige Eltern bewogen, ihre Kinder das vierte Grundschuljahr wiederholen zu lassen, um ihnen damit dann die Möglichkeiten zu geben, ins Gymnasium überzugehen. Uns erscheint es aber sinnvoller, daß man solchen Kindern die Möglichkeit gibt, erst einmal das 5. Schuljahr durchzumachen und dann dieses 5. Schuljahr am Gymnasium zu wiederholen. Der Verlust eines Jahres bleibt der gleiche, aber der Stoffinhalt der 5. Klasse ist wesentlich besser und reizvoller für diese Kinder, als wenn sie sich im 4. Schuljahr noch einmal ein Jahr lang langweilen, den Anschluß an das Lernen und an die Mitarbeit in der Schule verlieren und dadurch auch später noch Schaden haben.

Von vielen Eltern, Schulleitern und auch Lehrern sind wir auf diese Umstände hingewiesen worden, und darum haben wir diese Problematik aufgegriffen. Nun geht unser Appell an den Senator für das Bildungswesen dahin, daß wir eine Durchführungsbestimmung zum Runderlaß im „Bremer Schulblatt" vom 6. Juli 1966 haben möchten, denn es bedarf für diesen Wunsch, den wir hier vortragen, gar nicht einer Schulgesetzänderung. Es ist wirklich nur eine Durchführungsbestimmung. Man könnte diese Frage ja auch, wenn man sie nicht so klären kann, in der Deputation noch einmal besprechen. Sollte auch da keine Klärung zustande kommen, dann könnten wir uns überlegen, ob wir es doch noch zu einem Antrag bringen. Aber ich möchte ein für allemal ganz klar sagen, daß es von unserer Seite nicht geplant war, daß wir eine Schulgesetzänderung etwa in dem Sinne machen, daß wir nun generell den Übergang in die Klasse 5 des Gymnasiums haben wollten. Das war nicht geplant!

Zudem ist das zeitlich überholt, nachdem Sie in der Presse von dem SPD-Bundesbildungsplan gelesen haben, in dem ja an zwei Stellen erwähnt war, daß man auch hier auf der Bundesebene der SPD in Bildungsfragen nach vier Grundschuljahren den Übergang auf weiterführende Schulen plant. Also würden wir ja praktisch, wenn wir jetzt in Bremen das Schulgesetz partout ändern wollen, offene Türen einrennen, wenn man sich an diesen SPD-Bundesbildungsplan hält.

(Abg. K l e i n [CDU]: Wenn!)

Ich hoffe, daß Sie von der Wirksamkeit und der Möglichkeit der Durchführung unseres Plans für eine Modernisierung des augenblicklichen bremischen Schulwesens durch diesen klaren Plan, den unser Schulausschuß vorgelegt hat, überzeugt werden und vor allem wissen, daß es kein Verbauen der Möglichkeiten bedeutet, die wir in der Zukunft haben, die aber erst durch gründliche Erforschung geklärt werden müßten.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Nunmehr hat der Abgeordnete Schubert das Wort zur Geschäftsordnung!

Abg. **Schubert** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein ganzes kurzes Wort! Wir waren der Auffassung, daß der erste Sprecher der Fraktion eine Erklärung für die Fraktion abgibt und sich demgemäß eines Konzepts bedienen könnte. Mein Kompliment an Frau Schütte, daß sie es trotzdem so geschafft hat.

(Beifall)

Präsident Engel: Herr Kollege Schubert, ich würde Ihnen dringend empfehlen, wenn Sie dieser Meinung sind, daß Sie dann diese Meinung durch einen Hinweis in der Interfraktionellen Sitzung bestätigen lassen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Sehr richtig!)

Ich bin davon überzeugt, hätten Sie diesen Punkt gestern angeschnitten, wäre es sofort genehmigt worden.

(Abg. H a u p t m a n n [FDP]: Wir werden in Zukunft so verfahren!)

Nunmehr spricht der Abgeordnete Vorsatz.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der Nationaldemokratischen Partei begrüßt diese Debatte außerordentlich. Lassen Sie mich am Anfang dazu feststellen, daß diese Debatte durch die Anfrage der SPD vom 29. Oktober 1968 ausgelöst wurde, daß aber schon in der Debatte vom 13. Dezember 1967 unser Fraktionsvorsitzender eine Generaldebatte zum Bildungswesen gefordert hat, allerdings damals ohne weitergehende Resonanz. Diese Bitte auf Abhaltung einer solchen Debatte wurde von mir im Februar des vergangenen Jahres wieder aufgenommen, auch ohne irgendwelche Resonanz zu finden. Bei der SPD-Fraktion ist ganz offensichtlich in der klaren Nordseeluft von Spiekeroog in der dortigen Klausurtagung diesbezüglich ein Sinneswandel eingetreten, der absolut zu begrüßen ist.

(Abg. K l e m m e r [SPD]: Erst einmal frischer Wind! — Sie hätten mitfahren sollen!)

Herr Klemmer, wenn Sie mich dazu einladen, ich bin gern dazu bereit!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun haben wir immer den Standpunkt vertreten, daß es keineswegs darauf ankommt, wer etwas Richtiges tut, sondern nur darauf, daß das Richtige überhaupt getan wird. Insofern sind wir Ihnen für diese Anfrage dankbar, wenn wir auch nicht unbedingt so weit gehen wollen, Ihnen zu unterstellen, daß der Anstoß nun von der NPD-Fraktion gekommen sei.

Zu der vorliegenden Antwort des Senats dürfen wir wie folgt Stellung nehmen:

Wenn man hört, daß sich die Aufwendungen für die allgemeinbildenden Schulen in den letzten zwanzig Jahren verachtfacht haben, daß sich, ausgehend vom Jahre 1949 — das halte ich aber etwas für bedenklich, das vierte Jahr nach Beendigung des Krieges hier als Ausgang zu nehmen —, die Zahlen von 18,1 Millionen DM auf 145,6 Millionen im Jahr 1969 gesteigert haben, wenn man die entsprechenden Aufwendungen in den berufsbildenden Schulen und im Schulbau dazu nimmt, dann hören sich selbstverständlich diese bloßen Zahlen durchaus sehr imponierend an. Wir meinen aber, daß diese Zahlen nur dann Leben gewinnen können, wenn man sich vergegenwärtigt, daß alle führenden Industrienationen in Ost und West den Anteil der Bildungsausgaben am Sozialprodukt in den letzten Jahren ganz erheblich gesteigert haben und auch in Zukunft erheblich erhöhen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach den entsprechenden Untersuchungen — Herr Professor Dr. Klink hat hier in Bremen sehr betont darauf hingewiesen — mit ihren Bildungsausgaben gegenüber den vergleichbaren westlichen und östlichen Ländern nach wie vor erheblich im Rückstand geblieben.

(Abg. Götze [SPD]: Die Bundesrepublik ist doch nicht Bremen!)

Die Bundesrepublik! Aber ich nehme immer an, daß Bremen zur Bundesrepublik gehört.

(Zuruf von der SPD: Aber wir haben hier doch andere Zahlen!)

Daß zu geringe Bildungsinvestitionen insgesamt die Bundesrepublik im Wettbewerb der Industrienationen zurückfallen lassen, ist eine Gefahr, die wir alle miteinander erkennen müssen, ganz gleich nun übrigens, ob wir im Bundesland Bayern oder im Bundesland Schleswig-Holstein oder Bremen wohnhaft sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Anbetracht dieser Tatsache meine ich, ist man durchaus berechtigt, die angeführten Zahlen des Senats einer etwas anderen Beurteilung zu unterziehen. Und damit wir uns nun nicht mißverstehen: Kein Mensch in diesem Haus, auch nicht die Opposition, will die tatsächlich erbrachten Leistungen im Wiederaufbau des bremischen Bildungswesens nach dem Krieg anzweifeln. Dennoch kann aber bezweifelt werden, ob die seit längerer Zeit ganz allgemein erkannte Priorität der Bildungsaufgaben hinreichend wirksam geworden ist.

Wären nämlich alle diese Probleme rechtzeitig in die Planung aufgenommen worden, dann meine ich, hätte sicherlich im vergangenen Jahr die Bürgerschaft nicht ein Sofortprogramm in Höhe von 37,9 Millionen DM bewilligen müssen, und zwar mit der Begründung, daß die innerhalb der Investitionsgrenze für diese Legislaturperiode in den Jahren 1968 bis 1970 geplanten Schulbauten nicht ausreichen, um den Bedarf an Klassenräumen zu decken.

So erfreulich es ist, daß von 1949 bis heute die durchschnittliche Klassenfrequenz gesenkt worden ist, wie der Herr Senator vorhin in seinem Bericht angegeben hat, so müssen wir doch dabei berücksichtigen, daß es sich tatsächlich lediglich um Durchschnittswerte handelt. In der schulischen Wirklichkeit findet man auch heute Anfängerklassen in den Grundschulen mit einer Klassenfrequenz von 40 Schülern — bei den Gymnasien und bei den Realschulen ist dieses keineswegs anders —, womit von einer pädagogisch vertretbaren Frequenz ganz offensichtlich noch lange nicht gesprochen werden kann.

Auch im Sektor Schulsport sieht es nach dem Bericht des Herrn Senators keineswegs erfreulich aus. Was nutzt denn die gute Erkenntnis, daß, um in einer modernen Wettbewerbsgesellschaft bestehen zu können, körperliche Tüchtigkeit erforderlich ist, wenn daraus folgernd die Zahl der Wochenstunden für Leibesübungen schon in den Lehrplänen 1959 bis 1961 auf drei Wochenstunden festgelegt wird, man im Jahre 1969 feststellen muß, daß diese Zahl nun mit ungefähr 50 Prozent in der schulischen Praxis erreicht ist! Es ist erfreulich, wenn alle Schüler ab Klasse 5 Schwimmunterricht erhalten, aber es darf dabei sehr wohl bedacht werden, daß dieser Schwimmunterricht im Rahmen dieser drei festgelegten Wochenstunden für Leibesübungen erfolgt

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Natürlich! — Abg. Kähler [SPD]: Zählt denn zu Leibesübungen bei Ihnen nicht der Schwimmsport? — Abg. Böhrnsen [SPD]: Die NPD schwimmt immer!)

und daß für die Schwimmzeit tatsächlich im Regelfall mit An- und Abmarsch 30 Minuten übrig bleiben.

Zum Bereich der Grundschule seien hier noch zwei weitere Bemerkungen beziehungsweise Fragen angebracht: Im Bericht des Senats wird festgestellt, daß nunmehr seit zwei Jahren alle Schüler der 5. und 6. Grundschulklassen im Lande Bremen Pflichtunterricht in Englisch haben. So etwas hört sich durchaus auch gut an. In der Praxis ergibt sich jedoch das Problem, daß in den Schwerpunktfächern Deutsch und Rechnen absolut leistungsschwache Kinder durch diesen Pflichtunterricht überfordert sind und daß in den Klassen keine Möglichkeit besteht, das Leistungsniveau in den Schwerpunktfächern zu heben. Sollte es nicht ratsam sein, solchen lernschwächeren Kindern eine Befreiung vom Pflichtunterricht in Englisch zu gewähren, um ihnen dafür in Förderkursen in den Schwerpunktfächern Deutsch und Rechnen Hilfestellung geben zu können?

Unmittelbar im Anschluß daran stellt der Bericht fest, daß im Jahr 1965 in den 5. und 6. Klassen der differenzierte Unterricht für die Fächer

Deutsch, Englisch und Rechnen eingeführt wurde. Ich meine, das stimmt zumindest nicht ganz. Im Fach Deutsch nämlich finden ganz allgemein noch vier Stunden im Klassenverband statt, während nur zwei Stunden in Differenzierungsgruppen erteilt werden. Dieses Verfahren bringt in dieses Fach Deutsch eine im Grunde genommen für Kinder und Lehrer unzumutbare Unruhe hinein und behindert die pädagogische Arbeit. Hier wäre an dieser Stelle weniger mehr gewesen: Entweder nämlich überhaupt keine Differenzierung oder volle Differenzierung mit Einstellung der dazu notwendigen Lehrkräfte.

(Beifall bei der NPD — Abg. Ströh [SPD]: Alles oder nichts!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mir hier ersparen, zum Übergang zu den Gymnasien etwas zu sagen, weil man sich dann nur der hier von Frau Schütte geäußerten Meinung anschließen kann, und wir bitten an sich auch den Herrn Senator sehr, das, was vorhin hier von Frau Schütte gesagt worden ist, zu berücksichtigen. Beunruhigung ruft aber nicht nur diese fehlende Übergangslösung hervor, sondern auch die gegen Ende des letzten Jahres neu erlassene Definition der Notenskala.

Durch diese neue Definition wird der Notendurchschnitt von 3,5 auf die Note 3 angehoben. Die Übergangsbestimmungen, die gewisse Noten für den Übergang von der Grundschule zum Gymnasium voraussetzen, wurden, soviel ich weiß, jedoch bislang nicht geändert. Hierdurch wird bei leistungsschwachen Schülern, die nunmehr bei gleicher Leistung einen besseren Notendurchschnitt erbringen, die Hoffnung erweckt, den Anforderungen der weiterführenden Schulen gerecht zu werden. Daraus, meine ich, ergibt sich logisch, daß ein Teil dieser Schüler entweder auf den weiterführenden Schulen scheitert oder daß auf den weiterführenden Schulen zwangsläufig das Niveau gesenkt werden muß. Hier halte ich es für erforderlich, daß die Schulbehörde schnellstens Auskunft über ihre dahinter stehenden Absichten erteilt.

Dankbar wäre ich auch dem Herrn Senator für das Bildungswesen, wenn er hier und heute Auskunft über folgenden Vorgang erteilen würde:

Den Kollegien bremischer Schulen ist ein Brief zur Kenntnis gekommen, in dem die Meinung des Herrn Senators zum Audruck kommt, die Pflichtstunden der Lehrer mit Wirkung vom 17. Februar um eine Stunde zu senken. Diese Senkung der Pflichtstunden hat ganz ohne Frage eine Verkürzung des Unterrichts an den bremischen Schulen zur Folge, es sei denn, es würde die entsprechende Anzahl neuer Lehrkräfte eingestellt. Wie man aus dem Hause des Bildungssenators hört, würden etwa 170 neue Stellen erforderlich mit einem Mehraufwand von etwa 4 Millionen DM. Offensichtlich ist aber an eine solche Neueinstellung nicht gedacht. Kann es wirklich vertreten werden, daß diese Arbeitszeitverkürzung eindeutig und ausschließlich zu Lasten des erteilten Unterrichts und damit zu Lasten der betroffenen Schüler gehen wird?

Wenn diese Arbeitszeitverkürzung erforderlich ist, meine Damen und Herren, und ich bin durchaus der Meinung, daß vieles dafür spricht, dann sollte doch auf jeden Fall angesichts der so viel besprochenen Priorität des Bildungswesens — ich meine, wir sind uns weitgehend über diese Prioritäten einig — dann aber auch eine kurzfristige Lösung für die erforderlichen 4 Millionen DM gefunden werden.

In diesem Brief wird auch darauf hingewiesen, daß für das laufende Schuljahr die einzelnen Schulen eine schulinterne Lösung finden sollen, da nämlich die geltende Pflichstundenordnung erst zum 1. August 1969 geändert werden soll. Wie man hört, sollen von einer Verminderung der Stundenzahl die Fächer Deutsch, Rechnen und Englisch nicht betroffen werden. Wie man weiter hört, ist von der entsprechenden Verkürzung ausdrücklich das Fach biblischer Geschichtsunterricht ebenfalls ausgenommen, wobei ich mir die persönliche Frage erlaube, Herr Senator, ob Sie damit die Große Koalition in Bremen vorbereiten wollen.

(Heiterkeit — Abg. Schubert [FDP]: Das Angebot reicht noch nicht!)

Auf dem Gebiet der Lehrerbildung, meine Damen und Herren, ist zur Zeit ein deutliches Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis zu verzeichnen. Getreu der von Herrn Senator Thape ausgegebenen Parole „Der Einheitslehrer ist tot", wurden im vergangenen Jahr von der Pädagogischen Hochschule 200 vor allen Dingen nur in Schwerpunktfächern ausgebildete Fachlehrer in den Schuldienst entlassen. Die Schulwirklichkeit brachte für diese spezialisierten Lehrer nunmehr aber den Einsatz als Allround-Lehrer, um den von Herrn Professor Dr. Klink so geschätzten Ausdruck „Allround-Dilettant" zu vermeiden.

Diese Fachlehrer müssen in vielen Fällen in Fächern unterrichten, für die sie nur unzureichend ausgebildet sind. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich hier aus dem „Weser-Kurier" vom 2. November des vergangenen Jahres zitieren:

„Was soll zum Beispiel eine Junglehrerin machen, die als Wahlfach Mathematik — höhere Mathematik — studiert hat und jetzt Schulanfänger unterrichten soll? Sie fühlt sich dabei ziemlich hilflos und kommentiert ihre Lehrerfolge lakonisch mit dem Satz: ‚Die Kinder sind manchmal klüger als man denkt!'" — Nach dem gleichen Artikel äußerte ein anderer Lehrer über den Erfolg dieser seiner eigenen Arbeitsweise: „Ich habe den Eindruck, als ob die Kinder gern und häufig bei mir schlafen!"

„Verständlich," so fährt hier der „Weser-Kurier" fort, „daß angesichts dieser Erfolge zahlreiche Eltern auf die Junglehrer schimpfen, die allerdings den Schwarzen Peter dafür, daß sie keinen ‚voll-

wertigen Unterricht" geben können, der Schulbehörde weiterreichen."

Gerade diese Junglehrer, um die es sich hier handelt, wurden nicht nur durch eine tiefe Umgliederung ihres Studiengangs getroffen, sondern sie gerieten zusätzlich noch in eine Studienzeitverkürzung um volle neun Monate hinein. Ihr vielgerühmtes sechssemestriges Studium dauerte etwas über zwei Jahre.

Es lohnt sich, so meine ich, kurz bei diesem angesprochenen Thema zu verweilen, besonders um den Vorgängen einer mangelnden Bildungsplanung nachzugehen. Der Direktor der Pädagogischen Hochschule bezeichnete mit Recht eine derartige teure Fachausbildung als unwirtschaftlich, wenn die entsprechend ausgebildeten Lehrer dann nicht auch entsprechend im Schuldienst eingesetzt würden.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Vorsicht, er hört mit!)

Herr Professor Dr. Klink meinte, schon vor zwei Jahren bei der Schulbehörde eine Bedarfsplanung angeregt zu haben, und zwar mit dem Ziel, die für die einzelnen Fächer benötigten Lehrer zu ermitteln. Herr Oberschulrat Kessel, Leiter dieser Planungsabteilung, war jedoch der Auffassung, die Abteilung Bildungsplanung sei allerdings selbst noch in der Planung. Infolgedessen könne sie die notwendigen Hilfen zumindest derzeit noch nicht geben. Die Bildungsplaner könnten zwar mit ihrer Arbeit im Rechenzentrum beginnen, meinten aber im November des vergangenen Jahres, zumindest bis zu diesem Zeitpunkt sei ihnen der Zutritt zum Rechenzentrum verwehrt worden.

Aus diesem Grunde verweisen die Bildungsplaner an die Abteilung für Personalangelegenheiten an Haupt-, Grund- und Realschulen. Herr Oberschulrat Weber als Leiter dieser Abteilung sagt, er bemühe sich selbstverständlich sehr, den Wünschen der jungen Lehrer gerecht zu werden. Er verweist aber seinerseits auf die Kompetenz der Schulleiter in dieser Angelegenheit. Inzwischen, meine Damen und Herren, werden an der Pädagogischen Hochschule die Studenten nunmehr in drei Fächern ausgebildet, einmal in der Hauptdidaktik und in zwei Wahlfächern. Damit wird die Zahl der Fachlehrer künftig weiter ansteigen. Es wäre doch durchaus interessant, vom Herrn Senator zu erfahren, wie er erstens aus dieser Schere herauszukommen gedenkt, und zweitens, wie er den für die erste und zweite Grundschulklasse propagierten Gesamtunterricht mit Fachlehrern zu verwirklichen gedenkt.

Entsprechend der angenommenen Steigerung der Schülerzahlen versucht der Bericht des Bildungssenators die Fehlbestände an Schulräumen bis zum Jahr 1980 zu berechnen, und er kommt auf einen Fehlbedarf von rund 2 100 Schulräumen, ohne den Bedarf für die Akademien. Merkwürdigerweise, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht diese Berechnung — ich habe vorhin genau zugehört, der Herr Senator hat diesen Punkt noch besonders in seiner Ansprache betont — von der heutigen Klassenfrequenz aus. Wenn man hier der Zukunft einigermaßen gerecht werden will, ist es doch wohl notwendig, außer von der Steigerung der Schülerzahl gleichzeitig von der notwendigen Senkung der Klassenfrequenzen auszugehen. Damit dürften sich dann diese Zahlen auf annähernd 2 500 benötigte Schulräume erhöhen.

Genau das gleiche Bild zeigt sich bei der Berechnung der voraussichtlichen Fehlbestände an Lehrerstellen. Auch hier ist offensichtlich eine Senkung der Klassenfrequenzen überhaupt nicht berücksichtigt. Frage: Wie stellt sich denn eigentlich der Bedarf an Lehrerstellen bei der doch in anderen Teilen dieses Berichts so offensichtlich propagierten weiteren Differenzierung dar? Auch dieses ist hier keineswegs berücksichtigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts dieser Zahlen vermögen wir nur an unsere schon am 6. Februar des vergangenen Jahres in diesem Hohen Hause getroffene Feststellung zu erinnern, daß wir alle miteinander mit ganz erheblichen Strukturveränderungen der kommenden Haushalte zugunsten des Bildungswesens rechnen müssen. Diejenigen, die sich in diesem Hause nicht mit Bildungspolitik beschäftigen, werden sich doch mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß hier im Bildungswesen die Prioritäten gesetzt werden müssen.

(Beifall bei der NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Franke hat hier vorhin gesagt — und er sagte dieses als eine Meinung der Sozialdemokratischen Partei —, man ginge in dieser Partei davon aus, daß die für den einzelnen erreichbare Bildungsstufe nur vom natürlichen Leistungsvermögen des einzelnen abhängen könne.

(Abg. Ströh [SPD]: Die Situation ist bisher eine andere gewesen!)

Ich frage Sie, Herr Franke, meinen Sie, daß es im Ernst irgend jemand von links bis rechts in diesem Hause gibt, der diese Feststellung bestreitet? Das ist doch eine absolute Gemeinerkenntnis aus unserer Zeit, daß die Gesellschaft verpflichtet ist, jedem einzelnen die seiner Begabung gemäßen Bildungschancen einzuräumen. Das ist völlig unbestritten, und das bestreitet auch niemand. Nur über das „Wie", wie man dieses erreicht, darüber gehen in der Tat die Meinungen auseinander.

(Abg. John [FDP]: Allerdings!)

In der Beantwortung der Frage 3 der Anfrage der SPD-Fraktion versucht der Senat Inhalt und Ziel bildungspolitischer Entscheidungen anzusprechen. Hierzu meine ich allerdings, sollte eine Reihe von grundsätzlichen Feststellungen getroffen werden.

Zunächst einmal ist auch von uns völlig unbestritten, daß Schulversuche ein völlig uner-

läßliches Element in einem anpassungsfähigen Schulwesen sind. Auch wir sind der Auffassung, daß äußere vorhandene Formen und Einrichtungen auch im Schulwesen nicht den geringsten Wert an sich darstellen und daß laufende Überlegungen zur Strukturreform durchaus erforderlich sind. Den hier heute schon angesprochenen Problemen der Startgerechtigkeit, der begabungsmäßigen Einschulung, der Behebung vorschulischer Bildungsmängel, der Beseitigung der Sprachbarrieren, Korrektur der Beurteilungsmaßstäbe, all diesen Dingen und den notwendigen Reformen auf diesem Gebiet stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Das heißt allerdings unserer Meinung nach nicht, daß derjenige im Bildungswesen der Fortschrittlichste ist, der jede Torheit mitmacht, nur weil sie von den Bildungspolitikern gerade als das Neueste am Markt angeboten wird.

(Beifall bei der NPD)

Es ist nicht zu leugnen, daß unsere Gesellschaft sich wandelt. Selbstverständlich kann die Schule an dieser Wandlung nicht vorübergehen. Andererseits sind wir der Auffassung, daß aber auch derjenige sich irrt, der meint, die Schule habe sich jeder gesellschaftlichen Wandlung kritiklos anzupassen. Im Gegenteil, um dem pädagogischen Auftrag gerecht zu werden, braucht unserer Meinung nach die Schule soviel Ruhe wie möglich und nur soviel Unruhe, als unbedingt notwendig. Nur auf diese Art und Weise ist im Grunde die Schule in der Lage, sowohl die Ansprüche der Gesellschaft zu befriedigen, wie auch zugleich notfalls zu korrigieren.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Nach diesem Grundsatz wären wir aber nie weitergekommen!)

Darüber, Frau Landwehr, sind wir eben vermutlich geteilter Meinung.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Ja eben!)

Die notwendigen Schulreformen sind durchaus auch ohne gewaltsame organisatorische Änderungen möglich.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wer verlangt das denn?)

Auch darüber kann man geteilter Meinung sein.

Der Bericht des Senats ist in dieser Richtung nicht ganz klar. Wer zum Beispiel meint — um ein Beispiel anzuführen —, der Modernitätsrückstand der Gymnasien sei nur durch eine Gesamtschule zu überwinden, geht unserer Meinung nach an den Dingen vorüber, denn auch die Gesamtschule ist heute lediglich eine Frage des pädagogischen Experiments. Der bekannte Pädagoge Eduard Spranger, der ja tiefgreifende Wirkungen auf das deutsche Bildungswesen ausgeübt hat, meinte bereits Anfang der fünfziger Jahre zum Gedanken der Einheitsschule, daß es nicht möglich sei, die Bildungsorganisation nach dem Modell eines Verschiebebahnhofs zu regeln und Fragen der Schulbidung unter dem Aspekt eines Warensortiments zu sehen.

Diese Auffassung Sprangers im übrigen bestreitet keineswegs, daß es übergreifende Gesichtspunkte gibt, die das Verhältnis der einzelnen Schularten zueinander bestimmen und auch beeinflussen. Doch dürften diese Verhältnisse keinen Zwang ausüben, sondern sollten am Eigenwesen der Schularten ihre Grenze finden. Nicht, weil auch diese Schularten um ihrer selbst willen zu konservieren wären, sondern weil sie durchaus tiefere Wurzeln haben. Natürlich kann man sich über die additive Gesamtschule unterhalten. Natürlich kann man sich auch über die integrierte Gesamtschule unterhalten. Genauso gut, wie man sich über den angeführten Schulversuch „Gitterwerk", über die Fünftageschule oder über die Ganztagsschule unterhalten muß.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bericht des Senats stellt zur Kostenfrage einer möglichen Entwicklung in dieser Richtung — etwas anderes vermag ich jedenfalls nicht herauszulesen —, zu den Möglichkeiten einer Strukturwandlung fest, daß eindeutige Kostenvoraussagen heute noch nicht gemacht werden könnten, weil nämlich ausreichende Berechnungsgrundlagen und vergleichbare Erfahrungswerte fehlen. Sosehr dies im Bereich der Kosten gilt, so ist es doch noch in viel stärkerem Maße zweifelhaft, ob sich ein pädagogischer Erfolg einstellen würde.

Lassen Sie mich diese Problematik in der mir hier zur Verfügung stehenden Zeit nur mit wenigen Stichworten am Beispiel der Ganztagsschule aufzeigen, deren versuchsmäßige Einführung allerdings in einem etwas breiteren Rahmen in dem Bericht des Senats aus sozialpädagogischen Erwägungen empfohlen wird. Ausgangspunkt für die Aufgabenstellung einer solchen Ganztagsschule sind verschiedene Überlegungen:

Erstens, da die Familie heute nicht mehr in der Lage erscheint, den Heranwachsenden auf alle notwendigen Eigenschaften seines öffentlichen Verhaltens in der Gesellschaft vorzubereiten, weil aber die bisherige Halbtagsschule im wesentlichen auf Unterricht beschränkt ist, soll hier die Ganztagsschule Abhilfe schaffen.

Zweitens, in der Bundesrepublik besteht eine Ungleichheit der Bildungschancen. Kindern aus sozial benachteiligten Schichten werden nicht genügend kulturelle Anregungen im Elternhaus vermittelt, Sprachhindernisse, das heißt also die sogenannte Sprachbarriere, lassen diese Kinder oft in der weiterbildenden Schule scheitern.

Drittens, die Berufstätigkeit vieler Mütter hat das Problem der Schlüsselkinder geschaffen. Diese Kinder werden ungenügend gefördert und bedürfen der Anregung und der Unterstützung.

Und letztens, die Arbeitszeitverkürzung in der Bundesrepublik bewegt sich auf die Fünftagewoche

zu, und der mögliche Ausfall des sechsten Schultages soll nicht zu einer Verkürzung der Unterrichtszeit führen.

So weit, so gut! Man verspricht sich also von dieser Ganztagsschule hier die Lösung dieser Probleme. Erstens soll die Ganztagsschule besser differenzieren können, indem sie bedeutend mehr Wahlmöglichkeiten einräumt als die bisherigen Schulen.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Vorsatz, darf ich darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist!

Abg. **Vorsatz** (NPD): Ja, Herr Präsident, dann werde ich nachher noch einmal Gelegenheit nehmen.

Präsident Engel: Bitte schön!

Abg. **Vorsatz** (NPD): Darf ich noch eben mit einem Satz zu Ende bringen?

Präsident Engel: Bitte!

Abg. **Vorsatz** (NPD): Die Ganztagsschule soll besser differenzieren können, indem man den Kindern mehr Wahlmöglichkeiten einräumt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das mag zum Teil richtig sein, andererseits weiß man aber heute genau, daß die Kinder zum Beispiel auch durch zuviele Differenzierungsmöglichkeiten und Wahlmöglichkeiten absolut überfordert werden können. Wenn der bisher einheitliche Katalog der gelehrten Fächer durch zu frühe Differenzierung aufgelöst wird, dann besteht durchaus die Möglichkeit zu früher Abwahl von Fächern und Bildungsbereichen aufgrund zufälliger und momentaner Schülerinteressen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde Gelegenheit nehmen, dieses Thema nachher fortzusetzen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Ströh.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der aufmerksame und zugleich auch fachlich interessierte Zuhörer wird vielleicht meinen — der Eindruck kann sicherlich entstehen —, daß die berufliche Bildung in der Antwort des Senats auf die sozialdemokratische Anfrage im Verhältnis zum allgemeinbildenden Schulwesen ein wenig zu kurz gekommen ist.

(Abg. Klein [CDU]: Das merkt man bei Ihnen gar nicht!)

Herr Klein, Sie werden mir das nachsehen, daß ich diesen Eindruck habe. Ich hatte schon Befürchtungen, daß im Laufe dieser Debatte dieses wichtige Teilgebiet unseres gesamten Bildungssystems überhaupt nicht mehr erwähnt würde.

(Abg. Klein [CDU]: Keine Sorge, das kann uns nicht passieren, solange Sie hier sind!)

Immer wieder muß man nämlich feststellen, meine Damen und Herren, daß bei der Diskussion um ein Problem, das, so meine ich, Picht bewußt als Bildungskatastrophe bezeichnet hat, fast immer nur von den besorgniserregenden Zuständen an den Universitäten, an den Gymnasien und an dem sonstigen allgemeinbildenden Schulwesen die Rede ist. Die Zustände auf dem Sektor der beruflichen Bildung werden kaum, und wenn, dann leider nur am Rande, erwähnt. Zum Teil mag das vielleicht aber auch daran liegen, daß die Berufsschüler bei der Vertretung ihrer beruflichen Interessen bisher ein wenig zurückhaltend gewesen sind. Vielleicht werden wir aber, wenn wir uns nicht etwas Neues einfallen lassen auf dem Gebiet des beruflichen Schulwesens, auch einmal Protestanten aus den Berufsschulen hier vor unserem Hause sehen.

Sicherlich wird der Senat — so hoffe ich wenigstens — die berufliche Bildung in ihrer Bedeutung für ein stetiges wirtschaftliches Wachstum und als Grundlage vor allen Dingen für die Bewältigung der zunehmend technisierten und automatisierten Arbeitswelt nicht übersehen haben. Und hoffentlich wird der Senat mit mir der Meinung sein, daß diejenigen nicht ganz unrecht haben, die bezweifeln, daß das berufliche Bildungswesen in der Bundesrepublik, so wie es sich uns heute darstellt, diesen Aufgaben gewachsen sein wird. Nun wäre allerdings ungerecht, wollte man für den besorgniserregenden Zustand in dem Bereich der beruflichen Bildung ausschließlich die Kultusverwaltung, also hier in Bremen den Senator für das Bildungswesen, verantwortlich machen.

Die deutsche Berufsausbildung wird nämlich von zwei Faktoren bestimmt und wird als duales Bildungssystem bezeichnet. Es wird einmal bestimmt von der berufsbegleitenden Schule, und zum anderen und vor allen Dingen richtungweisend, grundlegend und inhaltlich von der Betriebslehre. Auf die drei Faktoren wiederum, die die Betriebslehre bestimmen — das Berufsbild, das Ausbildungssystem und die Ordnungsmittel —, haben die Kultusverwaltungen, und damit auch der Senator für das Bildungswesen, keinen direkten Einfluß. Die Gestaltung dieser drei Faktoren richtet sich vielmehr nach Vorstellungen, die in den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern im Rahmen der Selbstverwaltung entwickelt werden. Auf die in diesen Gremien getroffenen Entscheidungen haben nicht einmal die Arbeitnehmer, die ja schließlich mit ihren erworbenen Kenntnissen ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, einen direkten Einfluß, viel weniger also noch die Kultusverwaltungen.

Nun wird sicherlich von Ihnen, meine Damen und Herren, keiner die von dem vormaligen Bundes-

kanzler Erhard vertretene Auffassung unterschreiben wollen, daß unser Berufsausbildungssystem im Vergleich zu den übrigen Industrienationen als mustergültig zu bezeichnen sei. Solche Äußerungen und eine Regierung, die bis zum Dezember 1966 mit der Maxime „Keine Experimente" unser ganzes Gesellschaftssystem bestimmte, haben mit der Verteufelung jeden Fortschritts dem Volk die Illusion vermittelt, daß mit Anschauungen und Mitteln des 19. Jahrhunderts der Herausforderung des 20. und 21. Jahrhunderts begegnet werden kann.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Des 22. Jahrhunderts!)

Das hat dazu geführt, daß es noch in der jüngeren Vergangenheit außerordentlich schwer war, wenn nicht gar unmöglich, aus dem engen Korsett einer überkommenen, starren Bildungsideologie auszubrechen. Ja, meine Damen und Herren, wir haben das hier im Hause oft feststellen müssen, wenn wir über fortschrittliche Bildungspolitik gesprochen haben. Empfindlichkeit gegen jede Kritik, und manche falsche Selbstgerechtigkeit haben flexible und deshalb auch neue Lösungen auf dem Gebiet des beruflichen Bildungswesens erschwert und teilweise sogar, wie wir heute feststellen können, geradezu unmöglich gemacht.

(Abg. Sagner [CDU]: Aber doch nicht im Lande Bremen!)

Leider auch in Bremen. Herr Sagner, Sie haben anscheinend nicht genau zugehört. Auch in Bremen war es durch die von Ihnen vertretene Ideologie oftmals außerordentlich schwer, in Teilen unserer bremischen Bevölkerung auf Verständnis für Schulversuche zu stoßen.

(Abg. Sagner [CDU]: Oho!)

Gleichzeitig wurde die Diskussion über eine fortschrittliche Bildungspolitik außerordentlich erschwert.

(Zuruf des Abg. Sagner [CDU])

Herr Sagner, ich möchte meine halbe Stunde gern ausnutzen. Haben Sie bitte Verständnis dafür!

(Abg. Sagner [CDU]: Dann reden Sie aber nicht solche Sachen!)

Das geschichtliche Verdienst der Sozialdemokratischen Partei ist es — ob Sie es hören wollen oder nicht —, sowohl mit Ihrem „Plan Z" als auch mit ihren bildungspolitischen Leitsätzen auf den Zusammenhang zwischen Reform der beruflichen Bildung und wirtschaftlichem Wachstum hingewiesen

(Beifall bei der SPD)

und konkrete Vorschläge dazu gemacht zu haben. Sie, meine Damen und Herren, werden es deshalb verstehen, daß ich als Sozialdemokrat und Sprecher der Deputation für Berufs- und Fachschulen mit Begeisterung die Gelegenheit wahrnehme, im Rahmen dieser Bildungsdebatte die Probleme des für unsere weitere Entwicklung so eminent wichtigen Teilgebiets unseres Bildungssystems deutlich zu machen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß unser Berufsausbildungswesen von zwei Faktoren bestimmt wird: Einmal ist es die Berufsschule mit ihren verschiedenen Zweigen, und auf der anderen Seite die Betriebslehre. Beide Institutionen sollten nicht nur gleichwertig nebeneinander stehen, sie sollten sich auch gegenseitig ergänzen und aufeinander abgestimmt sein. Das ist leider in der Regel immer noch nicht der Fall. Der Grund, so sehe ich es, liegt wohl darin, daß wir uns auf ein Bildungssystem verlassen, dessen Aufbau und Bildungsvorstellungen noch immer im Humboldt'schen Bildungsideal wurzeln, nämlich der Trennung von idealer Menschenführung und realer Lebenswelt. Professor Weinstock hat diesen Zustand meiner Meinung nach mit Recht als Ur- und Erbsünde unserer Bildungsgeschichte bezeichnet. Diese Trennung hat dazu geführt, daß man heute immer noch Fachausbildung und allgemeine Menschenbildung nicht, wie Litt es einmal sagte, als ergänzende Teilaufgaben, sondern als gegensätzliche Richtungen erzieherischen Bildungsbemühens ansieht.

Meine Damen und Herren, von diesem antiquitierten Denken müssen wir endlich loskommen.

(Abg. Koschek [CDU]: Wer hindert Sie daran? — Heiterkeit bei der CDU — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Leute wie Sie!)

Ja, meine Damen und Herren, dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung. Wir werden sehen, meine Damen und Herren von der rechten Seite, wie weit Sie sich fortschrittlichen Bildungsvorstellungen gegenüber dann auch aufgeschlossen zeigen werden.

(Vizepräsident Dr. Klink übernimmt den Vorsitz)

Wir werden es abwarten.

(Abg. Sagner [CDU]: Ist das ein Koalitionsangebot?)

Herr Sagner, wir wollen insoweit nicht drei Jahre voraus sehen. Das berufliche Bildungswesen muß endlich unserem gesamten Bildungssystem gleichwertig zugeordnet und möglichst darin integriert werden.

Der Entwurf eines Modells für ein demokratisches Bildungswesen, den die SPD jetzt der Öffentlichkeit vorgelegt hat, enthält, so meine ich, Vorschläge, die geeignet sind, diese Vorstellungen zu verwirklichen, und wir erhoffen Ihre Unterstützung. Er wird dazu führen, daß endlich unsere Verfassungswirklichkeit den verfassungsmäßig garantierten Rechten des Bürges auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und dem Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Arbeitsstätte frei zu wählen, auch tatsächlich entspricht. Das, meine Damen und Herren, wird erst dann der Fall sein, wenn jeder Bürger einen

seinen persönlichen Fähigkeiten und Neigungen entsprechenden Beruf wählen kann. Dazu ist es erforderlich, daß er sich über die Zukunftsaussichten dieses Berufs aufgrund wissenschaftlich begründeter Untersuchungen ausreichend informieren kann.

Es ist doch geradezu erschütternd, meine Damen und Herren, wie ahnungslos die Mehrzahl unserer Jugendlichen in das Berufsleben eintritt,

(Abg. Stäcker [SPD]: Sehr richtig!)

von welchen Zufälligkeiten die Berufswahl abhängt. Keine oder nur unzureichende Vorstellungen von den vielfältigen und differenzierten Anforderungen, die die moderne, dynamische Arbeitswelt an den arbeitenden Menschen stellt, sind die Regel. Völlig falsche Kenntnisse über die körperlichen und geistigen Anstrengungen und Anforderungen, die der erwählte Beruf an die Arbeitnehmer stellt, sind an der Tagesordnung. Unzufriedenheit und Enttäuschungen, verbunden mit mangelhafter Arbeitsleistung und häufigem Arbeitsplatzwechsel, sind die Folgen.

Meine Damen und Herren, wer will sich denn da noch zurechtfinden bei rund 600 anerkannten Lehrberufen! Die Mehrzahl dieser Berufe hat kaum noch Zukunftsaussichten. Die Ausbildung für die moderne Industrie ist ungenügend und vielfach nicht mehr gefragt. Deshalb konzentriert sich — und das ist ja das Problem, mit dem wir uns beschäftigen müssen — die Masse der Lehrlinge nur auf wenige Berufe. Die Wirtschaft hat aber wiederum gar nicht so viel Bedarf an so viel Lehrlingen und Nachwuchs.

(Na, na! bei der CDU — Abg. Koschek [CDU]: Wo haben Sie das denn her?)

Ja, Herr Klein —

(Abg. Schnackenburg [SPD]: Koschek heißt er!)

das war gar nicht Herr Klein —, das ist die Folge dieser fehlgeleiteten Berufe: Überfüllte Klassen mit all ihren pädagogischen Nachteilen, auf der anderen Seite wegen des zu geringen Interesses die Unmöglichkeit, für bestimmte Gruppen und Berufe Klassen mit vertretbarer Schülerzahl einzurichten.

Wenn also berufsbegleitende Schule und Betriebslehre einander sinnvoll ergänzen sollen, muß mit einer Reform des Berufsschulwesens auch die Reform der Betriebslehre einhergehen. Wenn wir eine Reform des beruflichen Bildungswesens fordern, muß gleichzeitig auch eine Reform des betrieblichen Ausbildungswesens gefordert werden. Wir brauchen deshalb ebenfalls ein fortschrittliches Berufsbildungsgesetz. Ich glaube, meine Damen und Herren, das sollte man in diesem Zusammenhang auf jeden Fall berücksichtigen. Die sich immer mehr durchsetzende Stufenausbildung scheint mir ein Weg zu sein, die Lehre immer mehr als allgemeine Eingangsstufe für unsere hochmechanisierte und in zunehmendem Maße auch automatisierte Arbeitswelt umzuwandeln. Diese Stufenausbildung, meine Damen und Herren, kann vor allen Dingen die notwendige größere Beweglichkeit und Allgemeinbildung vermitteln.

Ich habe Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz bewußt auf die noch ungelösten Probleme der Betriebslehre — für viele sicherlich nicht erschöpfend genug — hingewiesen, um Ihnen deutlich zu machen, wie komplex des Gebiet der beruflichen Bildung ist und wie vielfältig die Probleme sind, die einer Gesamtreform immer noch im Wege stehen. Und dennoch meine ich, daß es durch eine zielbewußte Umgestaltung des beruflichen Schulwesens möglich sein muß, Fakten zu setzen, die auch von der Wirtschaft nicht ignoriert werden können, die aber auch auf der anderen Seite geeignet sind, das Berufsschulwesen den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen.

Daß auch unser Berufsschulwesen reformiert werden muß, darüber gibt es doch wohl keinen Zweifel. Wir alle klagen darüber, daß die bremischen Berufsschulen bislang nicht in der Lage gewesen sind, die im Schulgesetz festgelegte Unterrichtszeit von zwölf Unterrichtsstunden auch tatsächlich zu geben. Lassen wir uns von dem augenblicklichen Stand, der heute im Durchschnitt etwa bei 7,3 Stunden liegt, nicht täuschen. Einmal entspricht er ja tatsächlich immer noch nicht der gesetzlichen Norm, und zum anderen wird die Stundenzahl todsicher wieder auf ein unerträglich niedriges Niveau zurücksinken, nämlich dann, wenn der sogenannte Kinderberg ab Mitte der siebziger Jahre auch auf die Berufsschulen zurollt. Wenn wir, meine Damen und Herren, das verhindern wollen, dann müssen wir uns rechtzeitig, das heißt vorher, Gedanken darüber machen, wie wir mit diesem Problem fertig werden wollen. Das ist sicherlich nicht möglich mit der überkommenen Struktur unseres Berufsschulwesens.

Wenn wir die schon erwähnte ansteigende Kinderzahl nicht nur rein quantitativ bewältigen, sondern auch die dringend notwendige qualitative Verbesserung erreichen wollen, dann müssen wir uns entschließen, das berufsbildende Schulwesen als integrierenden Bestandteil unseres gesamten Bildungswesens anzusehen. Was bedeutet das konkret? Kollege Franke hat Aufführungen zur Gesamtschule, in die ich auch die Berufsschulen mit einbeziehen möchte, gemacht, die ich für das berufsbildende Schulwesen voll und ganz unterstreiche. Das heute noch als allgemeinbildendes Schulwesen bezeichnete Bildungsinstitut muß in seinen Bildungsauftrag auch die Arbeitswelt mit einbeziehen. Das ist sicherlich nicht möglich mit einem obligatorischen vierwöchigen Betriebspraktikum, mit dem versucht werden soll, die Schüler der 9. Hauptschulklasse mit den vielfältigen Problemen der Arbeitswelt und darüber hinaus mit den Säulen der bremischen Wirtschaft vertraut zu machen, so, wie es im Lehrplan steht.

Weder geben die in Frage kommenden Betriebe die Gewähr für eine unverfälschte Originalbegeg-

nung mit der Arbeitswelt, noch ist die Hauptschule, was ihre sachlichen und personellen Voraussetzungen anlangt, für eine solche Aufgabe hinreichend ausgerüstet. Mit solch einer Regelung werden wir nicht die Zufallsentscheidungen bei der Berufswahl vermeiden. Im Gegenteil, es ist nur zu befürchten, daß die Einsichten, zu denen die Schüler bei ihrem kurzfristigen Blick in die Betriebe kommen, weitgehend ebenfalls von Zufälligkeiten bestimmt werden. Es wird nur in den wenigsten Fällen die angestrebte Ernstsituation praktiziert werden können. Schließlich wird es wohl auch nicht zu vermeiden sein, daß den Schülern mit Absicht die Schokoladenseite des Betriebs gezeigt wird, um damit ein bestimmtes Ziel, nämlich den Bedarf an Lehrlingen zu decken, zu erreichen.

Meine Damen und Herren, hier bietet sich meiner Meinung nach geradezu die Verzahnung der Berufsschule mit der Hauptschule an. Der Weg dazu führt über die Berufsgrundschule. Mit ihrer Verwirklichung wird nach meiner Meinung auch das 10. Schuljahr seine Schrecken verlieren. Immer wieder wird — oftmals mit Recht — befürchtet, daß die Einführung eines 10. Schuljahrs die quantitativen Schwierigkeiten auf dem Hauptschulsektor vergrößern würde. Das ist richtig, wenn wir von unserem heutigen Schulsystem ausgehen, das trifft meiner Meinung nach aber dann nicht zu, wenn wir die berufsbildende Schule mit in die Berufsgrundschule einbeziehen. Die Zahl der Schüler verändert sich dann nämlich nicht. Und eine solche Lösung bietet sich meiner Meinung nach deshalb geradezu an.

Es wäre doch töricht, wollte man bei der Gestaltung der Berufsgrundschule auf die Erfahrungen der Lehrer und auf die sachlichen Einrichtungen der Berufsschulen verzichten. Um von vornherein zu verhindern, daß ein Bildungsweg in eine Sackgasse führt, müssen in diese Überlegungen auch die Berufsfach- und die Fachschulen mit einbezogen werden.

Was das Gebiet der Berufsfachschulen anlangt, ist in Bremen sicherlich auch noch viel zu tun. Dringend werden Berufsfachschulen für die metallverarbeitenden Sektoren, für Elektrotechnik und für das Bau- und Holzgewerbe benötigt. Anfänge haben wir gemacht bei dem kaufmännischen Berufsbildungswesen und bei der Berufsschule für das Nahrungsgewerbe. Hier sind Ansätze gemacht und auch Erfahrungen gesammelt worden, die für die Einrichtung weiterer Berufsfachschulen verwertbar sind. Das gelegentlich gegen diese Berufsfachschulen vorgebrachte Argument, ihre Kosten seien zu hoch, wird in dem Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Folge 7/8, eindeutig widerlegt. Ich darf zitieren: Auf Seite 108 steht wörtlich:

„Die Aufwendungen der öffentlichen Hand für einen Berufsfachschüler sind kaum höher als für einen Volksschüler. Sie betragen nicht die Hälfte der Ausgaben für einen Gymnasiasten und liegen weit unter dem, was große Betriebe für ihre Lehrlinge ausgeben. Die Berufsvollzeitschulen" — wie man die Berufsfachschulen ja auch nennen kann — „sind auch in der Regel mit den Berufsschulen verbunden, so daß Werkstätten und Lehrmittel gemeinsam genutzt werden können".

Ich meine, diese Auffassung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen kann man nur unterstreichen.

Allerdings muß sich auch die bisherige Einstellung der Wirtschaft zu diesem Schulzweig grundlegend ändern. Es muß gefordert weden, daß generell ein Teil der Schulzeit auf die anschließende Lehrzeit angerechnet wird, denn nur dann wird auch die Berufsfachschule attraktiver werden. Diese Forderung ist auch berechtigt, meine ich. Als Berufsvollzeitschule ist sie sicherlich qualitativ höher einzuschätzen als das vielfach mit nicht sachbezogenen Arbeiten ausgefüllte erste Lehrjahr.

Es bietet sich geradezu an, auch einmal zu untersuchen, ob es noch zeitgemäß ist, generell von einer Lehrzeit von drei bis dreieinhalb Jahren auszugehen. Ein Festhalten an dieser starren Lehrzeit muß doch den Verdacht aufkommen lassen, daß es den Lehrbetrieben vielfach nicht nur um eine sachgerechte Ausbildung geht, sondern vielfach auch um billige Arbeitskräfte. Meine Damen und Herren, hier ein Beispiel: Ist es notwendig, daß ein Gebäudereiniger drei Jahre Lehrzeit durchlaufen muß? Das Urteil darüber möchte ich Ihnen allein überlassen. Das gleiche gilt für einen Tankwart, und sicherlich auch noch für viele andere Berufe.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, daß wir in unserem dualen Bildungssystem die Berufsschule als berufsbegleitende Schule in ihrer jetzigen Struktur nicht von heute auf morgen ändern können. Das geht einfach nicht. Und wenn Sie uns den Vorwurf machen wollen, daß wir immer nur Pläne haben, gut! Wir haben Zielprojektionen, nach denen wir unsere Arbeit auf die Zukunft ausrichten müssen. Aber als Politiker darf man sich auch den Blick für die Realitäten nicht versperren, man muß also auch von dem ausgehen, was zur Zeit möglich ist. Ich bin sicher, daß wir in unserem dualen System die Berufsschule als berufsbegleitende Schule in ihrer jetzigen Struktur nicht von heute auf morgen ändern können. Dazu bedarf es gründlicher Überlegungen. Gleichwohl dürfen wir uns aber nicht davon abhalten lassen, auf Teilgebieten eine Verbesserung des Unterrichts zu erreichen.

Der Senat hat in seiner Antwort mit Recht, so meine ich, auf das bevorstehende Anwachsen der Schülerzahl und seine schulpädagogischen Folgen hingewiesen. Allein durch quantitative Maßnahmen werden wir aber nicht in der Lage sein, Berufsschulunterricht in dem erforderlichen Umfang zu erteilen. Ich bin vielmehr der Meinung, meine Damen und Herren, daß das Problem nur durch Ganztagsunterricht in Blöcken zu lösen ist.

Wie aktuell dieses Problem ist, zeigt sich schon daran, daß sich auch die Schüler an unseren Berufs-

schulen konkrete Vorstellungen von einem ganztägigen, abwechselnd über einen längeren Zeitraum im Betrieb und in der Berufsschule zu erteilenden Unterricht gemacht haben. Ich verweise insoweit auf die auch in der Tagespresse vom 11. 12. 1968 veröffentlichten Vorschläge der Planungsgruppe der kaufmännischen Berufsschule für Kreditinstitute, Versicherungen und Industrie sowie der Berufsschule für den Großhandel, Einzelhandel und Verkehr. Diese Vorschläge, meine Damen und Herren, scheinen mir für die Einrichtung eines Modells hervorragend geeignet zu sein. Hier zeigt sich ein nachahmenswertes Beispiel von Kritik, die sich nicht nur in lautstarken Straßendemonstrationen erschöpft, sondern in mühseliger Kleinarbeit und durch konstruktive Vorschläge versucht, gemeinsam die Bildungsprobleme zu lösen. Ich meine, wir sollten diesen Schülern dafür dankbar sein.

Meine Damen und Herren, wir würden mit diesem Vorschlag auch mit Sicherheit dem uns sonst bevorstehenden Kampf um den zweiten Berufsschultag aus dem Wege gehen. Wir wissen, daß wir bei einer Verwirklichung des zwölfstündigen Unterrichts diesen Unterricht nicht an einem Tag geben können, weil wir dann mit den Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes in Konflikt geraten würden.

(Abg. Schubert [FDP]: Nicht nur das!)

Ich muß aber ganz offen gestehen, daß die Sorgen der Wirtschaft bei einer Teilung des Unterrichts auf zwei Tage nicht ganz unberechtigt sind. Bei einer Fünftagewoche und einem zweitätigen Berufsschulunterricht bleiben für die Betriebsausbildung nur noch drei Tage. Das würde sicherlich in manchen Betrieben zu organisatorischen Schwierigkeiten in der praktischen Ausbildung führen. Blockunterricht an den Berufsschulen würde die betrieblichen Planungen sicherlich erleichtern.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Die schulischen auch!)

Gleichzeitig würde durch eine solche Regelung ein viel engerer Kontakt der Schüler zu ihrem Lehrer hergestellt und zu einem intensiveren theoretischen Unterricht führen. Ist also bei einem solchen System auf der einen Seite eine qualitative Verbesserung des Berufsschulunterrichts zu erwarten, wird auf der anderen Seite, dessen bin ich sicher, durch eine bessere Ausnutzung der Schuleinrichtungen auch eine quantitative Verbesserung unseres Berufsschulwesens möglich sein.

Meine Damen und Herren, ich habe in der mir zur Verfügung stehenden Zeit nur einen Teil des beruflichen Bildungswesens aufzeigen können. Vielleicht habe ich im Laufe der Debatte noch die Möglichkeit, zu den übrigen Einrichtungen unseres beruflichen Bildungswesens Stellung zu nehmen. Ich denke dabei an die Fachschulen und auch an das Problem der Höheren Fachschulen, die wir heute mit Akademien bezeichnen.

Abschließend möchte ich, was das Problem der Berufsausbildung und der damit verbundenen berufsbegleitenden Schule anlangt, folgende Vorschläge machen:

Erstens, das berufliche Bildungswesen muß in das allgemeine Bildungwesen integriert werden. Zweitens, mit einer Reform des beruflichen Bildungswesens muß auch eine Reform der betrieblichen Ausbildung einhergehen. Unter Berücksichtigung der sich uns darstellenden Situation und der wachsenden Schülerzahlen ist drittens die Berufsgrundschule einzuführen, die in ihrem Bildungsauftrag eng mit der Berufsschule verzahnt sein muß. Viertens, das System der Berufsfachschulen ist zügig auszubauen. Um die rapide anwachsenden Schülerzahlen rechtzeitig aufzufangen und zugleich den theoretischen Anforderungen der Berufe zu entsprechen, ist fünftens ein in regelmäßigen Abständen durchgeführter Blockunterricht an den Berufsschulen einzuführen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, diese Forderungen zu unterstützen. Sie werden, dessen bin sicher, uns der allgemeinen Bildungsreform einen großen Schritt näherbringen, und sie werden — das scheint mir wichtig —, was die Beseitigung der aktuellen akuten Schwierigkeiten anlangt, ohne größere finanzielle Aufwendungen zu verwirklichen sein.

In Abwandlung eines Zitats von Cato, der im alten Rom immer am Ende seiner Ansprachen forderte, Karthago muß vernichtet werden, möchte ich am Schluß meiner Rede sagen: Das berufliche Bildungswesen muß verbessert werden. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei SPD und NPD)

Vizepräsident Dr. Klink: Als nächster hat der Abgeordnete Erbel das Wort.

Abg. **Erbel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Ich lag auf einer grünen Wiese"

(Heiterkeit)

— nun hören Sie doch erst einmal zu, jetzt will ich einmal ein bißchen Spaß machen —, „da kam ein großer Adler, der faßte mich und brachte mich auf den Mond. Und dann kam Apollo 7 und holte mich wieder runter." — So erzählte ein siebenjähriges Mädchen aus einer zweiten Grundschulklasse dem Lehrer, der sagte, nun wollen wir alle einmal ein Märchen erzählen.

(Präsident Engel übernimmt wieder den Vorsitz)

Ich will damit sagen: Soweit denken schon die Siebenjährigen in technischen Dimensionen. Dazu möchte ich sagen, so ist es mit dem gesamten Berufs- und Fachschulwesen bis hinauf zu den Technischen Hochschulen, die den technischen Fortschritt inner-

halb von fünfzig Jahren — ich möchte sagen, von der Petroleum-Lampe bis zur Fahrt zum Mond — überwinden mußten, den wir heute alle erleben.

In dieses Gebiet sind insbesondere die Berufs- und Fachschulen eingebettet. Wir haben heute nun einmal die Möglichkeit, zu diesen Schulen Stellung zu nehmen. Es kommt sehr selten vor. Ich bin ja der Ansicht, daß sich die Berufs- und Fachschulen nicht so zum Experimentierfeld eignen, wie sich hier die Köpfe über die allgemeinbildenden Schulen heißgeredet werden. Aber trotzdem besuchen in Bremen 29 000 Jugendliche die Berufs- und Fachschulen.

(Abg. Uhde [SPD]: Trotzdem ist gut!)

In Bewegung geraten ist dieses Schulsystem durch die Forderung nach den Fachhochschulen. Wäre das nicht gekommen, dann wäre im Augenblick über diese Dinge wenig zu sagen. Aber die Fachhochschulen stehen im Raum. Gesetzentwürfe sind von der Ministerpräsidentenkonferenz, von den einzelnen Kultusministern beziehungsweise Senatoren erstellt worden, Ingenieurverbände und Studentenverbände haben Gesetzentwürfe eingebracht, überarbeitet, zugeschickt. Es häufen sich auf meinem Schreibtisch in rauhen Mengen die Unterlagen von denen, die alle etwas dazu zu sagen haben. Zu diesen Sachen will ich heute nicht Stellung nehmen. Der einzige Wunsch, den ich habe, ist, wenn in den Parlamenten die einzelnen Fraktionen ihre Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen vorlegen, vielleicht sogar eigene ausarbeiten, daß es dann Zeit ist, darüber zu sprechen. Die Hauptsache ist nur, daß diese Fachhochschulen, insbesondere soweit es die Ingenieurfachhochschulen angeht, so ausstaffiert werden, daß wir im Raum der EWG gleiche Chancen wie die übrigen Länder haben.

Was interessiert, ist der Unterbau, der zu diesen Fachhochschulen führen soll. In dem Bericht des Senators für das Bildungswesen werden einige Dinge angeführt. Dabei vermisse ich den Zusammenhang als Unterbau zu diesen Fachhochschulen. Es sind vor allen Dingen die zweijährigen Berufsfachschulen. Daneben könnten zweijährige Berufsgrundschuljahre stehen. Diese Berufsfachschulen könnten mit dem 9. Schuljahr beginnen und das 9. und 10. Schuljahr, genauso wie das Berufsgrundschuljahr, umfassen, weil ich der Ansicht bin, daß das 9. Schuljahr kein geheiligter Raum ist, in den man nicht einbrechen dürfe. Denn die Erfahrungen aus dem 9. Schuljahr, die in den Berufsschulen, gemacht werden, sind nicht besser als die aus dem 8. Schuljahr auch. In den Elementarfächern Deutsch und Rechnen mangelt es genauso nach dem 9. Schuljahr wie nach dem 8. Schuljahr. Also, darin hat sich nichts verbessert. Infolgedessen ist nicht einzusehen, warum das 9. Schuljahr nicht in Schularten integriert werden soll, die der beruflichen Fortbildung dienen, wie die Berufsschulen und die beiden Berufsgrundschuljahre.

Der weitere Fortgang wären die auch in den Ausführungen des Herrn Senators für das Bildungswesen erwähnten Fachoberschulen, beziehungsweise die zwei Berufsgrundschuljahre zum Übergang in die Fachoberschule, die man in zwei Zügen führen könnte, einmal um die Durchlässigkeit zu gewährleisten von der Realschule her, vom 10. Schuljahr als mehr praxisbetonter Zug, beziehungsweise die von den Berufsfachschulen Kommenden als theoriebetonte Züge. Dabei muß ebenfalls daran gedacht werden, daß bei den Berufsschulen noch die Berufsaufbauschulen bestehen, die denjenigen, die die Fachschulreife erwerben, die Möglichkeit geben sollen, in die Fachoberschulen einzutreten. Nach meiner Ansicht wären das die vier Jahre, die notwendig sind, um die zwölf Jahre zu erreichen, die in allen Gesetzentwürfen gefordert werden als Eingangsstatus für die Fachhochschulen.

Die Berufsfachschulen sind bereits in der Deputation für Berufs- und Fachschulen beschlossen worden. Eine einzige haben wir bisher erreicht, das ist die Berufsfachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Das ist im Bericht des Senators etwas falsch ausgedrückt worden. Herr Senator, es wurde von Ihnen vorhin gesagt Berufsschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Da fehlt das Wort „Fachschule".

(Senator Thape: Das war da ein Druckfehler!)

Es muß dort heißen: die Berufsfachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Soweit zu dem Unterbau, wie er mir für die Fachoberschulen vorschwebt.

Nun zu etwas anderem. Herr Senator Thape hat in seinem Bericht erwähnt, daß die gewerblichen Berufsschulen im Durchschnitt 7,4 Wochenstunden haben und die kaufmännischen Berufsschulen 10,4 Wochenstunden. Ich darf hier mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren, was auf die erste Frage vom Senat geantwortet wird. Ich möchte das wiederholen:

„Der Senat hat sich dabei in Übereinstimmung mit der Bürgerschaft davon leiten lassen, daß alle anderen Investitionen und alle Anstrengungen für die Zukunft solange erfolglos, ja sinnlos bleiben, wie die kommende Generation nicht durch eine erstklassige Ausbildung instand gesetzt wird, die gebotenen Chancen zu nutzen, um sich im scharfen Wettbewerb zu behaupten."

Dem stimme ich voll und ganz zu. Nur, dem muß man auch folgen! Und das ist bei den Berufsschulen zur Zeit noch lange nicht der Fall.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr richtig!)

Das Berufsschulgesetz schreibt zwölf Stunden vor, und man muß doch erwarten, daß diesen jungen

Menschen nach Recht und Gesetz auch das gegeben wird, was ihnen zusteht.

(Beifall bei der CDU)

Das sind zwölf Stunden Unterricht!

(Abg. Klein [CDU]: Genau!)

Ich weiß, die Widerstände gegen den zweiten Berufsschultag sind groß. Man soll sich hier — dieses Hohe Haus und der Senat — davon nicht abschrecken lassen, die Dinge durchzuführen, ganz gleichgültig, von welcher Seite diese Widerstände gegen den zweiten Berufsschultag kommen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Von Herrn Ströh bestimmt nicht! — Abg. Ströh [SPD]: Komme ich Ihnen mal entgegen, ist es auch wieder nicht richtig!)

Man muß den jungen Menschen, die diese zwölf Stunden noch nicht haben, wirklich zugute halten, daß sie bisher noch nicht demonstriert haben. Aber sie bekommen ja auch keine Stipendien, bekommen kein Honnefer Modell, sondern sie müssen ja arbeiten, und darum haben sie keine Zeit, auf die Straße zu gehen.

(Na, na, na! bei der SPD — Abg. John [FDP]: Arbeiten denn die Studenten nicht?)

Es gibt zwei Dinge, die bisher gesagt worden sind: Lehrermangel und Raummangel! Dann wird es eben Zeit, daß man diese Lehrer heranzieht. Durch die Besoldungsordnung ist der Beruf des Gewerbelehrers jetzt nach A 13/14 so attraktiv gestaltet, daß ich mir vorstellen könnte, daß man an den Technischen Hochschulen und den Technischen Universitäten heute Diplomingenieure oder sonstige Abgänger der Universitäten gewinnen kann, um sie für 18 Monate in das Studienseminar zu bringen, um sie als künftige Berufsschullehrer auszubilden und zu gewinnen. Dazu haben wir in Bremen noch die Akademie-Absolventen, und, wie man mir sagt, sind sogar eine Reihe von Lehrern der Pädagogischen Hochschule bereit, in den Berfsschuldienst einzutreten. Wenn das der Fall ist, dann soll man ihnen großzügig die Mittel gewähren zum weiteren Studium zum Berufsschullehrer, um die Misere des Lehrermangels, die ja noch größer wird, die ja nicht kleiner wird, möglichst zu überbrücken.

Raummangel! Wir haben in der Deputation für Berufs- und Fachschulen das getan, was man beim Bau von Schulen tun kann. Aber es stehen im außerordentlichen Haushalt dafür nur 6 Millionen DM zur Verfügung, und das ist alles. Es sind bisher bei den Berufsschulen weder Prunkbauten noch Rennomierbauten errichtet worden, wir haben keine Marktplätze, und wir haben keine Stätten der Begegnung, und wie das alles heißt. „Kunst am Bau" ist nur mäßig, wird auch gar nicht gewünscht. Aber dafür haben wir bei dem, was gebaut worden ist, für Werkstätten, Klassenräume und Nebenräume, große und sehr schöne Werkstätten gesorgt. Aber das reicht nicht. Das reicht bei weitem nicht. Vor allen Dingen deshalb nicht, weil in diesem außerordentlichen Haushalt von 6 Millionen DM, die zur Verfügung stehen, die Investitionen für die Ingenieurschule, die ja dringend notwendig sind und dauernd auf den neuesten Stand gebracht werden müssen, enthalten sind.

Es ist deshalb notwendig, daß entweder diese 6 Millionen DM erhöht werden oder die Ingenieursschule in den Landeshaushalt überführt wird, damit diese 6 Millionen DM lediglich für die Berufsschulen zur Verfügung stehen. Dann ist es auch möglich, in kürzerer Zeit die nötigen Räume zu schaffen, um diese zwölf Stunden Unterricht erteilen zu können.

Jetzt höre ich mit einem Male, der Zweite Bildungsweg wäre eigentlich nicht mehr erforderlich, weil das Schulangebot, das heute in Bremen vorhanden sei, ausreiche, und er wäre ja überhaupt auch nur eingerichtet worden, weil der traditionelle Bildungsweg versagt habe. Meine Damen und Herren, wer das sagt, hat vom Zweiten Bildungsweg herzlich wenig Ahnung.

(Abg. John [FDP]: Aha!)

Der Zweite Bildungsweg ist nicht eingerichtet worden, weil irgendeine allgemeinbildende Schule oder traditionelle Schule, wie wir es nennen wollen, versagt hat. Der Zweite Bildungsweg ist eingerichtet worden — seine bedeutendste Form ist ja die Berufsaufbauschule in Tagesform und in Abendform —, weil die jungen Menschen, die in den Beruf, das Berufsleben und die Lehre eintraten, in sich verspürten, da sie auf diesem Gebiet leistungsfähiger wurden und leistungsfähig waren, ihren sozialen Aufstieg zu verbessern. Und als sie das erkannten, da wollten sie weiterkommen, und da mußte man ihnen etwas bieten.

Ich darf daran erinnern, daß beispielsweise die Berufsaufbauschule zuerst eingerichtet worden ist von der Bremer Abendfachschule als Lehrgänge mit der sogenannten Fachschulreife. Und erst 1958 hat man diese Lehrgänge als Berufsaufbauschule in die staatliche Regie übernommen. Seitdem bestehen sie, und man überlege, ich glaube, die Zahl liegt bei etwa 700 Jugendlichen, die neben ihrer Arbeit zwölf Stunden in der Woche diese Berufsaufbauschule besuchen, um die Fachschulreife zu erwerben!

Solange nicht ein umwälzendes Bildungsprinzip auch auf dem berufsbildenden Sektor gewährleistet oder gebildet wird, solange ist der Zweite Bildungsweg nicht nur notwendig, sondern er müßte noch ausgebaut werden.

Meine Auführungen, meine Damen und Herren, waren kurz. Mehr habe ich zu diesen Dingen nicht zu sagen. Aber, meine Damen und Herren, bedenken Sie doch bei all Ihren Beratungen, auch bei den hochfliegenden Plänen zur Universität, zu Hochschulen und Fachhochschulen, daß wir die Ausbildung unserer Facharbeiter so gewährleisten, daß

sie wirklich erstklassige Ausbildung auf ihrem Berufsgebiet erfahren. Sie wollen nicht weiter, aber sie wollen eines sein: Sie wollen tüchtige Facharbeiter in ihrem Beruf bleiben, da, wo sie hingestellt werden zu ihrem eigenen Wohl, und wo sie auch zu unserem Wohl arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir nunmehr in eine Kaffeepause eintreten. Wir finden uns dann wieder um 17.15 Uhr zusammen.

Ich darf sämtliche Damen und Herren des Vorstands und die Fraktionsvorsitzenden mit ihren Stellvertretern bitten, sich sofort im Sitzungszimmer des Präsidenten einzufinden.

(Unterbrechung der Sitzung 16.42 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 17.21 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Stäcker das Wort.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir bitten um eine weitere Unterbrechung von 10 Minuten für eine Fraktionssitzung der sozialdemokratischen Fraktion.

Präsident Engel: Auf Antrag der Fraktion der SPD vertage ich die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 17.35 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 17.22 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 17.35 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß wir zur Zeit noch elf Redner eingetragen haben, hat sich die Interfraktionelle Sitzung vorhin mit dieser Situation beschäftigt und schlägt dem Hause vor, von jetzt ab die Redezeit auf 15 Minuten zu begrenzen.

(Beifall bei der CDU)

Für diesen Vorschlag benötigt das Präsidium die Entscheidung des Hauses. Ich stelle die Frage, ob Einwände gegen diesen Vorschlag der Interfraktionellen Sitzung erhoben werden? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Bürgerschaft (Landtag) mit dieser Regelung einverstanden.

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich bedauere, daß die Redezeit beschnitten wurde, weil ich mich auf die zugesagte halbe Stunde eingestellt hatte. Es fehlen von zwei Fraktionen noch die Sprecher, die sich auf diese Zeit eingestellt hatten. Sie sind beschnitten worden. Ich bitte, mich also auf die Liste zu setzen.

(Stürmische Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie sind nicht auf falsche Pfade geraten bei Ihren Gedanken. Ich jedenfalls hatte es nicht so gemeint, wie Sie es auslegen.

Nun zu der Sache an sich, meine Damen und Herren! Politisches Handeln setzt grundsätzlich voraus, daß man sich Vorstellungen über ein Ziel macht, das man zu erreichen gedenkt, daß man sich Vorstellungen über ein Menschenbild macht, das man anstrebt. Die Entwicklung unserer Gesellschaft verlangt, daß die Zielpflöcke gelegentlich vorangesteckt werden. Je dynamischer der Wandel unserer Gesellschaft ist, desto öfter muß man die Zielpflöcke vorausstecken, nicht allerdings ohne vorher die Vergangenheit, die zurückgelegte Zeitperiode überprüft zu haben.

Die Debatte heute sollte fragen, was haben wir getan, und sie sollte fragen, was sollen wir tun. Bei der Frage nach dem, was wir getan haben, klingt die Frage mit, haben wir eigentlich genug getan, und bei der Frage nach dem, was wir tun wollen, klingt oft genug mit die Frage, was wir tun müssen, weil die Entwicklung uns inzwischen eingeholt hat.

Es ist hier schon gesagt worden, daß es bei einem so großen Apparat wie dem Schulwesen mit so sensiblem und wertvollem Inhalt wie unseren Kindern nicht jede der täglich neu auftauchenden Erkenntnisse und Erforschungen über die Schulwirklichkeit auch in die Schulwirklichkeit umgesetzt werden kann. Aber ich frage Sie, wer will denn das auch? Aber wenn die soziokulturellen Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten uns so auf den Nägeln brennen, wie mein Freund Franke das schon so deutlich und klar sagte, daß es eigentlich jeder hätte verstehen müssen, wer sollte denn da wohl auch noch anderer Meinung sein!

Wenn diese soziokulturellen Ungerechtigkeiten uns so auf den Nägeln brennen, dann ist es an der Zeit, Schritte zu unternehmen, die Situation zu verbessern, die anstehenden Probleme zu lösen. Einer der gewichtigsten Schritte, einer der in der Welt viel erprobten und viel und erfolgreich durchgeführten Schritte ist der Weg, soziokulturelle Ungerechtigkeiten

(Abg. Klein [CDU]: Was ist das überhaupt?)

über eine Gesamtschule zu mildern. Wissenschaftliche Untersuchungen und Beobachtungen in allen Ländern der Welt, die hier bahnbrechend arbeiteten, sind die Grundlage, von der aus die von mir sehr verehrte und geschätzte Kulturpolitikerin der Freien Demokraten, Frau Dr. rer. nat. Hildegard Hamm-Brücher, ihre Initiative ableitete und sicher in ihrem Bemühen um die Sache manchmal auch zu sehr populären Ausdrücken fand.

Nun zu dem Thema, über das hier zu sprechen meine Aufgabe war. Ich sollte über die Zukunft des berufsbildenden Schulwesens in Bremen reflektieren, ausgehend von der Frage: Was brachte die Vergangenheit, haben wir wirklich auch genug getan? — Wir haben etwas getan! Ich erinnere mich, daß während meines Studiums 1954 die bremische Kulturbehörde an unserer Universität mit ihrer damalig sicher einzigartigen Leistung des Baus eines Berufsbildungszentrums renommierte, das neu, großzügig und für damalige Zeiten auch außerordentlich preiswert gebaut worden war. Mein Arbeitsbeginn in Bremen stand in ganz engem Zusammenhang mit dem Ausbau des berufsbildenden Schulwesens hier in der Stadt und auch im Zusammenhang mit einer intensiven Werbung Bremens um die so knappen Berufsschullehrer.

Bremen warb im Gegensatz zu anderen Ländern sicher mit Erfolg. Wenn dieser Erfolg vorerst auf den kaufmännischen Sektor des berufsbildenden Schulwesens beschränkt blieb, so folgten doch die anderen Sektoren recht bald. Zuletzt zeichnet sich dieser Erfolg im gewerblichen Sektor ab, wo wir jetzt erst mit einigem Erfolg Lehrernachwuchs werben konnten. Man sollte das zwar nicht an anderen Ländern messen, aber ich empfehle Ihnen einen gelegentlichen Blick über unsere Grenzen hinaus. Dann werden Sie feststellen können, daß wir kleine, andere aber sehr große Lücken auf diesem Sektor des Lehrerbedarfs haben.

Damit ist jedoch noch nicht die Frage beantwortet: Haben wir auch genug getan, haben wir uns nicht schwerer Versäumnisse schuldig gemacht? Die Opposition wird sicher finden — und zum Teil hat sie das angedeutet —, wir haben manches versäumt, wir haben sogar vieles versäumt. Zum anderen klang aber die Argumentation der Opposition durchaus real, als sie sagte: Da ist eine Menge getan worden, wir haben uns alle bemüht.

Hätten wir noch mehr tun können? Uns drückten halt Prioritäten der Nachkriegszeit, die es uns ehrlich schwer machten, noch stärkere Betonung auf das Bildungswesen zu legen. Die Zeit des Bildungswesens ist jetzt, und der Schwerpunkt, glaube ich, liegt hier zwar nicht erst ab heute, sondern schon seit etwa drei Jahren in ganz erheblichem Maße.

Nun, welchen Trend wollen wir in unserem berufsbildenden Schulwesen in der Zukunft einschlagen? Jede Verbesserung, jede Reform muß eigentlich von drei Seiten her gesehen werden — das ist schon angedeutet worden —: einer Stundenplan- oder inneren oder Curriculum-Reform, einer Organisationsreform, und zum Dritten muß alles natürlich von einer Demokratisierung, von einem Demokratisierungsprozeß unseres Schulwesens begleitet werden. Alle Reformen müssen und werden permanent sein. Ich möchte ein für allemal und ganz deutlich jedem im Hause und auch nach draußen sagen: Nie wieder werden wir ein festes Bild von unserem Schulwesen bekommen, das fünfzig Jahre lang andauern wird, wie wir das in der Vergangenheit gehabt haben. Das Ideal von den festen Schachteln und Schüben, mit denen man aufsteht und mit denen man schlafen geht, ist vorbei.

(Heiterkeit)

Wir leben nun einmal in dieser dynamischen Gesellschaft, und wir werden uns nicht davor drücken können. Die alten Zöpfe sind ab.

Meine Damen und Herren, bei dem vielfältigen Bild der Kurse und Richtungen, die wir bieten müssen, um allen Begabungen die besten Chancen zu bieten, werden wir auch nie wieder zu dem herbeigesehnten Einheitsbild der Schule kommen, denn hinweg über alle Ländergrenzen wird es diese Einheit nicht mehr geben. Es wird gleiche Grundformen geben, aber viele unterschiedliche Zweige: Je nach den Bedürfnissen der entsprechenden Länder, ja der entsprechenden Städte, und nach den Bedürfnissen der entsprechenden Gemeinden werden Kurse in den Schulen anders aussehen. Die Eltern, die von einem in ein anderes Land der Bundesrepublik versetzt werden, werden aus den Bedürfnissen unseres Bildungswesens heraus nie wieder auf denselben Schultyp stoßen wie am alten Wohnort. Wir müssen nur dafür sorgen, daß die Kinder auf verständnisvolle Kulturbehörden und verständnisvolle Lehrer stoßen, die ihnen bei der Eingliederung helfen, so wie ich das oft in der letzten Zeit erlebte, so daß die Eingliederung schmerzlos vorübergeht, und daß junge Leute Abitur machen, obwohl sie die Englisch-Sprachkurse erst auf der 11. Gymnasialklasse besuchten. Das wurde dann eben als Abschlußprüfung genommen und als Abitur gewertet auch im Fach Englisch, weil es anders nicht möglich war. Dies als ein einziges Beispiel nebenher.

Zur inneren Reform des berufsbildenden Schulwesens gibt es zwei Richtpunkte. Erstens möchte ich anführen den Einbau von wirtschafts- und berufskundlichem Unterricht in den allgemeinbildenden Schulen. Im Schulstoff einer Schule, wie wir sie uns vorstellen, müssen so gewichtige Fragen der Bildung wie die Wirtschaft in ihrer gesellschaftlichen Bedeutsamkeit eingebaut werden. Vermehrt Fragen von Politik und Gesellschaft, die zwar bei uns schon sehr fortschrittlich behandelt werden, die aber noch deutlicher und mehr angesprochen werden müssen. Dazu Fragen von Beruf und Arbeit und Fragen vor allem der Wirtschaft.

Warum Fragen der Wirtschaft? Ich glaube, fast alle Entscheidungen unseres privaten und beruflichen Lebens, viele Entwicklungen, hängen ab von den Verläufen, hängen ab von der Situation der

Wirtschaft. Die müssen wir beurteilen lernen. Wenn wir diese Verläufe in der Wirtschaft beurteilen können und damit unser Leben in Zukunft rationaler meistern wollen, dann müssen wir unserer Jugend mehr Kenntnis der Ökonomie auch an den allgemeinbildenden Schulen vermitteln, denn mit dieser Ökonomie hat sie ihr Leben lang zu tun, und sie braucht einige Grundeinsichten über die Arbeitslehre hinaus.

Das bedeutet, wir müssen neben den Vorbereitungen hier zur Arbeitslehre an den Pädagogischen Hochschulen Schritte für die Vorbereitung von Wirtschaftskundeunterricht unternehmen. Der erste Schritt wäre, zusätzliche Fachlehrer für diese Bildung zu gewinnen, und die Situation an der Universität läßt den Augenblick als gar nicht so ungünstig erscheinen, denn es haben so schubweise gerade Volkswirte und auch hie und da Techniker keinen flotten Anschluß, keinen flotten Eingang in die Wirtschaft gefunden — Herr Erbel wies bereits darauf hin —; man könnte sie für unser Bildungswesen durchaus gewinnen.

Zweiter Schritt wäre der Ausbau von Blockunterricht, wie mein Kollege Ströh eben und Herr Senator Thape ihn hier anführten. Es ist ein erfreulicher Planungsansatz, der in den Berufsschulen geboten wird, sechs Wochen Schule, eine Zwischenzeit Praktikum. Wir haben Erfahrungen aus anderen Ländern, daß das größere Lernerfolge brachte, und wir haben auch Erfahrungen bei den Maurern, die heute schon ähnlich verfahren. Sicherlich verlangt das von einigen Betrieben Opfer, und ich bin nicht ganz der Meinung, daß das besser einzuplanen ist als das bisherige Verfahren, aber ich möchte in aller Deutlichkeit an die Wirtschaft appellieren, hier mitzuziehen, hier mitzuarbeiten, denn hier ergeben sich Aussichten auf erheblich bessere Bildung, die letztlich allen, also auch der Wirtschaft zugute kommt.

Zum weiteren wäre ein Punkt zu überlegen, und das ist die Eingliederung des berufsbildenden Schulwesens in den Gesamtschulbereich, denn die Gesamtschulplanung darf einfach an der berufsbildenden Schule nicht vorbeigehen. Sowohl die Lehre als auch die Berufsfachschule sollten nach dem 9. Schuljahr beginnen — nicht beginnen müssen, aber in etwa beginnen. Auch darüber ließe sich reden. Eventuell auch über ein Berufsgrundschuljahr. Eine Berufswahl kann erleichtert werden — und ich deutete das schon an — durch Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftskundeunterrichte etwa ab dem 7. Schuljahr. Berufsbildung in Lehre, Berufsschule, wirtschaftlicher Zweig einer Gesamtschule oder wirtschaftlicher Zweig eines Gymnasiums und technischer Zweig derselben Einrichtung könnten auf diesen Unterricht aufbauen und die Fächer entsprechend ausweiten, um so zu speziellerer Bildung und Kursen zu kommen.

Ziel dieser schrittweisen Einführung von wirtschaftlichem und technischem Unterricht sollte die feste Zuordnung und Einordnung des berufsbildenden Schulwesens in eine Gesamtschule sein. Alle Lehren sollten nach dem zweiten Lehrjahr, wie jetzt schon einige, mit einer Stufe abschließen können: Die Stufe für die einfachere Praxis. Weitere Lehrzeit und weitere Abschlüsse wären dann für die Höherqualifizierten.

Weiter liegen noch folgende Ideen vor: Nach der Lehre oder nach der Berufsfachschule — die Berufsfachschule schließt nach dem 9. Schuljahr an für zwei Jahre im kaufmännischen Sektor; Herr Erbel sprach die im gewerblichen Sektor an — sollte dann die Fachoberschule anschließen. Wer sie mit entsprechender Qualifikation für den Eingang ein Jahr besucht, der sollte die Reife erhalten für die Fachhochschule, wer sie zwei Jahre besucht, sollte zu einer Fachreife für die Universität oder für die Hochschule überhaupt kommen. Das, glaube ich, könnten wir tun, und das sind wir dem praktischen Zweig und den praktisch Begabten in unserer Gesellschaft schuldig.

Ein weiterer Punkt: Moderne Ausrüstung der Berufsschulen. Sicher haben wir eine Menge getan, und sicher haben wir uns um bessere Ausrüstungen bemüht. Wir dürften aber mit einigen Punkten noch weit hinter den Möglichkeiten zurückbleiben. Praxisgerechte Ausstattung unserer Berufsschulen ist, ehrlich, selten. Moderne Drehbänke, moderne Buchungsmaschinen, moderne Drucktechnik müßten unbedingt in unsere Berufsschule Eingang finden, so, wie moderne Lehrmaschinen in Steno, Sprachen und auch für den programmierten Unterricht. Das würde erhebliche Lern- und Lehrverbesserungen bringen.

(Glocke)

Präsident Engel: Leider ist Ihre Redezeit abgelaufen, Herr Abgeordneter von Groeling-Müller!

Abg. **v. Groeling-Müller (FDP):** Herr Präsident, ich werde mich dann zum zweiten Mal melden.

Präsident Engel: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Landwehr.

Abg. Wilma **Landwehr** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde versuchen, im Telegrammstil zu sprechen, um meine Zeit nicht zu überschreiten und um mich nicht noch einmal zum Wort melden zu müssen. Ich möchte etwas zu den praktischen Erfahrungen und zu dem, was ich aus dem Praktischen in der mittelfristigen Planung für möglich halte, zu verwirklichen, hier sagen.

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Einwohnerzahl unserer Stadt verdoppelt. Die Ausgaben für das allgemeinbildende Schulwesen haben sich aber verachtfacht, ohne den Sektor des Schulbaus! Diese Gegenüberstellung macht sehr deutlich, daß das Land Bremen nicht nur quantitativ, sondern auch erheblich qualitativ an der Entwicklung des Schulwesens gearbeitet hat. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Die Deputation für allgemeinbildende Schulen hat manches Mal bei der Aufstellung von Bauprogram-

men geglaubt, wenn dieses Bauprogramm fertig ist, haben wir das Gröbste geschafft. Die SPD-Fraktion hatte im Jahr 1959 einmal einen Ausschuß eingesetzt, der untersuchen sollte, was in den nächsten zehn Jahren an Investitionen erforderlich sei, um ein modernes Schulwesen in Bremen zu erstellen. Dieser Ausschuß kam nach gründlicher Arbeit zu dem Schluß, daß in den Jahren 1960 bis 1970 rund 210 Millionen DM investiert werden müßten, um der Forderung nach einem modernen Schulwesen zumindest in räumlicher Hinsicht entgegenzukommen. Tatsächlich hat die Bürgerschaft im Laufe dieser Jahre weit höhere Summen genehmigt, als wir damals errechnen konnten.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr richtig!)

Die Entwicklung der Preise auf dem Baumarkt, besonders Anfang der sechziger Jahre, und die Zunahme der Geburtsjahrgänge stellt uns heute, meine Damen und Herren, vor weit größere Aufgaben als vor zehn Jahren.

Zwei gewaltige Aufgaben gilt es, zu bewältigen. Erstens, die Einschulung der geburtsstarken Jahrgänge, und zweitens die Weiterentwicklung des Bildungswesens. Keiner in diesem Hause wird das bestreiten. Die Zahlen im Bericht des Senats, die wir heute morgen gehört haben, sind nicht gegriffen. Alle Kinder, von denen hier die Rede war, sind schon geboren und strampeln und spazieren sicher auf die Schule zu. Da es so ist, meine Damen und Herren, dürfen wir uns in Zukunft keine Fehlinvestitionen leisten. Der quantitative Ausbau der Schulen darf die Weiterentwicklung des Bildungswesens im Lande Bremen nicht verbauen.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr richtig!)

Ich bin überzeugt, daß die Gesamtschule die Schule der Zukunft sein wird. Darauf muß sich aber heute der Schulbau einstellen. Mehr und schneller als bisher sind Fachräume für modernen naturwissenschaftlichen Unterricht erforderlich, in denen die Jugend selbst arbeiten, selbst experimentieren kann. Fachräume sind teuer, das wissen wir aus Erfahrung, und deswegen ist es notwendig, sie optimal zu nutzen. Nicht jede einzügige Hauptschule oder zweizügige Realschule kann einen Fachklassentrakt bekommen. Das wären Fehlinvestitionen, die wir uns bei den Aufgaben, die vor uns stehen, nicht leisten können. Deswegen hat die Deputation schon vor einiger Zeit beschlossen und die Schulverwaltung gebeten, eine Konzentration der verschiedenen Schulsysteme anzustreben, dort, wo es möglich ist, dort, wo es ohne große Unruhe möglich sein wird.

Meine Damen und Herren, abgesehen von den pädagogischen Vorteilen einer Gesamtschule — sie wurden in ausgezeichneter Weise heute morgen von meinem Fraktionskollegen Franke diesem Hause dargestellt: kein Sitzenbleiben, bessere Förderung der Begabung, keine Rückläufer, das heißt also die Schüler, die wieder zurück müssen in das alte Schulsystem — möchte ich diese wirtschaftlichen Erwägungen, die wirtschaftlichere Nutzung der Räume doch hier wenigstens angesprochen haben. Als wichtigen Punkt sehe ich also an, daß im Schulbau von heute nichts verbaut wird für die Reform und Weiterentwicklung des bremischen Schulwesens.

Die Deputation für allgemeinbildende Schulen hat im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt und mit freien Architekten neue Pläne verabschiedet, neue Schulpläne, in denen manche dieser Gedanken verwirklicht sind. Ich möchte hier nur an den Plan für die Haupt- und Realschule Heisterbusch oder für das Gymnasium Bremen-Horn oder für die drei Schulen, die jetzt im Bau sind — Blumenthal, Huchting und Kattenturm — erinnern.

Die heutige Debatte in der Bürgerschaft, meine Damen und Herren, hat doch wohl den Sinn, die Bürgerschaft und die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, welche großen Aufgaben in den nächsten Jahren allein im Bereich Schulbau vor uns stehen. Die Abteilung Bildungsplanung beim Senator für das Bildungswesen hat exakte Unterlagen erarbeitet. Sie setzen uns in den Stand, rechtzeitig und richtig zu planen und nach gegebenen finanziellen Möglichkeiten die Mittel zu beschließen und so effektiv wie möglich einzusetzen.

Ein großer Schritt wurde im vergangenen Jahr von der Bürgerschaft schon getan. Knapp 40 Millionen DM wurden für ein Sofortprogramm durch das Haus genehmigt. Die Schulen, die mit diesem Geld erstellt werden sollen, sind im Bau. Die Bürgerschaft muß aber wissen, daß künftig für den Schulbau mehr Mittel bereitgestellt werden müssen als bisher, wenn wir nicht wieder in hoffnungslosen Schichtunterricht absinken wollen.

Bis 1974, meine Damen und Herren, wird jeder einzuschulende Jahrgang um rund 2 000 Kinder stärker sein als der vorhergehende. 2 000 Kinder pro Jahr mehr bedeuten 53 Klassen oder zweieinhalb Schulen. Der Andrang dieser geburtenstarken Jahrgänge zunächst in der Grundschule wird sich selbstverständlich in den weiterführenden Schulen und in den Berufsschulen später fortsetzen. Mit den bis 1971 zur Verfügung stehenden Mitteln einschließlich des Sofortprogramms kann noch einiges erreicht werden. Die geburtenstarken Jahrgänge der nächsten zwei bis drei Jahre können aufgefangen werden durch das Sonderprogramm, das beschlossen worden ist. Abgesehen von den beschlossenen Maßnahmen, können nach meinen Untersuchungen, die ich in Vorbereitung der Haushaltsberatungen für das nächste und übernächste Jahr — wir werden ja den Haushalt für zwei Jahre beschließen müssen — angestellt habe, noch einige dringende Baumaßnahmen in Angriff genommen werden.

Nach den Möglichkeiten, wie ich sie sehe, kann ich mir vorstellen, daß man den dringenden Ausbau oder endgültigen Ausbau des Kippenberg-Gymnasiums in Angriff nehmen kann. Der Fachklassentrakt der Haupt- und Realschule am Willakedamm, auf den die Schule nun fast zehn Jahre wartet,

könnte meiner Ansicht nach auch begonnen werden, weiter die Erweiterung einer Grundschule in Alt-Aumund sowie Sonderschule Bokelandsweg. Es könnten auch noch vier Turn- oder Gymnastikhallen in Angriff genommen werden. Der Baubeginn einer neuen Grundschule in Osterholz und einer weiteren im Leher Feld, die dringend notwendig sind, wäre möglich. Und, meine Damen und Herren, nicht zuletzt glaube ich, daß es möglich ist, noch zwei neue Gymnasien zu beginnen. Der Schwerpunkt oder Brennpunkt liegt in Huchting und im Westen unserer Stadt.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut! — Abg. John [FDP]: Sehr richtig!)

Im Westen könnte man ganz schnell noch helfen mit vier Mobilklassen für den Waller Ring, und, ich glaube, daß dann schon wieder ein großer Schritt nach vorn gegangen worden ist.

(Abg. Ströh [SPD]: Aber es langt noch nicht!)

Aber das langt bei weitem nicht, Herr Ströh, Sie sagen es!

Aber, meine Damen und Herren, auch auf eins möchte ich hier noch einmal sehr deutlich hinweisen: Der Schulbau und die große Anzahl der Kinder, die auf uns zukommen, erfordern nicht nur Investitionsmittel, sondern erfordern auch ungeheuer große Personalkosten. Das muß das Hohe Haus auch wissen. Aber die Personalkosten kommen auch auf uns zu, wenn wir in Schichtunterricht unterrichten müßten. Das wäre noch kein Grund, zu sagen, ja der Schulbau erfordert Folgekosten. Diese Folgekosten, nämlich die stärkere Versorgung des Schulsektors mit Personal, kommt sowieso auf uns zu. Aber die Kosten für Lehr- und Lernmittel und die Bewirtschaftungskosten für neue Schulen werden auch nicht von der Hand zu weisen sein.

Die Deputation für allgemeinbildende Schulen begrüßt diese Debatte ganz besonders, denn manches Mal, meine Damen und Herren, haben wir in der Deputation gesagt, wir können fast die Verantwortung nicht mehr alleine tragen. Jetzt, wo uns die Zahlen der exakten Untersuchung der Abteilung Bildungsplanung bekannt sind, ist es erforderlich, sie der gesamten Bürgerschaft offenzulegen.

Oft ist von Bildungsplanung gesprochen worden, und es wird jeden Tag von Bildungsplanung gesprochen. Meine Damen und Herren, Bildungsplanung setzt voraus, daß wir erstens das Ziel wissen, wohin wir wollen. Ein Ziel ist uns erst einmal gesetzt in der bremischen Verfassung, in den Artikeln 26 bis 30, und im bremischen Schulgesetz. Zweitens setzt es genaue Untersuchungen der Situation voraus. Diese Untersuchung hat uns der Senat heute vorgelegt. Und drittens müssen wir uns den Kopf zerbrechen über den Weg, wie wir dieses Ziel erreichen wollen.

Ich möchte zum Schluß sagen: Wir haben sicher in Bremen sehr viel erreicht. Die Jugend und auch viele Eltern sind mit dem Erreichten nicht zufrieden. Ich auch nicht! Aber wir müssen wissen, daß wir nicht das Notwendige noch auf 20 oder 30 Jahre hinausschieben können. Die Jugend und auch die Öffentlichkeit wird damit nicht zufrieden sein. Eines, glaube ich und hoffe ich, hat diese Debatte klargemacht, dem ganzen Haus klargemacht: daß die Schritte auf dem Weg zum Ziel in den nächsten Legislaturperioden weit größer sein müssen, als sie in der Vergangenheit waren, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Frau Spies.

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vieles hat mir Frau Landwehr abgenommen, vor allen Dingen den Weg der hohen Gedanken aus der Qualität zur Quantität. Auch ich habe über den Schulbau zu sprechen. Wir alle wissen — das ist klar zum Ausdruck gekommen —, welch großen Mut wir haben und welch große Anstrengungen wir machen müssen, um in den nächsten zehn Jahren den Bedarf nachzuholen. Wir können den Weg nicht gehen wie bisher. Zwanzig Jahre: 418 Millionen DM, für die nächsten zehn Jahre: 508 Millionen DM. Das ist pro Jahr mehr als doppelt soviel. Vielleicht lernen wir aus der Vergangenheit, was wir anders machen müssen, und deshalb muß ich auch etwas in die Vergangenheit gehen.

Ich könnte es mir leicht machen, wenn ich hier nur den Vorwurf der zu geringen finanziellen Zuweisung erheben würde. Das muß ich natürlich tun, aber von diesem Vorwurf möchte ich ganz ausdrücklich ausnehmen alle Mitglieder, die jemals der Schuldeputation angehört haben oder ihr noch angehören, denn ich weiß, daß diese sich immer bemüht haben, jede tausend Mark noch in die Schuldeputation und in den Schulbau zu ziehen. Aber was sollte diese kleine Gruppe von Menschen machen — elf — in einer Stadt wie Bremen, ausschließlich seit Jahrhunderten vom Handel geprägt und die Schule letzten Endes nur ein notwendiges Übel.

(Widerspruch bei SPD und FDP — Abg. Ströh [SPD]: Das ist sehr interessant, Frau Spies!)

Ich muß das sagen, obgleich ich gebürtige Bremerin bin, und ich hoffe sehr viel von der Universität, die schon jetzt ihre Schatten, für die Schule ihre Lichtseiten vorausschickt, denn wir haben jetzt schon ein Sonderprogramm.

Die heutige Situation möchte ich von den Fragen aus der Bevölkerung heraus erklären. Fragen, die uns auf den Tisch kommen, die immer wieder in den Diskussionen gestellt werden. Sie heißen: Warum sind die Schulen besonders in den Neubau-

gebieten überbelegt, so daß man teilweise zum Schichtunterricht zurückgehen muß? Warum müssen nicht selten Schulanfänger an überfüllten Grundschulen in ihrem Wohngebiet vorbeigehen, um anderswo in ebenfalls überfüllten Schulen aufgenommen zu werden? Warum sind zwanzig Jahre nach dem Kriege Schüler noch in Abstellräumen, in Boden- und Kellerräumen untergebracht? Das trifft sowohl für die Sonderschulen als auch für die Gymnasien zu.

Meine Damen und Herren, die Schule ist ein lebendiges Gebilde. Sie hat sich der Forderung der Gesellschaft anzupassen, sich mit ihr auseinanderzusetzen und ändert sich ständig in Form, Inhalt und Größe. Der Schulbau ist nur das Kleid. Und wir, die wir ja die Hausväter sind, haben die Pflicht, dieses Kleid passend zu machen. Dazu ist eine intensive Vorausplanung nötig, Zahlenmaterial, welches uns möglichst genau — ganz genau ist es nicht möglich — die Frage beantwortet: Wohin zielen die Veränderungen?

Den Vorwurf kann ich Ihnen nun nicht ersparen: Hier haben Sie versagt! Wenn man hier von dieser Stelle aus erklärt, seit zweieinhalb Jahren existiert beim Senator für das Bildungswesen die Planungsabteilung, und sie könne uns noch keine Zahlen vorlegen, weil sie sich erst selbst — wie Frau Landwehr sagt — planen müsse, dann heißt das, und das ist eine Feststellung, man hat 20 Jahre lang planlos gebaut.

Das Hauptgewicht lag auf Grund- und Hauptschulen. Aber selbst da ist ja der Notstand besonders in den Neubaugebieten so groß, daß der Beirat in Osterholz erklärt: „Wir können kein neues Wohnprogramm anerkennen, bevor nicht die Lage der Schulen in dem jetzigen Wohngebiet geklärt ist". Dasselbe gilt für Huchting, für Bremen-Nord. In den anderen Gebieten haben wir nicht fertiggebaute Schulen, erster beziehungsweise zweiter Bauabschnitt.

Bei den Sonderschulen — ich mache es ganz kurz — ist der größte Teil der Kinder in Privathäusern untergebracht. Die Realschulen sind ohne Fachräume. Die Raumnot kommt nicht so zum Verschein, weil die Realschulen hier in Bremen ein Torso sind. Die Gymnasien sind am schlechtesten dran. Daran zeigt sich die nicht gerade gymnasialfreundliche Einstellung der SPD während der vergangenen Jahre.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das habe ich ja immer gesagt! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Dadurch, daß man das immer wieder behauptet, wird es nicht wahrer!)

Man hat vor dem Krieg 12 Vollgymnasien und 6 Zubringerschulen gehabt. Einige davon waren zerstört worden, und zwar drei Vollgymnasien. Allerdings hat man während der Jahre die alten Gebäude überholt, man hat sie sogar zum Teil erweitert. Aber das brachte ja keine Entlastung, denn wo man Räume anklebte, nahm man mit der anderen Hand die zum Schulbereich gehörenden Zubringerschulen weg. Das Lyzeum Schomburg wurde Sonderschule, das Lyzeum Neustadt wurde Haushaltsschule, das Lyzeum im Westen nahm die PH auf, das Lyzeum Vietor wurde Grund- und Hauptschule. Dadurch, daß die Kinder in die sowieso an Zahl dezimierten Schulen kamen, wurde der Druck dort noch sehr viel größer.

Zum ersten Mal wurden in der Zeit 1953/1954, während der Zeit, in der die CDU in der Regierung war, Pläne für das Gymnasium an der Parsevalstraße und für das Kippenberg-Gymnasium ausgearbeitet.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Donnerwetter! — Unruhe bei der SPD)

Sie können es nachsehen! Das Gymnasium an der Parsevalstraße wurde fertig gebaut, das Kippenberg-Gymnasium erfreut uns heute noch durch den Anblick der Kapff'schen Villa. Dabei war das Gymnasium Parsevalstraße nur ein Ersatzbau, kein neues Gymnasium, und zwar Ersatzbau für die Oberrealschule in der Dechanatstraße. Genauso war das Gymnasium Lesum Ersatzbau für die Kirchheide. Sogar das Gymnasium Neue Vahr war Ersatzbau für die Karl-Straße. Die Zahl der Vollgymnasien vor dem Kriege wurde erst erreicht mit dem Bau des Gymnasiums Huckelriede, wenn man das als Ersatzbau für das Gymnasium am Doventor rechnet. Erst jetzt — ich sagte, Lichtblick von der Univertätsgründung her — sind zwei neue Gymnasien im Bau, die jetzt die Zahl der Gymnasien vor dem Krieg überschreiten.

Frau Landwehr hat sehr viele Gründe gesagt. Aber zwei Antworten haben Sie uns noch gar nicht gegeben, die Sie uns sonst hier immer gaben; die will ich aber vorwegnehmen. Sie haben gesagt: „Wir mußten erst Wohnungen bauen." Das ist richtig. — „Die Bevölkerungsverschiebung innerhalb der Stadt war so groß." — Ja, merken Sie gar nicht, daß eines des andere ausschließt? Dadurch, daß Sie Wohnungen bauen mußten und ganze Stadtteile bauten, haben Sie wie keine Generation vorher genau gewußt, wohin die Leute ziehen würden, wohin die Bevölkerungsbewegung ging und wohin die Schulen gehörten.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Natürlich!)

Und gerade in diesen Gebieten ist die Schulnot am größten.

(Beifall bei der CDU — Abg. Böhrnsen [SPD]: Das hat doch andere Gründe!)

Sie haben in Osterholz eine vierundzwanzigklassige Grund- und Hauptschule gebaut. Die Einwohner der Neuen Vahr haben lange genug gewartet, bis sie ihre Kinder im eigenen Gebiet in die Schule schicken konnten. Jetzt! Wie lange aber wohnen die Leute schon dort! Findorff hat es anders gemacht. Der hat erst die Schule und die Kirche

gebaut und die Verkehrswege — den Torfkanal — fertiggestellt, und dann hat man die Leute dorthin geschickt. Das ist Planungspolitik!

Finanziell wurde nicht alles getan. Das wurde es in keinem Bundesland, ob CDU regiert oder ob SPD regiert. Das gebe ich offen zu. Wir sind aber hier in Bremen. Sie haben erklärt, wir haben das fortschrittlichste Schulsystem,

(Zurufe von der SPD: Das haben wir auch!)

und wir sind im Schulbau führend. Meine Damen und Herren, man muß nicht immer sagen, man steht an der Spitze. Wir haben gar keinen Grund zum Hochmut. Wir stehen in der Liste der Bundesländer weiß Gott nicht oben dran.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Nennen Sie ein besseres Land!)

Ich möchte einer Schuldebatte gemäß das Ganze auch schulmäßig zusammenfassen. Einige gute Einzelleistungen werden anerkannt. Es fehlt aber die klare Linie. Das Gesamtergebnis ist darum nur schwach ausreichend.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Immer noch etwas besser als bei Ihren Freunden in Bayern!)

Inzwischen haben wir eine neue Definition der Noten bekommen. Da muß ich also jetzt sagen: Ausreichend, sprich 4.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Während der Debatte sind einige Fragen an mich gerichtet worden. Ich möchte sie jetzt beantworten, weil ich glaube, daß die Antworten die Diskussion vielleicht vereinfachen oder auch bereichern.

Die Abgeordneten Franke und Meurer fragten nach den Kosten, die sich aus den Klassenzahlen, die ich im Auftrag des Senats vorgelegt habe, ergeben. Natürlich liegen Berechnungen vor. Die Gesamtsumme von 508 Millionen DM hatte ich Ihnen schon genannt. Es würde sich bei den Klassenräumen, die ich vorhin aufgezählt habe, um 16 Grund-, Haupt- und Realschulen, 11 Gymnasien, 2 Kombinatschulen und 6 Sonderschulen handeln, die insgesamt einen Betrag von 221 Millionen DM ausmachen würden, wobei ich bitte, die Begriffe Grund-, Haupt- und Realschulen, Gymnasien und so weiter als einen Verständigungsbegriff in diesem Hohen Hause zu nehmen, daß also eine bestimmte Klassenanzahl auch eine Schule bedeutet. Das sagt aber nichts darüber aus, in welcher Organisationsform diese zukünftigen Schulen gebaut werden. Es geht nur darum, daß wir einen Überblick haben und aus der Zahl von Hunderten von Klassenräumen uns auch begrifflich etwa vorstellen können, was sie bedeutet, also die größten Engpässe: 16 Grund-, Haupt- und Realschulen und 11 Gymnasien.

Die Fertigstellung erst teilweise errichteter Schulen wird etwa 99 Millionen DM ausmachen und die Sanierung der bestehenden Schulen, also der Altbauschulen, etwa 32 Millionen DM. Hinzu kommen Kosten für die Grundausstattung mit Lehrmitteln in Höhe von 16 Millionen DM, so daß ein Gesamtbetrag für die Neubauten und für die Erweiterungsbauten und Sanierungsbauten von 368 Millionen DM zustande kommt, wobei das Land und die Stadt Bremen 301 Millionen DM aufzubringen hätten und die Stadt Bremerhaven mit 67 Millionen DM belastet würde.

Im berufsbildenden Sektor würden sich bei der Schaffung von 438 Klassen- und Sonderunterrichtsräumen, die ich vorhin genannt habe, etwa 88 Millionen DM ergeben. Der Ausbau der Akademien und der Bau einer Fachoberschule würde etwa 52 Millionen DM ausmachen, wobei die Fachoberschule etwa 18 bis 20 Millionen DM erfordern würde, wenn die Aufteilung derart erfolgt, daß man ein Jahr Vollzeitunterricht an der Schule einkalkuliert und etwa ein Jahr Praxisunterricht. Wobei natürlich bisher die Rechnung ohne den Wirt gemacht worden ist, weil im Moment die praxisbezogene Ausbildung ohne Zusammenarbeit mit der Industrie gar nicht möglich ist und wir noch nicht wissen, ob die Industrie in der Lage ist, einjährige Praktikanten aufzunehmen und entsprechend auszubilden. In der Lage ist oder willens ist! Ich muß beides hier zunächst einmal mit einem Fragezeichen versehen.

Von diesen Gesamtkosten in Höhe von 140 Millionen DM würden auf Land und Stadt Bremen etwa 122 Millionen DM entfallen, auf die Stadt Bremerhaven 18 Millionen DM. Etwa 90 Prozent der laufenden Kosten im Schulwesen sind Personalkosten. Die zusätzlichen Lehrer, die allein durch die größere Zahl von Kindern auf uns zukommen, ohne Strukturverbesserungen, ohne qualitative Verbesserungen des Unterrichts — Frau Abgeordnete Landwehr hat gerade mit sehr starker Betonung darauf hingewiesen —, würden an laufenden Ausgaben für Stadt und Land etwa 48 Millionen DM ausmachen.

Es kommen dann noch kleinere Beträge hinzu für Lehrmittel, für Lernmittel, für Gebäudeunterhaltung und so weiter. Angesichts dieser riesigen Summen will ich sie einzeln nicht aufzählen, sondern nur den Gesamtbetrag in Höhe von etwa 8 Millionen DM nennen. Eine kleine Summe, aber trotzdem sollte sie nicht in Vergessenheit geraten, weil es sich ja hier um laufende und zusätzliche Kosten handelt, die noch zu dem Baubetrag und zu dem Betrag, den wir für Lehrer ausgeben müssen, hinzukommen.

Es ist Kritik geübt worden daran, daß im dritten Teil die Zielvorstellungen nicht deutlich genug herausgearbeitet worden seien, daß zum Teil Selbstverständlichkeiten aufgezählt worden sind. Ich meine, das doch zurückweisen zu dürfen. Darf ich noch einmal kurz zitieren, was ich heute vormittag in bezug auf den Teil 3 und die Möglichkeit, diese Aufgaben zu erfüllen, im Namen des Senats gesagt habe:

„Die aufgeführten Maßnahmen geben Inhalt und Ziel künftiger bildungspolitischer Entscheidungen an. Angesichts der außerordentlichen finanziellen Belastung ist ein Zeitplan nicht darzustellen. Vielmehr müssen Beschlüsse von den gesetzten Prioritäten und den finanziellen Möglichkeiten des Landes Bremen und der beiden Stadtgemeinden abhängig gemacht werden."

Das heißt, Sie in diesem Hohen Hause müssen entscheiden, welche Prioritäten gesetzt werden. Sie müssen entscheiden, welche Mittel bereitgestellt werden können, um diese Aufgabe zu erfüllen. Ich glaube, mehr kann der Senat und jetzt auch der Senator für das Bildungswesen, der natürlich auch spezielle Forderungen und Wünsche hat — das ist ganz natürlich —, als Sammelbegriff, als Zielvorstellung, als Aufgabenstellung nicht sagen.

Ich möchte noch einmal zusammenfassen, jetzt für mich: Das Grundprinzip unserer zukünftigen Schulpolitik ist die Chancengleichheit, die keine Selbstverständlichkeit ist. Das muß ich einmal in aller Deutlichkeit herausstellen, trotz der wesentlichen Maßnahmen, die wir gerade in Bremen schon haben durchführen dürfen. Aber es gibt Chancenungleichheiten, die mit finanziellen Zuschüssen nicht ausgeglichen werden können. Und ich glaube, daß diese Chancengleichheit letzten Endes nur möglich ist bei einem voll differenzierten Gesamtschulsystem mit verschiedenen Abschlüssen bei gleicher Schulzeit.

(Beifall bei der SPD)

Ob diese Feststellung stimmt, soll erprobt werden in Schulversuchen — das ist ganz eindeutig gesagt worden —, und nicht etwa in einem Alleingang der völligen Umstellung des gesamten Schulsystems, was schon aus finanziellen Gründen, aus praktischen Gründen gar nicht geht. Aber wir sollten nicht so tun, als ob man dieses Ziel überhaupt nicht ansteuern dürfe, weil eine andere Gruppe von vornherein sagt, das ist falsch, das werden wir nie erreichen. Ich bin überzeugt davon. Ich bin, und ich glaube, mit mir auch alle, die sich dafür einsetzen, sind bereit, sich selbst zu korrigieren, wenn sich herausstellen sollte, daß das nicht der richtige Weg ist. Aber hier bin ich, und ich glaube alle, die dieselbe Auffassung vertreten, im Vorteil, insofern im Vorteil, als diese Bildungseinrichtungen bereits im Ausland bestehen, und zwar in Ost und West, und unabhängig von der politischen und wirtschaftlichen Ideologie.

Dieses Ziel ist anzusteuern, aber — und das vermisse ich zum Teil in den Diskussionen; das gilt nicht für heute, sondern wenn Planungen aufgestellt werden — dieses Ziel ist nur im Laufe einer Generation zu erreichen. Das muß man ganz deutlich sagen. Man kann nicht so tun, als sei das morgen oder übermorgen, in ein oder drei oder vier Jahren schon durchführbar.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das muß auch einmal herausgestellt werden. Die Schweden haben mit ihrer Schulreform 25 Jahre gebraucht, in systematischer Arbeit. Und ich glaube, daß man das in aller Offenheit sagen muß, damit nicht falsche Vorstellungen auch in der Öffentlichkeit entstehen. Aber Zwischenlösungen, die auf das Ziel hinführen, Weichenstellungen, die auf dieses Ziel hinführen, sind durchaus heute schon möglich, damit wir uns nicht Chancen verbauen, die einfach gewahrt werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Und da, meine ich, sind bestimmte Hinweise nicht nur gegeben, sondern auch bestimmte Entscheidungen schon getroffen worden in der Deputation für allgemeinbildende Schulen und im Bereich des Senators für das Bildungswesen, und zwar einmal schon durch die Raumplanung bei den Neubauten. Wir haben uns bereits darauf eingestellt und haben Systeme entwickelt oder entwickeln lassen, die diesen Weg nicht verbauen, aber gleichzeitig auch ermöglichen — jetzt zwangsweise, weil es einfach so drängt —, im bisherigen Sinne schon mit dieser Arbeit beginnen.

Die Einheitlichkeit des Lehrplans der drei Schultypen ist eine Grundvoraussetzung für ein Gesamtschulsystem. Auch das wird in meinem Hause vorbereitet, und zwar in der Form, daß hier nicht mehr nach den einzelnen Schulsystemen gegliedert wird, sondern horizontal ein Lehrplan durchläuft von der Grundschule bis zum 13. Schuljahr, natürlich mit entsprechenden Abzweigungen im Hauptschul- und im Realschulbereich.

Wir müssen dazu kommen, daß es differenzierte Abschlüsse gibt auch am Gymnasium, und zwar einmal den allgemeinen studienbezogenen Abschluß, den Fachstudienabschluß, der fachstudienbezogen ist, und den berufsbezogenen Abschluß. Ich glaube, wir müssen uns auch mit einer Auffächerung des Abiturs beschäftigen, um hier ganz klar zu erreichen, daß einseitige Begabungen nicht auf der Strecke bleiben. Das können wir uns einfach nicht leisten, vor allen Dingen, wenn ich an Naturwissenschaften und Mathematik denke. Wir müssen die Frage des Stufenabiturs aufgreifen, ob wir nicht ein Abitur in Etappen durchführen. Wir müssen weiterhin klarstellen, daß wir bei einem Prüfungsmißerfolg endlich davon wegkommen, das ganze Schuljahr zu wiederholen, sondern nur die Fächer, in denen tatsächlich versagt worden ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Alles das sind Dinge, die wir tun können und die wir tun werden, ich wäre aber sehr dankbar, wenn wir die gesamte Unterstützung dieses Hohen Hauses hätten, denn wir haben dabei mit sehr vielen Widerständen zu rechnen.

Gleiches — die Auffächerung — gilt selbstverständlich bei den Abschlußmöglichkeiten auch für die Realschule. Ich habe im Bericht darauf hinweisen dürfen, daß bestimmte Versuche schon durchgeführt worden sind.

Jetzt zu den Fragen, die während der Debatte von Herrn Vorsatz hier aufgekommen sind wegen der Pflichstundenermäßigung im Rahmen der Arbeitszeitverkürzung: Ja, sie gilt ab 15. 2. Aber in der gleichen Form vie 1961, das heißt, daß zunächst diese Stunde aufgefangen werden muß von der Schule, einfach deshalb, weil die Lehrer gar nicht zur Verfügung gestellt werden können, selbst wenn wir es im Moment wollten, weil sie noch nicht zur Verfügung stehen. Die Stundenermäßigung wird so erfolgen, daß selbstverständlich die wichtigen Fächer dabei nicht eingeschränkt werden sollen. Aber man wird zum Beispiel durch Zusammenlegung von Arbeitsgemeinschaften auch diese Stunde überbrücken müssen, und ich glaube, wir sollten uns hier auch dazu bekennen, daß dieses Hohe Haus schon vor Jahren zugesichert hat, daß bei der nächsten Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst die Lehrerinnen und Lehrer nicht wieder ausgeschlossen werden sollen,

(Beifall bei der SPD)

daß wir also zu diesem Versprechen stehen müssen.

Nachdem sowohl der Personalrat als auch die Lehrerverbände diese Regelung zugesichert und gesagt haben, daß sie möglich ist und getragen werden kann von der Schule, war es für mich eine Selbstverständlichkeit, diesen Weg in der Deputation und auch im Senat vorzuschlagen. — Ich bitte jetzt um Entschuldigung, daß wir — die Damen und Herren der Finanzdeputation sind gerade nicht da — bereits vor der Sitzung der Finanzdeputation, was wir sonst nicht tun, darüber sprechen, öffentlich darüber sprechen. Wir wollen nichts präjudizieren.

(Abg. Hardegen [CDU] und Abg. Klein [CDU]: Wir sind da!)

Ich bitte um Entschuldigung! Aber das ist eine Entwicklung, die sich jetzt einfach durch die Diskussion ergeben hat.

Die Bildungsplanung ist zum Schluß auch von Frau Spies angesprochen worden in dem Sinne, daß wir viel zu spät begonnen hätten und daß wir vorher planlos durch die Welt gelaufen sind. Nun, ganz so einfach sollte man es sich nicht machen, glaube ich. Denn einmal ist festzustellen, daß in der Nachkriegszeit überhaupt nicht geplant zu werden brauchte, sondern da mußten wir aus den Trümmern heraus, da mußten wir neue Schulen bauen und wußten, daß wir viel zuwenig Schulen hatten

(Beifall bei der SPD)

und nur neue Schulen zu errichten hatten. Das ist das eine!

Vielleicht ist es sogar gut, daß wir nicht zu früh geplant haben, denn dann hätten wir wahrscheinlich einige Gymnasien geschlossen. Das wollen wir auch ganz ehrlich sagen. Denn das Alte Gymnasium, das Gymnasium Kleine Helle waren nicht mehr lebensfähig, und nur durch Tricks ist es möglich gewesen, diese Gymnasien über die Runden zu bringen, und jetzt sind sie natürlich in die Phase nicht nur der größeren Schülerzahlen hineingekommen, sondern auch des Erfolgs unserer Bildungswerbung. Und diese Bildungswerbung ist nicht nur in Bremen erfolgt, sondern in der ganzen Bundesrepublik, und hier ist eine Entwicklung, die sich selbstverständlich in der ganzen Bundesrepublik bemerkbar macht.

Das Spiel mit Vorkriegszahlen möchte ich nicht mitmachen, Frau Spies. Wir erleben es ja bei jeder Haushaltsberatung: Es wird immer wieder gesagt: die Zahl der Gymnasien der Vorkrigszeit ist noch nicht erreicht, jetzt haben wir sie gerade erreicht, was haben wir doch alles versäumt!

Ich möchte bitten, daß wir wirklich vergleichbare Dinge vergleichen, das heißt nämlich, das Vorkriegsgymnasium nicht mit dem, was wir heute bauen und das viel leistungsfähiger, viel größer ist. Ich darf daran erinnern, daß das Gymnasium am Leibnizplatz zwar „nur" einen Anbau bekommen hat, einen Erweiterungsbau, daß dieser Erweiterungsbau in Wirklichkeit aber ein neues Gymnasium ist. Auch diese Dinge muß man doch sehen. Damals sind die Mittel für diesen Anbau bereitgestellt worden, weil das Grundstück für ein neues Gymnasium nicht sofort zur Verfügung stand.

Aber ich will die Debatte nicht ausweiten, sondern nur kurz auf diese einzelnen Punkte hinweisen, um klarzustellen, daß man es sich so einfach nicht machen sollte. Hier ist in der Debatte von allen Rednern sehr deutlich herausgestellt worden, daß viel getan worden ist. Daß mehr getan werden muß, wird von niemand bestritten. Trotzdem hat Bremen das Recht, seine eigenen Leistungen immer wieder herauszustellen. Ich glaube, das ist auch

(Starker Beifall bei der SPD)

politische und letzten Endes auch bildungspolitische Arbeit, um der Öffentlichkeit hier in Bremen einmal deutlich zu machen, daß manche Kritik, die erhoben wird, die geäußert wird, zwar im großen Sachbereich berechtigt ist, aber nicht berechtigt ist im Sinne der Kritik, daß hier Versäumnisse vorliegen.

Wenn wir schon vergleichen wollen, dann sollten wir auch mit anderen Bundesländern vergleichen, dann sollten wir feststellen, daß wir zwar noch vieles tun müssen, daß wir aber trotzdem vorangeschritten sind. Wenn ich weiß, daß zum Beispiel in Düsseldorf, in einer Großstadt, in einer Volksschule mehrere Jahrgänge in einer Klasse zusammengedrängt sind, daß dort Klassenfrequenzen von 50 und 60 Kindern zwar nicht an der Tagesordnung, aber möglich sind, dann meine ich, sollten wir auch das Recht haben, unsere eigenen Leistungen herauszustellen, ohne dabei den Eindruck in der Öffentlichkeit erwecken zu wollen, daß wir etwa nichts mehr tun müßten.

Ich glaube, dieser Eindruck kann nach der Beantwortung der Anfrage der SPD nun wirklich nicht aufkommen. Hier ist ein sehr umfassendes und großes Programm herausgestellt worden, und es bedarf aller unserer Anstrengungen, wenn wir es erfüllen wollen. Ich glaube, daß wir in gar nicht allzu langer Zeit die

Möglichkeit haben werden, über die ersten Maßnahmen und über die ersten Notwendigkeiten, die sich jetzt auch aus dieser Zukunftsplanung ergeben, zu diskutieren und zu beschließen.

Ich bin froh, daß wir in unserem Bereich jetzt in der Lage sind, auch in die Zukunft hinein zu denken und in die Zukunft hinein zu planen, wobei ich mir völlig darüber im klaren bin, daß es letzte Wahrheiten nicht gibt, aber ganz klare Tendenzen aufgezeigt werden müssen. Über das eine oder andere kann man streiten, nicht aber — und da möchte ich den Ausspruch von Frau Landwehr unterstreichen — über die Tatsache, daß die Kinder, die 1972 eingeschult werden, heute schon da sind, daß wir ihre Zahl kennen, daß wir auch wissen, in welchen Stadtteilen sie leben. Das konnten wir früher aufgrund der nicht so tiefgreifenden Berechnungsmethoden noch nicht feststellen, aber heute wissen wir, wo die einzelnen Kinder wahrscheinlich in die Schule gehen werden.

Wir haben eine Schülerverlaufkartei eingerichtet, die uns in wenigen Jahren die Möglichkeit geben wird, auf Anhieb sofort festzustellen, wo bestimmte Schwerpunkte sind. Alles das erfordert natürlich Vorarbeit, und die Einrichtung einer Planungsabteilung ist eine Einrichtung, die auch zukunftsbezogen ist, das heißt, man darf nicht, wenn man sie heute einrichtet, morgen schon Ergebnisse erwarten. Wir sind jetzt nach zweieinhalb Jahren intensiver und guter Vorbereitungsarbeiten so weit, daß wir mit entsprechenden Daten aufwarten können. Ich glaube, das wird die Beratung in diesem Hohen Hause wesentlich erleichtern und, das hoffe ich, vielleicht auch versachlichen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Nachdem meine Fraktionskollegin Frau Schütte heute, wie ich meine, in so charmanter Weise — mit und ohne Manuskript, Herr Präsident — unsere grundsätzlichen Auffassungen zu der Bildungssituation in Bremen dargelegt hat, gestatten Sie mir einige Ergänzungen.

Ich möchte zunächst den Appell, den sie an den Senator für das Bildungswesen in bezug auf die Frage des Übergangs insbesondere für die, sagen wir, kurzschulgeschädigten Kinder in die weiterführenden Schulen gerichtet hat, ergänzen. Meine Damen und Herren, wir haben uns diese Sache nicht leicht gemacht. Die kulturpolitischen Gremien der Freien Demokraten in Bremen haben sich mit dieser Frage beschäftigt, nicht etwa, weil sie sich das aus den Fingern gesogen haben, sondern weil eine ganze Reihe von Anfragen, Hinweisen, Erkundigungen zu diesem Punkt bei uns eingegangen war. Das hat uns dazu gebracht — ich muß allerdings noch einmal Frau Schütte zitieren —, zwar nicht die Hoffnungen der Opposition auf eine Koalitionskrise zu erfüllen, dieses Thema aber auf den Tisch des Hauses zu legen.

Ich möchte also im Namen meiner Fraktionskollegen diesen Appell an den Herrn Senator für das Bildungswesen noch einmal wiederholen und ihn bitten, diese Frage auch in zeitlicher Hinsicht möglichst bald zu regeln, weil ich meine, daß damit eine Sache bereinigt wird, die in unserem Umland, in Niedersachsen zum Beispiel, in Schleswig-Holstein, in Hamburg in einer besonderen Form schon geregelt ist. Wir sind der Auffassung, daß es in dieser Frage keiner speziellen — sagen wir einmal leicht ironisch — „Hanseaten-Klausel" bedarf, damit wir uns nun auf diesem Gebiet unbedingt von den anderen Ländern unterscheiden.

In einer Tageszeitung in Niedersachsen hieß es etwa vor einigen Tagen: Die Eltern können aufatmen, der niedersächsische Kultusminister hat sich entschlossen, diese Möglichkeit jetzt auch nach dem fünften Schuljahr zu schaffen. — Ich wäre froh, wenn die bremische Tagespresse in Kürze ähnliches berichten könnte.

Der Zentralelternbeirat in Bremen hat in einer Stellungnahme in Fragen der Vorschulerziehung und Früheinschulung und manchen anderen Punkten vom 13. Dezember des vergangenen Jahres unter anderem festgestellt, daß die durch die Kurzschuljahre hervorgerufene „Zwangsverjüngung" schädliche Auswirkungen hätte, die man — zweifellos gibt es wohl verschiedene Möglichkeiten — beseitigen müßte. „Eine freiwillige Wiederholung" — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten — „oder Rücknahme gut oder befriedigend arbeitender Kinder sind kein geeigneter Ausgleich."

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch auf ein Schreiben vom 20. Januar verweisen, das mir gerade gestern von dem Elternbeirat der Schule an der Flämischen Straße in Huchting zugeschickt worden ist. Ich hoffe, Herr Senator, Sie haben davon eine Abschrift bekommen.

(Senator Thape: Ich lese es zunächst immer erst in der Presse, dann bekomme ich es!)

Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten dieses kurze Schreiben hier verlesen:

„Betrifft: Bildungsdebatte am 22. Januar 1969. Wir, der Elternbeirat der Schule an der Flämischen Straße, haben durch die Tagespresse davon Kenntnis nehmen können, daß Ihre Fraktion sich eindeutig ohne Vorbehalte für eine Übergangsmöglichkeit auf weiterführende Schulen nach Abschluß des fünften Schuljahres einsetzt. Diese Einstellung begrüßen wir ganz besonders, da aus dem Kreise der Elternschaft dieser Wunsch vielfach an uns herangetragen worden ist, ohne daß für uns eine Möglichkeit bestand, insbesondere den durch die Kurzschuljahre genug benachteiligten Kindern eine Hilfestellung anbieten zu können. Vorstöße unserer Eltern auf direktem Antragsweg und auch über die Presse wurden bisher leider abschlägig entschieden, da vorerst eine Änderung der bremischen Schulgesetzgebung herbeigeführt werden müßte. Wir könnten uns jedoch vorstellen, daß durch Erlaß einer Rechtsverordnung mit den

dazugehörigen Ausführungsbestimmungen zumindest die Übergangsregelung für die jetzt unmittelbar betroffenen Jahrgänge durchführbar ist. Es unterstützen Ihren Antrag die Elternversammlung der Schule an der Flämischen Straße."

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist klar und deutlich. Ich habe dieser Bitte nichts mehr hinzuzufügen. Zeitlich gesehen, meinen wir als FDP-Fraktion, daß diese Sache sehr bald verwirklicht werden müßte, denn die Vorarbeiten für den Übergang in die weiterführenden Schulen werden ja in allernächster Zeit beginnen, wenn sie nicht schon im Gange sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt zu einem anderen Thema Stellung nehmen, und zwar zur Frage der politischen Bildung. Ein altes Spezialthema von mir, weil ich mich gerade in dieser Frage besonders stark engagiere und gern engagiere. Ich habe es sehr begrüßt, daß in der Antwort des Senats auf die Anfrage der SPD-Fraktion die Frage der politischen Bildung ziemlich vorn behandelt, und zwar in sehr positiver Form beantwortet worden ist.

Meine Damen und Herren, Sie alle haben vielleicht aus der Presse entnommen, daß inzwischen eine Untersuchung der Arbeiterkammer vorgelegt worden ist, von der ich leider auch bisher nur durch die Presse erfahren habe, und in der einige Zahlen — vielleicht kann ich sie in Kürze einsehen, Herr Kollege Schubert;

(Abg. Schubert [FDP]: Können Sie!)

aber man kann ja auch nicht alles zu gleicher Zeit lesen —, die mir sehr bezeichnend erscheinen, enthalten sind. Ich halte es also für eine sehr positive Angelegenheit, daß dort steht, daß zwei Drittel der Jugendlichen politisch interessiert sind. Ich glaube, das ist eine Feststellung, die manch anderen Auffassungen entgegensteht, die häufig vertreten werden. Und ich halte es weiterhin für beachtlich, daß in dieser Untersuchung festgestellt wird, daß die Neigung für extreme Richtungen von rechts oder links unter den Jugendlichen doch sehr gering ist.

Meine Damen und Herren, wir haben hier — und das soll man sehr klar und deutlich zum Ausdruck bringen, wenn auch manchmal unter gewissen Schwierigkeiten — in der Frage der politischen Bildung über das hinaus, was in den Schulen normalerweise in den entsprechenden Unterrichtsfächern getan wird, neue Wege in dieser politischen Bildung beschritten. Ich halte das für eine sehr bemerkenswerte Angelegenheit, ohne deswegen etwa in den Fehler zu verfallen oder in den Verdacht zu kommen, hochmütig zu werden. Sowas kann einem ja leicht unterstellt werden. Aber bekanntlich gilt ja der Prophet im eigenen Lande nicht übermäßig viel, und gestatten Sie mir deshalb eine außerbremische Stelle, die gerade diese Formen der politischen Bildung untersucht und sich damit befaßt, hier zu zitieren, nämlich die Stiftung „Die Mitarbeit", in deren Kuratorium so prominente Politiker wie der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der SPD-Vorsitzende Walter Scheel, die CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Balke und Dr. Birrenbach vertreten sind.

(Zuruf von der SPD: Scheel in der SPD? — Abg. Schubert [FDP]: Falscher Zungenschlag! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Den wollen wir gar nicht haben! — Abg. Mahlstedt [SPD]: Wir sind doch nicht unter die Seeräuber gegangen! — Abg. Hauptmann [FDP]: Herr John, Herr Scheel gehört der FDP an!)

Entschuldigen Sie! Falsche Zungenschläge passieren schon einmal. Aber ich glaube, Sie haben alle schon mal hier oben gestanden, und Sie haben Verständnis dafür.

Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten noch einmal aus dieser Beurteilung dieser Wege der politischen Bildung in Bremen einiges kurz zitieren. Es wird also dort gesagt: „Aus eigener Initiative, allerdings mit Billigung der Schulbehörde, entwickelte ein Lehrer verschiedene Typen politischer Bildungsveranstaltungen für Lehrer und Schüler. Er verstand es, sich dabei der Mitarbeit guter Sachkenner zu versichern. Auch Abgeordnete der Bürgerschaft aus allen Parteien diskutierten mit den Schülern und standen ihnen Rede und Antwort. Die Kenntnis der mit den öffentlichen Angelegenheiten befaßten Personen, die Farbe und die Lebendigkeit, die ihr Handeln durch unmittelbare Begegnung gewinnt, die Nachprüfbarkeit der Aussagen in einem überschaubaren Gemeinwesen zeigten den heranwachsenden Staatsbürgern Wege, die sie zum eigenen Mithandeln führen können".

Soweit das Zitat. Ich meine, wir haben und müssen allerdings auch auf diesem Gebiet noch einigen Ausbau vornehmen, was zusätzliche finanzielle Mittel für die politische Bildung erforderlich machen wird, und zwar bei der Landeszentrale — das wird in der nächsten Haushaltsberatung wahrscheinlich eine Rolle spielen — und auch im Bereich des Senators für das Bildungswesen, denn darüber, glaube ich, gibt es keinen Zweifel, gute politische Bildung in Schulen kann nur dann Sinn und Erfolg haben, wenn die Lehrkräfte hierfür entsprechend vorgebildet sind.

Meine Damen und Herren, bevor ich vom Herrn Präsidenten gemahnt werde — —

Präsident Engel: Es ist noch nicht so weit!

Abg. **John** (FDP): Schönen Dank, Herr Präsident! Deswegen habe ich meine Uhr gleich hier hingestellt. Noch einige kurze Bemerkungen zu dem Bericht des Senats. Zum Thema Schulversuche: Es ist heute schon verschiedentlich dazu gesprochen worden. Wir meinen, daß es unbedingt zweckmäßig ist, daß alle diese Schulversuche wissenschaftlich begleitet werden. Daß sie also wissenschaftlich in einer Form untersucht werden, die uns objektive Ergebnisse bringt, damit wir nicht in eine Situation kommen, in der zum Beispiel die Sowjetunion sich befand, als Chruschtschow im Jahre 1958 in einer Bildungsreform den polytechnischen Unterricht einführte und einige Jahre später ganz leise und still davon ab-

rückte, weil sich dieses Experiment als verfehlt herausstellte und man andere Wege der Heranführung der Schüler an die Arbeitswelt wählen mußte, weil diese Dinge sich dort also nicht bewährt haben. Ich meine, gerade dieses Beispiel sollte uns also zu denken geben, und deswegen habe ich noch einmal diese Frage hier aufgegriffen.

Nun, meine Damen und Herren, ganz kurz lassen Sie mich noch auf einige Bemerkungen einiger Sprecher in der heutigen Debatte eingehen. Herr Kollege Erbel meinte heute in seinen Ausführungen über den Wert oder Unwert des Ersten und Zweiten Bildungsweges, es gebe Leute, die der Auffassung wären, man sollte diesen Zweiten Bildungsweg abschaffen. Meine Damen und Herren, ich habe vor kurzem in einer Podiumsdiskussion für meine Fraktion gesagt, solange der Erste Bildungsweg nicht genügend verbessert, reformiert und ausgebaut ist, kann niemand daran denken, den Zweiten Bildungsweg abzuschaffen. Aber jeder, der weiß, wie schwer und unter wieviel Opfern diejenigen, die sich auf diesem Zweiten Bildungsweg befinden, Bildung erwerben, der muß, glaube ich, doch der Meinung sein, daß dann, wenn der Erste Bildungsweg entsprechend reformiert ist, ein erheblicher Abbau zumindest des Zweiten Bildungsweges stattfinden kann.

Meine Damen und Herren, die rote Lampe leuchtet auf, und ich möchte meine Ausführungen schließen mit einem Satz nur: Ich bin nicht der Auffassung, daß die von Bremen betriebene Bildungswerbung in der Vergangenheit falsch war. Ich meine, sie war richtig. Wir müssen in der Zukunft weitere Konsequenzen ziehen, die sich auch aus dieser Bildungswerbung für uns ergeben. Die FDP-Fraktion wird aktiv mitarbeiten.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Frau Kaltenstein.

Abg. Ursula **Kaltenstein** (SPD): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, zur Frage der Lehrerbildung ausführlicher zu werden. Ich mache es mit einem Satz ab. In der Antwort des Senats wurde schon darauf hingewiesen, daß der Gründungssenat beschlossen hat, daß zu einer modernen Universität gehört, daß die Ausbildung aller Lehrer an die Universität verlegt wird. Ich meine, dafür sollten wir dem Gründungssenat unsere Anerkennung nicht versagen.

Nun einige Ausführungen zu Bremerhaven. Die Antwort des Senats auf die Anfrage der SPD-Fraktion über die Entwicklung des bremischen Schulwesens enthielt bereits etliches über das Schulwesen meiner Heimatstadt. Ich meine aber, daß es doch notwendig ist, noch einiges dazu zu sagen. Von Professor Hinrich Wulff hörte ich vor etwa zwanzig Jahren die scherzhafte Bemerkung, Bremerhaven sei mit seinem Schulwesen Bremen bis zum „Salto mortale" voraus. Das hier schon oft zitierte fortschrittliche Schulgesetz von 1949, das Gesetz von 1957, und vor allem die großen, in der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen von 1947 gegebenen Selbstverwaltungsmöglichkeiten sind in Bremerhaven, so weit wie irgend möglich, ausgeschöpft worden. Ich bin sicher, daß das auch in Zukunft geschehen wird.

Wie sah und sieht nun dieser meines Erachtens gekonnte „Salto mortale" aus? Ich würde es Ihnen gern an den Zahlen über die Personal-, Unterhaltungs- und Sachkosten an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zeigen. Aber lassen Sie es mich bei zwei Zahlen bewenden. 1949 waren es 4,2 Millionen DM, 1969 stehen dafür 37 Millionen DM zur Verfügung. Ebenso haben sich die Aufwendungen für den Schulbau ganz erheblich erhöht. In den Jahren von 1948 bis 1955 wurden 11,7 Millionen DM bereitgestellt, und von 1956 bis 1963 26,3 Millionen DM. In dieser Legislaturperiode werden es 31 Millionen DM sein. Ich glaube, das ist für eine Stadt von 150 000 Einwohnern eine wirklich anzuerkennende Leistung gewesen.

Die Bereitstellung dieser Mittel war die materielle Voraussetzung für die qualitative Entwicklung des Schulwesens in Bremerhaven. Wir hatten 1951 die Koedukation vollzogen. Seit 20 Jahren ist bei uns Englisch Pflichtfach — der Herr Senator hat bereits darauf hingewiesen —, und ich muß Herrn Vorsatz' Meinung über den Englisch-Unterricht doch dahingehend korrigieren, daß ich glaube, daß die Schüler damit nicht überfordert gewesen sind, auch nicht die Schüler, die in Deutsch und Rechnen schwache Leistungen gezeigt haben. Aber gerade in einer Hafenstadt, auch in einer Stadt wie Bremen, wo fast jeder Mensch irgendwelche Beziehungen zu einem angelsächsischen Land hat, ist es doch notwendig, daß die Kinder sehr früh mit dieser Sprache in Berührung kommen.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr richtig!)

Der Herr Senator hat ebenso auf die Kombinatsschule in Bremerhaven hingewiesen. Ich komme später noch ganz kurz auf diese Schulform zurück, möchte hier nur noch einmal die Wirtschaftlichkeit betonen. Meine Fraktionskollegin Frau Landwehr hat Ihnen das vorhin ja schon verdeutlicht. Daß die Klassenfrequenzen auch in Bremerhaven von 1949 bis heute systematisch gesenkt worden sind, ist selbstverständlich. Gestatten Sie mir aber an dieser Stelle eine ganz persönliche Bemerkung aus eigener Erfahrung. Einige junge Lehrer von heute mögen sich einmal vorzustellen versuchen, welchen enormen Anforderungen ein Junglehrer kurz nach dem Krieg gewachsen sein mußte, der in einer Grundschulklasse 55 bis 60 Kinder zu unterrichten hatte oder der — wie es auch nicht selten vorkam — drei Klassen mit je über 45 Schülern zu führen hatte. Vielleicht wächst dann bei diesen wenigen jungen Kollegen das Verständnis dafür, daß sie in der Schulwirklichkeit noch nicht die idealen Verhältnisse vorfinden, die wir ja mit ihnen gemeinsam anstreben.

Dem umfangreichen Katalog der qualitativen Verbesserungen brauche ich Besonderes nicht mehr hinzuzufügen. Es ist in der Antwort des Senats enthalten.

Über das Ansteigen der Schülerzahlen in Bremerhaven ist noch folgendes zu sagen: Bei uns haben die steigenden Geburtenjahrgänge schon früher erforderlich gemacht, mehr Klassenräume für die ersten Schuljahre und mehr Lehrer bereitzustellen. 1962 hatte sich die Zahl der Kinder, die 1968 in die erste Klasse kam, wiederum um 200 erhöht. Das war schon die zweite Erhöhung, die wir hatten. Und der Geburtenjahrgang 1966 umfaßt 2580 Kinder. Das ist eine nochmalige Erhöhung sogar um 280 Kinder. Bremerhaven hat also diese Schwierigkeiten — meine ich — etwas früher gehabt. Die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen wird sich in den nächsten Jahren in ähnlicher Form darstellen wie hier in Bremen. Ich erspare es mir, Ihnen die Zahlen hier zu nennen. Aber dafür braucht Bremerhaven zusätzlich zu den bestehenden oder im Bau befindlichen Schulen bis 1980 vier Grundschulen mit je 24 Klassen, eine Sonderschule mit zwölf Klassen, zwei weiterführende Schulen mit je 27 Klassen, und im Bereich der berufsbildenden Schulen 88 Klassen- und Sonderunterrichtsräume. Sie vermögen selbst auszurechnen, welche Kosten das werden. Außerdem hat der Herr Senator für das Bildungswesen uns ja bereits die Kosten genannt. Aber auch angesichts dieser Summe wird sich Bremerhaven genauso wie Bremen weiterhin mit allen Kräften bemühen, die Schule gemäß der gesellschaftlichen Entwicklung progressiv zu verändern.

Nun noch etwas zu den Kombinatsschulen, die es in Bremerhaven seit 1950 gibt. Man nennt diese Schulform auch die additive Gesamtschule, das heißt die Addition von Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Man muß dabei ganz klar herausstellen, daß es wegen der Wirtschaftlichkeit schon ein guter Schritt vorwärts gewesen ist. Außerdem — was ebenso wichtig ist —, daß Lehrer und Studienräte gemeinsam seit Jahren in Bremerhaven ein Kollegium bilden und auch von einem Oberstudiendirektor und einem Schulleiter geleitet werden, oder, besser gesagt: diese bilden zusammen die kollegiale Schulleitung.

Hier kann man in Bremerhaven nicht mehr von einem Schulversuch sprechen, sondern alle weiterführenden Schulen sind nach diesem System organisiert. Das ist eine nicht zu unterschätzende Vorleistung im Hinblick auf die Integration des Schulwesens.

(Beifall bei der SPD)

Die daraus gewonnenen Erfahrungen bieten eine wertvolle Hilfe für die beiden im Schuljahr 1969/1970 anlaufenden Schulversuche. Das ist der Großversuch mit dem „Gitterwerk" und der Schulversuch „Gesamtschule". Ich glaube, ich brauche Ihnen den Begriff Gesamtschule hier nicht zu erläutern. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß laut Schulgesetz der Besuch dieser Versuchsschulen freiwillig ist, daß also keine Eltern gezwungen werden, ihre Kinder in diesen Schulversuch zu geben. Ich erspare es Ihnen, daß ich das „Gitterwerk" näher erläutere. Wegen der fortgeschrittenen Zeit können wir uns mit dem begnügen, was der Herr Senator für das Bildungswesen darüber ausgeführt hat.

Wichtig ist allerdings, daß bei der Vorbereitung beider Schulversuche — sie laufen etwa zwei Jahre — Lehrer und Studienräte mit den Schulaufsichtsbeamten gemeinsam in Planungsausschüssen gleichberechtigt zusammensitzen. Dieser Schulversuch wird nicht ohne ganz erhebliche Vorplanung in Angriff genommen werden. Auch die Eltern der betroffenen Schüler wurden nicht nur schriftlich und mündlich informiert, sondern der Schuldezernent, die Schulräte, die Schulleiter und Lehrer stellten sich des öfteren auf Elternversammlungen und öffentlichen Veranstaltungen ihrer Kritik. Das Ergebnis ist, daß für den Gesamtschulversuch Heinrich-Heine-Schule zum Beispiel, der zunächst mit dem 5. Schuljahr beginnen wird, mehr Eltern ihre Kinder angemeldet haben, als die Schule aufnehmen kann.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Hört, hört!)

Wider Erwarten steht man nun vor dem Problem, wie die Auswahl der Kinder am gerechtesten erfolgen müßte.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, so kurz und knapp wie irgend möglich Ihnen einen Einblick in die spezielle Situation des Bremerhavener Schulwesens zu geben und habe Ihnen manche Zahlen, die ich mir noch notiert hatte, erspart. Beide Städte, Bremerhaven und Bremen, werden gemeinsam unter sehr großen finanziellen Belastungen die Lösung der hier angesprochenen Probleme in Angriff nehmen. Die nach uns kommende Generation wird uns nicht zuletzt daran messen, wie wir sie durch das von uns zu verantwortende Schulwesen auf die Welt von morgen vorbereitet haben. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Senator Thape hat in seiner Antwort des Senats recht umfangreich auf die gestellten Fragen Auskunft gegeben. Allerdings ist nach unserer Ansicht der Schwerpunkt in dieser Auskunftserteilung zu sehr auf die Vergangenheit und zu wenig auf die Zukunft gerichtet worden. Inzwischen ist in bezug auf die Zukunft noch einiges von ihm ergänzt worden. Dafür sind wir dankbar, zumal es dabei um einige Dinge geht, in denen die Meinungen zwischen den Fraktionen sicher nicht kontrovers sind.

Auf der anderen Seite aber hätte man wohl erwarten dürfen — da aus dieser Antwort hervorgeht, daß wir innerhalb der nächsten zehn Jahre über 2000 Räume brauchen, von denen ein Großteil Fachräume sein müssen, die wesentlich teurer sind als der sonstige Raum, daß wir etwa 1735 Lehrer zusätzlich benötigen mit all den auf uns zukommenden Personalkosten —, daß diese Dinge uns in finanzieller Sicht etwas substantiierter vorgetragen worden wä-

ren. Ganz abgesehen davon, daß heute ja noch gar nicht zu übersehen ist, welche finanziellen Belastungen zusätzlich auf unser Land zukommen werden durch die neue Fachhochschulgesetzgebung, über die wir ja in diesem Jahr noch beraten müssen.

Wir dürfen nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß, wenn all diese Mittel aufgebracht werden — und niemand kann heute sagen, woher sie zur rechten Zeit kommen werden —, im Jahre 1978/1980 noch nichts wesentlich verbessert worden ist, sondern daß wir damit lediglich den sogenannten Kinderberg aufgefangen haben werden. Da liegt meines Erachtens die Schwierigkeit!

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Franke hat uns sehr viel deutlicher die Zukunftsplanung der SPD vor Augen geführt. Aus seinen Ausführungen haben wir erkennen können, und zwar mit aller Deutlichkeit, daß es für ihn nicht Frage eines Versuchs ist, wie die Schule in Bremen demnächst aussehen wird. Auch von Herrn Senator Thape haben wir soeben gehört, daß er glaubt, die Gesamtschule sei die Schule der Zukunft. Wir müssen aus unserer Sicht somit voraussetzen, daß die große Gefahr besteht, daß Versuche, die wir als CDU als echte Versuche bejahen — auch in CDU-regierten Ländern werden ja Versuche mit der Gesamtschule gemacht —, mit der Gesamtschule gestartet werden unter Bindung auf das Resultat.

(Beifall bei der CDU)

Das möchten wir aber unbedingt vermieden wissen.

(Zuruf von der SPD: Am besten alles beim alten lassen! — Abg. Klein [CDU]: Wer sagt denn das?)

Ich glaube wirklich, Herr Franke, hier sitzt eine heilige Kuh in Ihrem Sinne!

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Bei Ihnen hat sie schon gekalbt, Herr Dr. Sieling! — Heiterkeit)

Der Name Gesamtschule, der ja nicht neu ist, der zurückgeht auf eine Zeit, in der eine solche Gesamtschulplanung aufgrund der damaligen Klassengesellschaft, die wir hatten, voll berechtigt war, dieser Name, habe ich den Eindruck, ist für manche von Ihnen so eine Art Glaubensbekenntnis!

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Der Name, nicht das System! — Abg. Ströh [SPD]: Hat man denn von Ihnen überhaupt mal Vorschläge gehört?)

Denn Sie sagen immer wieder: Ich glaube, sie hat Erfolg. Selten habe ich gehört, daß Sie sagen: Ich bin überzeugt! Ich habe immer nur gehört: Ich glaube, es ist so.

(Abg. Ströh [SPD]: Haben wir von Ihnen schon mal Vorschläge gehört?)

Meine Damen und Herren, wir sehen in dieser Gesamtschule einen möglichen Weg. Und wir wollen echte Versuche mit echten konkurrierenden Versuchen. Mit echten konkurrierenden Versuchen meine ich, daß die Vorteile, die dem Gesamtschulversuch eingeräumt werden, sei es durch ausgesuchte Lehrkräfte, die besondere Freude daran haben, sei es, daß die Klassenfrequenzen besonders niedrig gehalten werden, sei es, daß sie vielleicht in Ganztagsform gestartet werden, auch dem konkurrierenden Versuch an anderer Stelle unserer Stadt, wo eine Schule in der Art, wie wir sie vor Augen haben — ich werde gleich noch darüber sprechen — zur Verfügung gestellt werden.

Wenn wir dann, nachdem die Klassen bis zum Abitur durchgelaufen sind, einen echten Vergleich haben, der wissenschaftlich überwacht und zum Schluß auch ausgewertet worden ist und es sich herausstellt, daß die Gesamtschule gewonnen hat, werden wir die letzten sein, die nicht ja sagen zu einer Umgestaltung zur Gesamtschule. Die Voraussetzungen dafür, daß eine solche Umgestaltung vielleicht einmal vollzogen wird, sind ja auch aufgrund unserer Vorstellungen gegeben, denn auch wir haben ja die Vorstellung der Bildung von Schulzentren, von Zusammenfassungen der einzelnen, gegliederten Schulteile, so daß auch eine solche Schule, falls ein solches Ergebnis einmal vorliegen sollte, kurzfristig umgewandelt werden kann in eine differenzierte integrierte Gesamtschule, wie Sie sie heute möchten.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: In zwanzig Jahren!)

Herr Evers hat nach Aussagen eines unserer Kultusminister gesagt, wenn wir diese Gesamtschule auf Bundesebene durchführen wollten, dauere das etwa fünfzig Jahre. Somit wären zwanzig Jahre, wie Sie diese eben gegriffen haben, ja nicht sonderlich hoch.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Ja! — Abg. Klein [CDU]: Das ist eine Generationenfrage!)

Dann sollten wir auch noch die paar Jahre Zeit haben, echte Versuche ablaufen zu lassen und gleichzeitig in die anderen Bundesländer zu schauen, um zu sehen, was dort bei deren Versuchen erarbeitet wird.

(Abg. Ströh [SPD]: Sie haben jahrelang das Gegenteil propagiert! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Siehe Bayern!)

Meine Damen und Herren, eins möchte ich in diesem Zusammenhang betonen: Die Tatsache, daß Bremen relativ mehr Abiturienten hat, die Tatsache, daß hier weniger Rückläufer vorhanden sind, diese Tatsachen sind noch kein Beweis dafür,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Machen uns alle stolz!)

daß das Bildungsniveau, das Leistungsniveau an den Bremer Schulen besonders hoch ist.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Das muß in aller Deutlichkeit gesagt werden!

Herr Franke, Sie haben heute morgen die verschiedenen Dinge aufgezählt, die Sie mit der Gesamtschule erreichen wollen. In dieser Zielsetzung unterscheiden wir uns gar nicht so sehr. Viele von den genannten Punkten kann ich nur unterstreichen. Die CDU möchte jedoch das jetzt vorhandene Schulsystem als Grundlage für ihre Schulvorstellungen

(Abg. Ströh [SPD]: Was haben Sie denn überhaupt für Vorstellungen?)

und als Ausgangspunkt für die Verwirklichung dieser Schulvorstellungen nehmen, weil sie der Ansicht ist, daß man nicht von heute auf morgen etwas, was besteht und arbeits- beziehungsweise einsatzfähig ist, verändern sollte zugunsten einer Utopie, die noch nicht einmal versuchsweise gedeckt ist.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wer will das denn? — Abg. Ströh [SPD]: Kein Mensch hat das behauptet!)

Meine Damen und Herren, die Zielvorstellung der CDU zur Schulkonzeption ist die gegliederte Leistungsschule. Wie sie gegliedert ist, werde ich gleich erklären. Die CDU ist der Ansicht, daß der Nachwuchs durch diese gegliederte Leistungsschule im Rahmen unserer modernen Gesellschaft in eine Leistungsgesellschaft hineingeführt werden kann, indem dem einzelnen Teilnehmer an diesem Bildungswesen laufend echte Leistungen abverlangt werden. Es ist eine Schule, die ausgerichtet ist auf die vielen Normalbegabten, und nicht auf die wenigen Spätentwickler. Eine Schule, die bereit ist, auch den Spitzenbegabungen in gerechter Weise entgegenzukommen.

Wir meinen, daß die Gesamtschule eine große Gefahr mit sich bringt: Wenn alle jungen Menschen auf ganz breiter Ebene vom wenig Begabten bis zum Hochbegabten innerhalb von Kursen unterrichtet werden, bestehen in zu großem Maße Möglichkeiten, alles das wegzustoßen, was den eigenen Neigungen nicht voll entspricht. Das kann zu einem Teil richtig und gut sein, man sollte es aber nicht übertreiben lassen. Die Schule soll erziehen für das Leben. Im Leben aber kann man auch nicht immer nur das tun, was einem Freude macht und was den eigenen Neigungen entspricht, man muß sich auch mit Dingen abplagen, die einem nicht so recht in den Kram passen.

Wie sieht nun diese gegliederte Leistungsschule aus? Vorweg geht das Vorschuljahr. Ich glaube, hier sind wir uns im wesentlichen einig; vielleicht sind Sie etwas anderer Ansicht in bezug auf die Ansiedlung dieses Vorschuljahres. So meinen wir zum Beispiel, daß das Vorschuljahr in allernächster Zeit praktisch gar nicht durchführbar ist, wenn es nicht auch in Verbindung mit den freien Trägern durchgeführt wird. Doch darüber wird man von Fall zu Fall sprechen müssen. Diese Frage haben wir ja auch schon in der Schuldeputation angeschnitten.

Dann — und da unterscheiden wir uns sehr stark —

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ja, das glaube ich auch!)

folgt die vierjährige Grundschule.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist kein Vorschuljahr!)

Diese vierjährige Grundschule soll die Möglichkeit eröffnen, daß begabte Kinder bereits nach Durchlauf des Vorschuljahrs und drei Jahren Grundschule in alle weiterführenden Schulen übertreten können.

Nach der vierjährigen Grundschulnorm setzt der Kreis der drei weiterführenden Schulen ein. Dazu gehören die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium. Die Hauptschule als eigenständige fünfjährige Schule, die Realschule als eigenständige sechsjährige Schule und das Gymnasium als eigenständige neun- bis achtjährige Schule. Auf dieses neun- bis achtjährige Gymnasium gehe ich gleich noch ein. Dabei muß selbstverständlich dafür gesorgt werden, daß in den Eingangsjahren, besonders im 5. und 6. Schuljahr, die Stoff- und Lehrplangestaltung eng aufeinander abgestimmt werden, damit eine laufende Durchlässigkeit gewährleistet ist.

(Abg. Ströh [SPD]: Haben wir doch!)

Ja, eben! Ihre vierjährige oder sechsjährige Grundschule kommt ja in dem Augenblick aus dem Gespräch heraus — auch in Ihrem eigenen System —, in dem Sie eine Blockmittelstufe bilden.

(Senator Thape: Aber gemeinsam!)

Ja, sie sollen additiv in einem Gebäude gemeinsam laufen. Dabei sollen jederzeit Übergänge möglich sein. Insofern ist eine gewisse Ähnlichkeit vorhanden.

Mit dem 10. Schuljahr soll nach unseren Vorstellungen Schluß sein mit der Vollzeitschule. Ein Junge oder ein Mädel, das die Klasse durchlaufen hat, soll dann, auch innerhalb des Gymnasiums, ins Kolleg kommen.

(Abg. Ströh [SPD]: Ist das Ihre eigene Meinung, Herr Dr. Sieling?)

Das ist die Meinung der CDU-Fraktion Bremen. Sie werden demnächst merken, daß auch die Bundes-CDU weitgehend diese Konzeption vertreten wird.

Nach dem 9. Schuljahr macht derjenige, der aus der Hauptschule abgeht, ein Berufsgrundschuljahr. Schließt er dieses Berufsgrundschuljahr qualifiziert ab, kann er in ein Berufskolleg eintreten, um später aus diesem in den Beruf zu gehen, oder er kann in ein Fachkolleg eintreten, um später dann die Fachhochschule zu besuchen. Der Gymnasiast tritt nach sechs Gymnasialjahren entweder in das Fachkolleg oder, falls er qualifiziert abschließt, in das Studienkolleg ein. Das Berufs- und das Fach-

kolleg sollen zwei Jahre dauern, das Studienkolleg vorerst aber noch drei.

Im Hinblick darauf, daß wir heute ja auch nur achteindrittel Schuljahre haben und die Kurzschuljahre demnächst auslaufen, sollte dann beim Gymnasium auf acht Jahre zurückgegangen werden, das heißt auch auf zwei Jahre im Studienkolleg. Das Studienkolleg soll zu den wissenschaftlichen Hochschulen, das Fachkolleg soll zu den Fachhochschulen führen. In dem ganzen System gibt es nicht nur eine dauernde horizontale Übergangsmöglichkeit, sondern, und das ist wichtig, auch eine klare vertikale Durchlässigkeit, indem auch der tüchtige Hauptschüler die Sicherheit hat, auf ganz normalem Wege bis zur Fachhochschule und zur Universität kommen zu können, da auch diese Stufen vorgesehen sind. — Ich sehe schon, die Lampe ist rot geworden.

(Heiterkeit)

Wenn aber diese Stufen vorgesehen sind, meine Damen und Herren, erübrigt sich im Grunde genommen der ganze Streit um einen Übergang auf die weiterführenden Schulen nach vier oder sechs Jahren Grundschule, denn wo auch der Hauptschüler die Möglichkeit hat, die höchste Ausbildungsstufe auf seinem Wege zu erreichen, brauchen wir nicht ängstlich zu fragen, ob wir ihn nach vier Schuljahren schon hier oder dort einschleusen dürfen.

Leider muß ich abbrechen, die Lampe brennt rot, und vor Rot habe ich Angst.

(Beifall bei der CDU — Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Abg. Böhrnsen [SPD]: Das ehrt uns! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Da waren aber auch eine ganze Menge roter Gedanken drin!)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Oltmanns.

Abg. **Oltmanns** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nicht auf einer grünen Wiese gelegen und geträumt, wie mein Kollege Herr Erbel von der CDU

(Abg. Erbel [CDU]: Ich habe auch nicht gelegen!)

und werde trotzdem im wesentlichen über das berufsbildende Schulwesen einige Äußerungen machen, wenn ich mich auch ernstlich bemühen werde, nicht zu wiederholen, was meine Vorredner bereits auf diesem Gebiet vorgetragen haben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Zunächst anerkennen meine Freunde und ich den Bericht des Senats mit den Zusätzen, die Herr Senator Thape anschließend heute noch vorgetragen hat. Insbesondere glaube ich, daß es gut ist, daß die Öffentlichkeit einmal erfährt, welche Leistungen das bremische Schulwesen vollbracht hat in den Zeiten nach dem letzten Weltkrieg. Ich glaube, feststellen zu können, daß es das Verdienst aller Fraktionen dieses Hohen Hauses ist, was auf dem Schulsektor in dieser Zeit getan wurde.

Es wurde heute morgen zum Ausdruck gebracht, daß im Ausland — wenn ich es richtig verstanden habe — bessere schulische Leistungen gezeigt würden als hier in der Bundesrepublik. Meine Damen und Herren, ich bin vor einigen Jahren zu Studienzwecken in der Stadt Nottingham gewesen und habe dort einmal unter Führung des dortigen Schulrats das englische Berufsschulwesen studieren dürfen und habe dabei sehr viel gelernt. Das englische Berufsschulwesen wird nur auf freiwilliger Basis durchgeführt, mit anderen Worten, es besteht in England eine Berufsschulpflicht nicht. Wie mir die englischen Kollegen ausdrücklich in der Diskussion, als wir vortragen konnten, wie die Regelung hier in Deutschland getroffen worden ist, versichert haben, haben sie uns — das konnte man entnehmen — durchaus beneidet. Denn wie ist dort die Situation? Mit dem fünften Jahr beginnt die Schulpflicht und endet mit dem 15. Lebensjahr. Dann hört jede Schulpflicht auf. Die Masse geht in den Beruf über, ohne eine echte Lehre, wie wir sie kennen, zu absolvieren. Viele werden dadurch zwangsweise in die Situation eines Hilfsarbeiters gedrängt, während bei uns jeder Schüler, der die Schule verläßt, in die Berufsschule gehen muß, ob er eine Lehre abgeschlossen hat oder nicht, zwangsweise gesetzlich verpflichtet. Ich erwähne das deshalb, um auch einmal positive Seiten unseres Schulwesens vorzutragen und darzulegen, daß wir uns durchaus nicht immer vor den ausländischen Leistungen, mit denen so häufig operiert wird, zu verstecken brauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Senator für das Schulwesen in der Stadt Berlin, Karl-Heinz Evers, hat eine Arbeit „Modell eines neuen Gymnasiums und einer neuen Gesamthochschule" vorgelegt und sagt dort, was das berufsbildende Schulwesen betrifft, daß dieses integriert werden sollte in seinem neuen Gymnasium. Er geht von der Vorstellung aus, daß eine allgemeine Vollzeitschulpflicht für zehn Jahre besteht und darauf das neue Gymnasium aufbaut für zwei Jahre. Dieses elfte und zwölfte Jahr ist also dann nach seiner Ansicht das neue Gymnasium. Hier, so sagt er, sollen drei gleichwertige Wege als Zielsetzung für dieses neue Gymnasium aufgezeigt werden:

Erster Weg: Vollzeitunterricht mit allgemeinen und beruflichen Kursen; zweiter Weg, der zum gleichen Ziel führen soll: Je zur Hälfte Schulunterricht und betriebliche Ausbildung, nach Möglichkeit als Praktikum; dritter Weg: ein Drittel schulische Ausbildung, und zwei Drittel praktische Ausbildung während dieser zwei Jahre im neuen Gymnasium.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sind wohl alle der Auffassung, daß diese Vorstellungen von Herrn Evers in absehbarer Zeit noch nicht verwirklicht werden können. Ich brauche nicht zu wiederholen, daß Versuche vorgesehen sind, die eben ihre Zeit dauern werden. Ich bin auch der Meinung, daß die von der FDP vorgetragenen Vorstellungen in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden können,

genauso wie die Schulvorstellungen der SPD. Und das ist wohl auch richtig so. Ich stehe auf dem Standpunkt, im Schulwesen sollte keine Revolution durchgeführt werden, sondern eine Evolution, eine Entwicklung Schritt für Schritt aufgrund von Erfahrungen und von Versuchen, die uns dann die allgemeine Richtung anzeigen.

Wenn ich dieser Vorstellung und dieser Überzeugung bin, dann meine ich, wäre es gut, wenn die Versuche zur Gesamtschule zunächst auf dem Sektor des allgemeinbildenden Schulwesens durchgeführt und das bewährte Berufsschulwesen während dieser Versuchszeit nicht erheblich geändert werden sollte, denn dieses Berufsschulwesen hat sich doch bewährt. Wenn wir davon ausgehen, daß der Bericht des Senats sehr viel Positives gebracht hat über das Schulwesen auf dem Sektor des allgemeinbildenden Schulwesens und des berufsbildenden Schulwesens, so schließt das natürlich nicht aus, daß Wünsche offen bleiben. Und solche Wünsche sind auch anzumelden auf dem Sektor des berufsbildeden Schulwesens. Ich möchte sie auf drei Punkte ganz kurz zusammenfassen:

Erstens, sollte ein 10. Vollzeitschuljahr Wirklichkeit werden, dann meine ich, daß von der Sache her auch die berufsbildenden Schulen hieran beteiligt werden müßten, allein schon aus der Sicht des auf diesem Gebiet besonders ausgebildeten Berufsschullehrers, der wahrscheinlich diesen jungen Menschen im 10. Schuljahr manches geben kann, was der Kollege aus der Hauptschule oder Realschule in dem Maße, was die Berufswelt betrifft, nicht unterrichten kann. Ich meine, hier sollte eine Zusammenarbeit durchgeführt werden: Berufsschullehrer, Haupt- und Realschullehrer und auch, wenn es erforderlich ist, Gymnasiallehrer, um im 10. Schuljahr die Berufsfindung für unsere jungen Menschen zu erleichtern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den vergangenen zwanzig Jahren — ich glaube, es ist auch schon erwähnt worden — hat der Schwerpunkt unserer Anstrengungen und Bemühungen auf dem allgemeinbildenden Schulsektor gelegen. Wir waren bemüht, eine möglichst hohe Abiturientenquote zu erreichen. Ich darf dabei feststellen, daß doch nach wie vor 80 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nach Absolvierung ihrer Pflichtschulzeit beziehungsweise der Realschulzeit eine berufsbildende Schule besuchen, und auf diese große Zahl müssen wir Rücksicht nehmen, ihnen noch bessere Möglichkeiten bieten, eine ganze Palette von Möglichkeiten, damit sie für mittlere gehobene Führungslaufbahnen vorbereitet werden.

Ich meine, daß auf dem Gebiet des kaufmännischen Schulwesens hier schon sehr viel gemacht worden ist in dem Sinne, daß über die Berufsfachschule, eine berufsvorbereitende Schule, Stoffe gelehrt werden, die für sämtliche kaufmännischen und verwaltenden Berufe als Grundlage dienen, eine höhere Berufsfachschule, die Höhere Handelsschule, die dann weiterführen kann zum Wirtschaftsgymnasium und über diese Schule dann die Universitätsreife erzielt werden kann.

Auf dem Gebiet des gewerblichen Sektors, also der Lehrlinge, die ein Handwerk lernen, und der hauswirtschaftlichen Schule, in der Hauptsache die Mädchen also, sind die Auswirkungen und Ausbildungsmöglichkeiten, wie ich sie auf dem Gebiet des kaufmännischen Schulwesens kurz skizziert habe, noch nicht in dem Maße verwirklicht worden. Ich glaube, es gibt hier durchaus die Möglichkeit, beispielsweise wenn wir für sämtliche Schüler, die sich für das Elektrohandwerk interessieren oder für den Metallbau, auf diesem Gebiet eine Berufsfachschule als berufsvorbereitende Schule einrichten. In Bremerhaven ist übrigens eine solche Elektrogrundschule oder Berufsfachschule errichtet worden. Die Schüler können dann schon mit erheblichen theoretischen Vorkenntnissen anschließend in den Beruf einsteigen. Wir müssen ja auch berücksichtigen, meine Damen und Herren, daß manche Betriebe gar nicht in der Lage sind — ich denke an das Radio- und Fernsehhandwerk —, den Lehrlingen diese schwierige Materie theoretisch so beizubringen, wie es notwendig wäre, wie es nur eine Schule kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte hiermit die Diskussion, was mich betrifft, über das berufsbildende Schulwesen abschließen. Sonst komme ich in Zeitschwierigkeiten. Ich möchte noch kurz darauf eingehen, ob nun das Ziel, was hier vorgetragen wurde, sowohl von der SPD, der FDP und der CDU, durchaus immer das richtige ist. Zweifel sind bei Fachleuten der Wissenschaft beispielsweise über die Gesamtschule geäußert worden. Und wenn ich einmal ein kurzes Zitat verlesen darf aus der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung" von Herrn Dr. Bungardt von der GEW, der hier also auch Zweifel äußert, sage ich aber, was meine Person betrifft, daß ich eine Gesamtschule oder einen solchen Versuch nicht ablehne, durchaus nicht! Ich wollte nur in den Raum stellen, daß noch nicht entschieden ist, daß diese Gesamtschule ein allein seligmachendes Mittel ist, um eine echte Reform durchzuführen. Es heißt hier: Dr. Bungardt in „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung" Nr. 11/1967:

„Es gibt in der Bundesrepublik nur wenige Schulen, die ausdrücklich als Gesamtschulen entworfen und gestaltet sind, und diese wenigen sind noch gar nicht lange in Betrieb. Die wissenschaftliche Begleitung der Versuche erscheint höchst mangelhaft, und niemand kann sich darauf berufen, daß diese Schulform sich bewährt und daß sie gegenüber anderen und bisherigen Formen Vorzüge habe, die ihre breite Verwirklichung geboten erscheinen lassen".

So Dr. Bungardt von der GEW.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf einmal nach Rücksprache mit meiner Fraktion dem Hohen Hause einen Vorschlag machen. Nachdem wir heute durch die Diskussion erkannt haben, daß verschiedene Vorschläge gemacht worden sind, praktisch von allen Fraktionen, die jedoch nicht zu einem konkreten Ergebnis führen, und vielleicht im Augenblick auch gar nicht führen sollen, sollten wir alle gemeinsam — veilleicht in der nächsten Bürgerschaftssitzung — einen Antrag dergestalt stellen,

daß wir einen nichtständigen Ausschuß bilden, dem angehören sollten nicht nur Bürgerschaftsabgeordnete, sondern auch Fachleute, die nicht der Bürgerschaft angehören und solche aus der Verwaltung, weil Finanzfragen eine Rolle mitspielen, und vor allem auch aus der Wirtschaft, dann in einer halbjährigen oder noch längeren Arbeit sich ernstlich bemüht, einen Entwurf vorzulegen, über den dann die Bürgerschaft wird diskutieren können. Mir scheint, daß dies ein Weg ist, um echte, konkrete Ergebnisse für das Schulwesen zu erzielen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren! Wir haben noch vier Redner eingetragen. Ich hätte Verständnis dafür, wenn Sie das Bedürfnis haben, nunmehr etwas zu sich zu nehmen. Ich erlaube mir den Vorschlag, daß wir die Sitzung bis 20.30 Uhr unterbrechen.

(Widerspruch! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Weiter tagen!)

Oder darf ich die Frage an das Haus richten, ob es weiter tagen will?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Weiter tagen! — Da kann ja jeder seine Bockwurst zwischendurch essen!)

Also darf ich die Meinung des Hauses so auffassen, daß wir weiter tagen?

(Zustimmung und Beifall)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf einige der Vorredner eingehen. Mir scheint, daß manches von dem, was heute von mir hier in Richtung einer Gesamtschule gesagt worden ist, mißverstanden worden ist. Ich glaube, nicht mit Absicht.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ich glaube aber doch!)

Ich kann mich erinnern, wie ich hier heute vormittag ausgeführt habe, daß die Gesamtschule von mir nicht als die Schulform proklamiert wird, die in absehbarer Zeit die alleinige Existenzform des bremischen Schulwesens zu sein hat.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das ist eine Frage der Finanzen!)

Nein, das ist nicht eine Frage der Finanzen allein, sondern das ist auch eine Frage der Entwicklungsmöglichkeit zum Beispiel von der Lehrerschaft her.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Das ist eine prinzipielle Frage!)

Das ist ein sehr wesentlicher Faktor, Herr Dr. Sieling. — Wir werden alle in mancher Hinsicht noch weiterdenken und umdenken müssen, bis wir imstande sind, ein Schulwesen gründlich umzustrukturieren, und die Zeiträume — ob zwanzig, dreißig oder fünfzig Jahre — werden jedenfalls erhebliche sein.

Was ich hier mit aller Entschiedenheit als eine sozialdemokratische Bildungskonzeption vorgetragen habe, ist, daß wir uns auch schon in der allernächsten Zeit darauf einzustellen haben, das bestehende Schulwesen auf der gegebenen Basis von Gebäuden und Lehrern und Schülern umzuorganisieren im Sinne einer Integration. Die kann die vielfältigsten Erscheinungsformen haben. Ich habe Ihnen den Schulbereich hier als eine solche Integrationsmöglichkeit entwickelt, wie ich zugebe, in noch recht loser Form. Es kommt mir darauf an, daß wir sowohl durch schulorganisatorische Maßnahmen als auch bei den sehr erheblichen Investitionsmaßnahmen, die wir beschließen werden, nichts so festlegen, daß am Ende der Entwicklung die Möglichkeit einer Überführung in die Gesamtschule verbaut ist. Und daß man bei dem Investitionsvolumen, das wir vorhaben, Möglichkeiten verbauen kann, liegt auf der Hand. Wir haben uns also in einem perspektivischen Denken auf eine Schulform der Zukunft auszurichten, über deren endgültige Gestalt selbstverständlich jetzt und hier noch nichts gesagt werden kann als das, daß es eine integrierte Schulform sein wird.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das ist ein Wort!)

Herr Dr. Sieling, es schimmerten aus Ihren Ausführungen die Integrationsmöglichkeiten, wie sie auch von der CDU gesehen werden, hindurch, wenngleich ich persönlich den Eindruck hatte, daß Ihre gegliederte Schule doch im wesentlichen die bestehende dreigegliederte Schule gewesen ist.

(Zurufe von der SPD: Jawohl!)

Sie mögen allerdings hier in der bremischen CDU ein wenig — das bringt vielleicht das Bremer bildungspolitische Reizklima mit sich — aufgeschlossener sein, als es Ihre Bundespartei ist, denn Sie haben ja immerhin eins gesagt: daß Sie die Diskussion um die Gesamtschule nicht etwa so ideologisieren wollen,

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Macht auch die Bundespartei nicht!)

daß Sie erklären, die Gesamtschule sei für Sie undiskutabel.

Ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus der „Welt" von gestern

(Heiterkeit)

einen Bericht über die CDU-Kulturpolitiker auf ihrer Tagung, auf der sie eine Antwort auf das Bildungsprogramm der SPD diskutiert haben. Da heißt es: „Eins aber sei sicher, die von der SPD vorgeschlagene integrierte Gesamtschule wird von der CDU/CSU abgelehnt."

(Hört, hört! bei der SPD — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Wer hat das gesagt? — Abg. Ströh [SPD]: Das ist bis Bremen noch nicht gedrungen!)

Nun, ich will zugeben, Springer ist mit einiger Vorsicht zu genießen, aber der CDU gegenüber ist er im wesentlichen doch sehr freundlich eingestellt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich meine also, daß wir uns hier nicht in die Rolle eines Utopisten, der in der Bürgerschaft heute die Gesamtschule als die morgen im ganzen Lande zu verwirklichende Schulform proklamiert, hineindrängen lassen.

(Abg. Kulenkampff [CDU]: Wir nicht!)

Nehmen Sie uns doch bitte nur so, wie wir uns selbst verstehen: als äußerst integrationsfreudige Schulpolitiker.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, ich brauche das jetzt hier nicht weiter auszuführen.

Man ist natürlich in der Diskussion — dieser Versuchung erliege auch ich gelegentlich — in der Versuchung, sich einen Buhmann aufzubauen, den man dann schlachtet. Ich hatte den Eindruck, Sie waren ein bißchen in Verlegenheit, einen solchen Buhmann hier zu konstruieren.

(Abg. Klein [CDU]: Es gibt doch entsprechende Ausführungen! — Abg. Ströh [SPD]: Da lohnt das Schlachten nicht!)

Vielleicht darf ich, Frau Kollegin Spies, eine kleine Umverteilung der Zensierung vornehmen.

(Abg. Brinkmann [SPD]: Aber keine Fünf, Herr Franke, eine Vier bis Fünf!)

Wenn das alles zutrifft, was Frau Spies uns hier bescheinigt hat, dann würde ich sagen, ist auch die „Vier" nicht mehr haltbar.

(Abg. Hardegen [CDU]: Welche Selbsterkenntnis!)

Ich danke, ganz so schlimm sind die Realitäten nicht. Herr Senator Thape hat sehr richtig ausgeführt, wir müssen Vergleichbares vergleichen. Und wenn hier gesagt worden ist, daß das gymnasiale Schulwesen in Bremen von der SPD vernachlässigt worden sei, dann ist das ja ein alter Hut: Grund- und Hauptschule gleich SPD-Schule, Gymnasium gleich CDU-Schule!

Meine Damen und Herren,

(Abg. Klein [CDU]: Das können Sie doch nicht leugnen!)

solche Frontstellungen machen wir nicht mit. Da brechen wir doch entschieden aus. Wenn wir also die vermeintliche Vernachlässigung des bremischen gymnasialen Schulwesens diskutieren, dürfen wir nicht von der Fixzahl der Schulsysteme ausgehen, sondern ich würde mir erlauben, von folgender Zahl auszugehen: Wir sind heute in Bremen imstande, rund die Hälfte eines Schülerjahrgangs in das weiterführende Schulwesen — Realschule und Gymnasium — zu überführen. Die Hälfte aller Schüler ist heute in Bremen imstande, eine weiterführende Schule zu besuchen.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr richtig!)

Und dieser Unterricht spielt sich eben nicht nur in Dachkammern und Kellerräumen ab, sondern dieser Unterricht, der an vielen Stellen in Kompromissen gegeben werden muß und an vielen Stellen in Unzulänglichkeiten — wer weiß das nicht? —, dieser Unterricht ist von der Qualität her doch immerhin so gut, daß unsere Gymnasiasten — und da muß ich Herrn Dr. Sieling ganz entschieden widersprechen — den Leistungsvergleich mit dem gymnasialen Schulwesen der Bundesrepublik sehr wohl aushalten.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD)

Wenn wir statt der 9770 Gymnasiasten von 1949 heute 16 211 Gymnasiasten haben, und wenn wir statt 2780 Realschülern heute 8465 Realschüler haben, ja meine Damen und Herren, dann würde ich für uns angesichts dieses Anstiegs eine andere Zensur in Anspruch nehmen als „ausreichend". Das ist eine gute Leistung.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Dank der guten Lehrer!)

Ich möchte zwei kurze Worte in die Richtung von Herrn Vorsatz sprechen. Herr Vorsatz, Sie sind ein bißchen konkret in Einzelfragen geworden. Ich möchte das nicht vertiefen. Ich möchte nur auf zwei Dinge hinweisen: Ihr Vorschlag, den Englisch-Unterricht mäßig begabten Schülern zu ersparen, ist ein bildungspolitisch von meiner Sicht aus abzulehnender Vorschlag, weil nämlich Englisch-Unterricht heute nicht ein sehr spezieller zusätzlicher Fachunterricht ist, sondern weil der Unterricht in einer Fremdsprache heute in den allgemeinen Bildungskanon hineingehört, den man auch einem mäßig begabten Schüler anbieten muß.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das ist auch eine Frage der eigenen Persönlichkeitswertung, die ein Schüler mit sich vornimmt, ob er in einer Fremdsprache unterrichtet worden ist oder nicht. Das ist eine Frage des Bildungsabstands, den er vielleicht gegenüber den anderen sonst erlebt. Ich würde auch sagen, daß der Unterricht in Englisch nicht unbedingt nur als ein Unterricht in einer Fremdsprache zu sehen ist, sondern daß er sehr wohl auch zum Verständnis der eigenen Muttersprache beitragen kann.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das ist doch Bildungsromantizismus!)

Über die Deutsch-Differenzierung, die Sie bei uns angegriffen haben, könnten wir noch lange diskutieren. Der Deutsch-Unterricht ist sehr bewußt nicht gänzlich differenziert worden, weil im Deutsch-Unterricht eben der Integrationskern für alle Schüler unbedingt erhalten bleiben muß, und weil eine restlose Differenzierung des Deutsch-Unterrichts diesen Kern bedroht.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir heute die bildungspolitischen Perspektiven von meiner Fraktion her sehr deutlich umrissen haben. Ich glaube, daß wir gleichzeitig ausgewiesen haben, daß wir Realisten sind. Wir werden auch bei allen kommenden Debatten eins für uns immer in Anspruch nehmen wollen: daß wir nicht ein ideologisches Fernziel um jeden Preis ansteuern wollen,

(Abg. K l e i n [CDU]: Hoffentlich!)

denn wir wollen uns nicht von einer Bürgerschaft in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren vorwerfen lassen, daß wir die Weichen falsch gestellt haben. Das nicht!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Kuhnert.

Abg. **Kuhnert** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Nach der Fülle der Darlegungen über die Situation des bremischen Schulwesens möchte ich hier auf einen Schulzweig eingehen, der bis jetzt noch nicht ganz klar herausgestellt worden ist, und zwar sind es die S o n d e r s c h u l e n .

Ich möchte zunächst einmal klar und sachlich feststellen, daß Herr Thape gerade in dieser Hinsicht sein Möglichstes getan hat. Die Neuentwicklungen bei den Erweiterungsbauten in den letzten Jahren haben wesentlich zu einer Verbesserung der Lage auf diesem Gebiet beigetragen. Allerdings geraten wir in Gefahr, von den sich verändernden Verhältnissen überholt zu werden, wenn nicht rechtzeitig weitere Projekte in Angriff genommen werden. Die in Kraft getretene Freizügigkeit der Arbeitskräfte im EWG-Raum wird in absehbarer Zeit die Konkurrenzfähigkeit für Sonderschüler auf dem Arbeitsmarkt wesentlich beeinträchtigen. Die Sonderschulen müssen in die Lage versetzt werden, die sich ihnen stellenden Aufgaben zu lösen.

Dabei ist zu bedenken, daß der Zeitbedarf vor allem bei den Hilfsschulen höher ist als bei anderen Schulzweigen. Jedes verspätete Beheben von Notständen würde zu irreparablen Schäden führen. Allerdings sollte man darauf achten, daß alle Aufwendungen in einem gesunden Verhältnis zum zu erzielenden Nutzeffekt stehen. Es kommt nicht darauf an, ständig neue Sonderschulen zu bauen, sondern die bestehenden so auszubauen, daß sie ihre Aufgabe auch hinsichtlich der Differenzierung der Schüler nach ihrer Leistungsfähigkeit erfüllen können. Eine zweizügig ausgebaute Sonderschule dürfte Organisationsformen ermöglichen, die doch die recht teure Kraft der Lehrer rationell in Anwendung kommen ließe.

Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zur Rede von Herrn Senator Thape. Man sollte großen Neubaugebieten erforderlich erscheinende Sonderschulen rechtzeitig planen und erstellen. Zu begrüßen ist die Angleichung der Stundenzahl an die der Grund- und Hauptschulen und die Verbesserung der Situation der Sonderschüler. Für mehrfach behinderte Kinder dürften aber darüber hinausgehende Stunden benötigt werden. Eine Konzentrierung der Sonderschulklassen 7 bis 9 dürfte sicher zur Leistungssteigerung führen, die die Konkurrenzfähigkeit dieser Schüler für den Arbeitsmarkt verbessern könnte. Wenn man von sozialpädagogischen Gründen bei der Errichtung von Ganztagsschulen spricht, müßten die Sonderschulen für lernbehinderte Kinder aus eben diesem Grunde vorrangig behandelt werden.

Die Deputation für Berufs- und Fachschulen hat in dem verflossenen Jahr zunächst einmal die Bewilligung erteilt, ein Berufsgrundschuljahr, das in der Sonderschule das 10. Schuljahr ist, einzuführen, und zwar auf freiwilliger Basis, um diesen Kindern den Weg ins Berufsleben leichter und besser zu ebnen. Dies ist sehr zu begrüßen, auch im Namen der Elternschaft, und man kann nur hoffen und wünschen — diese Wünsche sind in der Deputation auch laut geworden —, daß das auf alle Sonderschulen im Land Bremen ausgedehnt werden wird, sobald dieser Versuch geglückt ist.

Nun lassen Sie mich bitte noch zu einem Problem Stellung nehmen. Ich möchte nicht die Schulen, die in letzter Zeit erbaut worden sind, hier erwähnen, sondern die der verflossenen Jahre. Sie wissen, daß die Mädchen, die auf diesen Sonderschulen unterrichtet werden, zum größten Teil aus sozial schwachen Familien kommen und ihnen im Haus nicht die Möglichkeit gegeben ist, sich eine vernünftige und ordentliche Haushaltsführung anzueignen. Ein jeder von uns weiß, daß die Mutter der tragende Pfeiler in einer Familie ist. In den Sonderschulen, die in den verflossenen Jahren erstellt worden sind, fehlen überall Wirtschaftstrakte. Wir verlangen nicht, daß sie komfortabel ausgebaut werden, sondern sie können nach herkömmlichen Mitteln mit einem einfachen Kohleherd und mit den jetzt erforderlichen Geräten ausgerüstet werden, so klein wie möglich mit einem Raum, wo dieses Mädchen auch Gelegenheit hat, die Tischordnung und alles andere zu lernen. Dieser Wunsch besteht nicht nur in der Elternschaft, sondern auch bei den Lehrern, denn diese jungen Menschen heiraten naturgemäß früher als jedes andere geistig etwas höher stehende Kind.

Aus diesem Grund möchte ich Herrn Senator Thape noch einmal für die Bemühungen, die er sich auf diesem Gebiet gemacht hat, danken, aber ihn auch bitten, in Zukunft gerade diesen Punkt besonders zu beachten und ihn auch zu verwirklichen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Ernst.

Abg. **Ernst** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bemerkte schon aus der hinteren Sicht, daß es allgemein auffällt, daß die FDP-Fraktion heute sehr fleißig ist. Das

hängt wohl damit zusammen, daß wir uns sehr eingehend mit diesen Themen beschäftigt haben und uns auch in den einzelnen Personen eingehend damit befassen.

Ich möchte hier in diesen Ausführungen nur auf die drei ersten Sprecher der einzelnen Fraktionen eingehen und dazu folgendes äußern:

In den Darlegungen des Abgeordneten Franke waren sehr gute Gedankengänge vorhanden, die die FDP auch in ihrem Wesensgehalt nur unterstützen kann. Sie, Herr Abgeordneter Franke, haben der FDP gegenüber allerdings den Vorwurf anklingen lassen, in der Vergangenheit ein Hemmschuh gewesen zu sein bei einer fortschrittlichen Entwicklung der Bildungspolitik im allgemeinen und des bremischen Schulsystems im besonderen.

Es ist wohl dabei die Frage folgendermaßen zu stellen: Wer hat seit nunmehr zwanzig Jahren den Bildungssenator gestellt, und wer hat seit nunmehr zwanzig Jahren im Parlament die absolute Mehrheit gehabt?

(Abg. Meurer [CDU]: Genau! — Zuruf von der CDU: Aber jetzt nicht mehr!)

Da fehlt vielleicht ein Jahr daran, ja! Wer hätte also demgemäß die Gelegenheit gehabt, das Schulsystem den gesellschaftspolitischen Erfordernissen anzupassen? Dies um so mehr, als Sie ja selbst sagten, daß die Bildungspolitik die erste Priorität haben müsse. Sie sagten etwa wörtlich: Wir müssen jedem einzelnen klar machen, daß zugunsten der Bildungspolitik woanders zurückgestellt werden muß.

Die Ausführungen des Kollegen Meurer sind dahingehend zu interpretieren, daß er einen Plan begrüßt, der ein Schulsystem aufbaut, das in sich geschlossen und hundertprozentig sicher ist. Einen solchen Plan, Herr Abgeordneter Meurer, haben Sie uns nicht dargelegt, und zum anderen haben Sie in Ihren Darlegunngen auch nicht eine bestimmte progressive Entwicklung erkennen lassen.

Das gleiche möchte ich auch dem Sprecher der Nationaldemokraten, Herrn Vorsatz, sagen. Er sprach von der Ruhe in der Schule und von möglichst wenig Unruhe und dergleichen. Was ganz klar zu erkennen war, ist bei diesen beiden Sprechern der Wunsch nach Unbeweglichkeit und nach der Unveränderlichkeit.

Meine Damen und Herren, deshalb möchte also die FDP das Vorhaben ausbauen, daß nämlich insofern ein Weg beschritten wird, der tatsächlich schon jetzt gangbar ist. Diesem Erfordernis trägt der FDP-Plan Rechnung — er ist ja erläutert worden —, weil er einerseits die bestehenden Mängel beseitigt, und weil er andererseits die Möglichkeit für eine Weiterentwicklung offen hält. Er verwirklicht zwar noch nicht die Gesamtschule, aber er läßt die Entwicklung auf eine Gesamtschule hin zu. Dieser Plan ist durchführbar ohne — und das ist sehr wichtig — zusätzliche finanzielle Aufwendungen.

Im übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich persönlich der Meinung, und ich würde es sehr begrüßen, wenn sich die Bildungspolitiker dieser Bürgerschaft dazu durchringen könnten, dem Bund eine Rahmenkompetenz in Bildungsfragen zuzugestehen. Es wundert mich, daß dieses Problem heute überhaupt nicht angeklungen ist. Denn auf diesem Wege ist eine einheitliche Bildungspolitik im ganzen Bundesgebiet möglich, und der Wirrwarr der bildungspolitischen Möglichkeiten ist heute derartig groß, daß wir endlich zu einer Kooperation kommen müssen.

(Abg. Schubert [FDP]: Richtig!)

Es kann davon ausgegangen werden, daß auch das forschrittliche bremische Schulsystem dann positive Auswirkungen haben wird auf die Arbeit, die dort erfolgt. In der Hochschulgesetzgebung wird man sich wahrscheinlich eher einigen können, aber in den schulischen Angelegenheiten wird man dann selbstverständlich diese positive Wirkung ins Feld führen können. Aber auf alle Fälle ist damit auch hinsichtlich der Bildungspolitik in der EWG ein Schritt nach vorne getan. Und das sollte man zumindest begrüßen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Nunmehr hat der Abgeordnete von Groeling-Müller das Wort.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin in meinen Ausführungen zersägt worden. Das ist nicht reparierbar. Ich sprach damals

(Abg. Kiene [SPD]: Damals?)

von der Lehrplanreform, ich sprach von der Organisationsreform. Bei der Organisationsreform wäre nachzutragen, daß die Differenzierung noch sehr viel vermehrt in Berufsschulen und in Berufsfachschulen durchgeführt werden sollte. Es sind eine Reihe von Chancen in diesem Bereich.

Zum weiteren habe ich noch einige Punkte nachzutragen. Es ist uns wichtig zu betonen, daß die Fachhochschulen einfach in den Gesamthochschulbereich eingeschlossen werden sollen. Wir werden uns mit ganzer Kraft bemühen, daß das so geschieht. Die Fachhochschule ist eben eine Stufe der Gesamthochschule.

Zum weiteren glaube ich, müssen wir uns damit vertraut machen, daß wir in Zukunft die Berufsschullehrerfortbildung ausbauen müssen, denn je weiter die ehemalige Praxiszeit der Berufsschullehrer zurück liegt, desto mehr werden sie theoretisch, und desto größere Schwierigkeiten haben sie den Neuerungen der Wirtschaft gegenüber. Wir werden uns auf die Dauer nicht davor verschließen können, hier gewisse Praxiszeiten einzubauen, damit der Kontakt der Berufsschullehrer mit den Erfordernissen der modernen Wirtschaft wiederhergestellt wird. Das ist eine Zukunftsaufgabe.

Wenn wir nun den Haushalt und die Bildungsaufgaben betrachten, so ergibt sich die Notwendigkeit einer überproportionalen Ausweitung. Wir müssen einfach nicht nur die erforderlichen Bildungsstätten bauen und die notwendigen Bildner stellen, die die zunehmenden Schülerzahlen erfordern, sondern wir müssen auf der anderen Seite auch die einer modernen Bildung entsprechende Entwicklung der Gesellschaft berücksichtigen und Verbesserungen anbringen. Und für diese Verbesserungen fordern wir die wohlwollende Unterstützung aller im Haus.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen,

(Abg. Hauptmann [FDP]: Das ist gut!)

von dem ich meine, daß er wichtig ist: Wenn wir hier über Gegenwart und Zukunft unseres Bildungswesens debattieren, dann sollten wir nicht vergessen, daß draußen im Lande die Bevölkerung und auch die Jugend zuhört, und sie wird unsere Maßnahmen messen, und sie wird sie auch daran messen, wie wir zum Teil großzügig bewilligen für andere Bereiche, nicht nur für andere Bereiche hier im Hause, sondern auch für andere Bereiche bewilligen im Land. Und sie wird sie messen an den Bereichen zum Beispiel der Subventionen im Lande, die wir im weiten Bereich der Bundesrepublik bewilligen, und sie wird sie ganz sicher auch an der leider und ganz sicher notwendigen Bewilligung in den Rüstungsausgaben messen, und sie wird uns damit ständig konfrontieren. Wenn wir die Lücken im laufenden Bedarf, wenn wir die Lücken in Verbesserungen einreißen lassen, dann werden wir nicht bestehen können. Ich glaube aber, daß diese Bildungsdebatte Ansatzpunkt war, hier über dieses Haus hinauszudringen in die gesamte Bundesrepublik und zu mahnen und zu zeigen, hier wird etwas getan, und hier wird mehr getan in naher Zukunft. — Danke schön!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) erschöpft.

Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 20.04 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen